

Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt
Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge,
Städtebauförderung und Sozialer Arbeit

Endbericht

Studie im Forschungsprogramm Städtebauliche Begleitforschung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI), betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt. Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit

Forschungsprogramm

Städtebauliche Begleitforschung, ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Projektlaufzeit

April 2018 bis September 2020

Im Auftrag

des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Bearbeitung

Dr. Petra Potz

location³ - Wissenstransfer, Binger Str. 23, 14197 Berlin

potz@location3.de

Univ. Prof. Dr. Simon Güntner

TU Wien, Department für Raumplanung, Fachbereich Soziologie

simon.guentner@tuwien.ac.at

Roland Rosenow

Referent für Sozialrecht und Sozialpolitik, Freiburg

rosenow@srif.de

Ralf Zimmer-Hegmann und Felix Leo Matzke

ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund

ralf.zimmer-hegmann@ils-forschung.de

felix.matzke@ils-forschung.de

Abbildungen

Eigene Darstellung

Übersetzung

Peter Rigney, Language Consultant, Berlin

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Auftraggebers identisch.

Berlin, Juli 2020

Inhalt

Kurzfassung	4
Summary	9
1. Forschungsinteresse und Vorgehensweise	14
2. Gemeinwesenarbeit in der Praxis.....	19
2.1 Aufgaben und Ansätze der Gemeinwesenarbeit	19
2.2 Akteure und Träger der Gemeinwesenarbeit	26
2.3 Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement	27
2.4 Zwischenergebnisse der Desk Recherche und ExpertInnengespräche	31
3. Fragebogenerhebung zur Verankerung der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt.....	32
3.1 Einrichtungen und Angebote der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt.....	32
3.2 Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadt	40
3.3 Zwischenergebnisse der Fragebogenerhebung	46
4. Gute Praxis der Gemeinwesenarbeit: Ergebnisse aus zwölf Fallstudien.....	48
4.1 Fallstudien im Überblick.....	48
4.2 Formen der Gemeinwesenarbeit	77
4.3 Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement	78
4.4 Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit	79
4.5 Zwischenergebnisse der Fallstudienenerhebung	83
5. Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten von Gemeinwesenarbeit	85
5.1 Förderangebote von Bund, Ländern und Kommunen	85
5.2 Förderansätze der Sozial- und Wohnungswirtschaft	92
5.3 Ansatzpunkte für fallübergreifende quartiersbezogene Zusammenarbeit	94
6. Rechtsgutachten zu SGB-Regelleistungen für quartiersbezogene soziale Arbeit	96
6.1 Anforderungen an Inhalt und Qualität der einzelfallbezogen finanzierten Leistungen.....	97
6.2 Kooperation der einzelfallbezogenen Leistungen mit sozialer Infrastruktur.....	98
7. Fazit.....	100
8. Empfehlungen zur strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit	103
Literatur	107
Abbildungen	112
Anhang	113

Kurzfassung

Aufgabenstellung

Welche Möglichkeiten haben Kommunen und weitere in der Quartiersentwicklung engagierte Akteure, um Gemeinwesenarbeit – insbesondere in benachteiligten Nachbarschaften – strukturell zu verankern?

Diese zentrale Frage der Studie wurde anhand verschiedener empirischer Untersuchungen (ExpertInneninterviews, Kommunalbefragung, Fallstudien), einer Literaturrecherche und eines Rechtsgutachtens behandelt. Als Gemeinwesenarbeit wurden dabei Maßnahmen verstanden, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und des Zusammenlebens in einem Quartier zielen. Die räumliche Kumulation sozialer Problemlagen in benachteiligten Stadtquartieren erzeugt zugleich stadtentwicklungspolitischen und sozialpolitischen Handlungsbedarf. Gemeinwesenarbeit kann eine zentrale Rolle in der Verbindung und wechselseitigen Stärkung der raumbezogenen und personenbezogenen Maßnahmen sowie der fallspezifischen und fallunspezifischen Angebote einnehmen.

Vorgehensweise / Methode

Die explorative Studie „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt“ nimmt Bezug auf ein breit gefasstes sozialräumliches Verständnis von Gemeinwesenarbeit als sämtliche Strategien, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht auf einzelne Individuen richten. Angesichts des breit gefächerten Feldes wurde ein Forschungsansatz gewählt, der mehrere methodische Zugänge verbindet.

Auf Grundlage einer Literaturrecherche wurden der wissenschaftliche Fachdiskurs zur Gemeinwesenarbeit in der Sozialarbeitswissenschaft sowie die praxisbezogene, anwendungsorientierte Debatte zur Gemeinwesenarbeit erfasst. In Ergänzung dazu wurden insgesamt zwölf persönliche Leitfadeninterviews mit ExpertInnen geführt, die Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten einer Gemeinweseninfrastruktur bzw. Quartiersarbeit auf verschiedenen Handlungsebenen behandelten. Außerdem dienten die Interviews zur Entwicklung und Validierung der Arbeitshypothesen für die Konzipierung einer bundesweiten Fragebogenerhebung und zur Auswahl von zwölf Fallstudien.

Mit einer bundesweiten Vollerhebung zur Verankerung der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt wurde ein breiter Überblick über die strukturelle Verankerung, die Träger- und Finanzierungsstrukturen der Gemeinwesenarbeit, ihre inhaltliche Ausrichtung und ihre Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen im Rahmen der Quartiersarbeit im Programm Soziale Stadt gewonnen. Befragt wurden online-basiert alle 794 laufenden und ruhenden Maßnahmen des Programms Soziale Stadt. Der Rücklauf betrug etwa 25 Prozent aller befragten und 40 Prozent der laufenden Maßnahmen.

In zwölf Fallstudien wurde analysiert, welche Erfolgsfaktoren und Potenziale sowie Hemmnisse und Grenzen einer nachhaltigen Etablierung und systematischen Verankerung von sozialräumlicher Gemeinwesenarbeit vor Ort vorliegen. Dazu wurden die ausgewählten Standorte mit ihren Haupteinrichtungen der Gemeinwesenarbeit besucht und (Gruppen-) Interviews mit

verschiedenen Akteuren durchgeführt. Die Fallstudien fokussierten vor allem auf Träger- und Förderstrukturen und die inhaltliche Ausrichtung der Einrichtungen und Angebote. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Einbindung der Gemeinwesenarbeit in die Strukturen der Quartiersentwicklung; auch ihr Verhältnis zum Quartiersmanagement wurde betrachtet.

Um Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Gemeinwesenarbeit und gemeinwesenbezogene Infrastruktur zu rekonstruieren, wurden die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungsbausteine zusammengestellt und abgeglichen. Es zeigten sich verschiedene Varianten von zielgruppenorientierten, zielgruppenübergreifenden und Mischformen, die der öffentlichen Hand auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zur Verfügung stehen oder aus wohlfahrtsverbandlicher, sozialunternehmerischer und wohnungswirtschaftlicher Perspektive eingebracht werden.

Daneben wurde ein sozialrechtliches Gutachten angefertigt, das eine systematische Analyse des möglichen Beitrags sozialrechtlicher Leistungen für quartiersbezogene soziale Arbeit anhand der Hilfefelder Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) vornimmt. Vor dem Hintergrund des sozialleistungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses, das im Recht der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe für die Finanzierung der einzelfallbezogenen Leistungen verbindlich vorgegeben ist, untersucht das Gutachten, wie eine Kooperation zwischen einzelfallbezogenen und quartiersbezogenen Leistungen rechtlich gestaltet werden kann. Es zeigt fünf Varianten verbindlicher Kooperation mit quartiersbezogener sozialer Infrastruktur, ohne den Anspruch zu erheben, dass es sich um eine abschließende Darstellung aller Möglichkeiten handele.

Ergebnisse

In der Praxis finden sich zahlreiche Varianten an Akteurskonstellationen, Selbstverständnissen und Handlungsansätzen, Finanzierungsformen und Vertragskonstruktionen. Die strukturelle Verankerung der Tätigkeiten entspricht dieser Vielfalt: Die Bandbreite reicht von der kommunalen und wohlfahrtsverbandlich getragenen Gemeinwesenarbeit über wohnungswirtschaftliche Varianten bis zu zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich getragenen Initiativen. In vielen Fällen haben vor Ort engagierte Personen spezifische Finanzierungs- und Trägerformen für Gemeinwesenarbeit gefunden. Über die Zeit institutionalisierte und professionalisierte sich das Engagement für das Gemeinwesen im Quartier in Stadtteil-/Dorfvereinen oder wurde an Stiftungen oder Träger der sozialen Arbeit angebunden. Oder der Anstoß kam aus der Sozial- und Wohnungswirtschaft heraus und zielte auf deren Öffnung ins Quartier, da der Wert einer aktiven und engagierten Nachbarschaft sowie ein attraktives Wohnumfeld als auch für den eigenen Erfolg maßgeblich erkannt wurden.

Gemeinwesenarbeit wird als eine strategisch wichtige Aufgabe im Rahmen des Programms Soziale Stadt angesehen. Sie hat als personenbezogene Beteiligungsarbeit das Ziel, die soziale Integration in den Nachbarschaften zu fördern. Die raumbezogene Förderkulisse der Sozialen Stadt und der für das Quartiersmanagement leitende Raumbezug ist für Gemeinwesenarbeit eine wichtige Ressource und Innovation, die personenbezogene Förderungen ergänzt.

Zu den wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit zählen vor allem Stadtteil- und Begegnungszentren, Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhäuser sowie Gemeinwesenarbeits- und Stadtteilvereine. Die Trägerschaft liegt vornehmlich bei Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Trägern oder Stiftungen, gefolgt von Trägerverbänden und kommunaler Trägerschaft. Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit zeichnen sich durch einen breiten Finanzierungsmix aus, der meist stark projekt- bzw. angebotsbezogen ist. Vor allem die Patchworkfinanzierung über Projektformate führt sowohl aus Sicht der Befragten wie auch aus den Erfahrungen an den Fallstudienstandorten immer wieder zu Unsicherheiten und erschwert den Aufbau nachhaltiger Strukturen und Beziehungen. Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit werden in der Befragung als sehr wichtig für die Stadtteilentwicklung eingeschätzt. Dies zeigt sich auch in ihrer Einbindung in die strategische Entwicklung und operative Umsetzung des Programms Soziale Stadt. Die Einrichtungen und Angebote der Gemeinwesenarbeit haben viele Facetten und Ausprägungen, sie decken wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge ab und arbeiten konkret an den zentralen Fragestellungen, die das Zusammenleben im Quartier betreffen. Für diese Arbeit stehen oft jedoch weder ausreichende zeitliche Ressourcen noch eine gesicherte Finanzierung zur Verfügung.

Die Schnittstellen zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement liegen im gemeinsamen Auftrag der Aktivierung und der aufsuchenden (Sozial-)Arbeit sowie in der Vernetzung vor Ort und einer offenen Haltung gegenüber den vorhandenen Potenzialen im Quartier (Ressourcenorientierung). Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement ergänzen sich in lokalen Partnerschaften und kooperativem Stadtteilmanagement unter Einbezug von kommunalen Akteuren, (Wohnungs-)Wirtschaft, freien Trägern der Sozialarbeit, Stadtteilinitiativen und BürgerInnen. Mit der engen Verknüpfung von Gemeinwesenarbeit (soziale Komponente) und städtebaulicher Quartiers- oder Ortsentwicklung (baulich-physische Komponente) werden sozialräumliche Strukturen einer kommunalen Daseinsvorsorge (wie z.B. Quartierstreffs) geschaffen.

Eine enge Bindung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement, räumlich oder in der Trägerschaft, wirkt sich für die Handlungsfähigkeit in den Quartieren zuträglich aus. Voraussetzung dafür ist, dass die jeweiligen Kompetenzen geklärt sind und von allen Seiten als Mehrwert wahrgenommen werden. Die Schaffung und Koordination eines Rahmens für die konkrete Bearbeitung der sozialen und städtebaulichen Missstände sowie die Einbindung in die Kommune sind wichtige Aufgaben, die vor allem durch das Quartiersmanagement gewährleistet werden.

Deutlich wird, dass die Ankerpunkte der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen als Orte des sozialen Lebens für die Beziehungsarbeit und den Aufbau stabiler sozialer Netze in vielfältiger Weise, z.B. bei Verzahnung und Pooling der Rechtsfelder, Aktivierung von Engagement und neuen inhaltlichen Anforderungen, Unterstützung benötigen. Aus den Untersuchungen geht hervor, dass in vielen Programmgebieten der Sozialen Stadt bereits eine konzeptionelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit auf gesamtstädtischer Ebene über sozialraumorientierte Strategien und/oder eine integrierte Sozialplanung besteht. Die gesamtstädtische Unterstützung in Form einer strategischen Stadtteilkoordination, einer integrierten kommunalen Sozialplanung bzw. von innovativen Trägermodellen der Daseinsvorsorge erweist sich als Impuls für die nachhaltige Förderung von aufsuchender Gemeinwesenarbeit und einer quartiersbezogenen sozialen Infrastruktur und sollte ausgebaut und gestärkt werden.

Das Rechtsgutachten kommt zum Ergebnis, dass verbindlich vereinbarte Kooperationen von Leistungserbringern mit Trägern quartiersbezogener sozialer Infrastruktur innerhalb des sozialsleistungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses in seinen Ausprägungen in der Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendhilfe innerhalb bestimmter Grenzen zulässig sind. Sind sie fachlich geboten, können sie auch rechtlich geboten sein. Der in der Kinder- und Jugendhilfe immer wieder formulierte Vorwurf, das Recht der Finanzierung des SGB VIII stehe fachlich gebotenen Ausgestaltungen der Leistungen, insbesondere der Ausrichtung am Fachkonzept Sozialraumorientierung, entgegen, erweist sich in diesem Zusammenhang als unzutreffend. Die Kooperation mit Institutionen quartiersbezogener sozialer Infrastruktur birgt Chancen für die Systeme der einzelfallfinanzierten Leistungen und für die Träger sozialer Infrastruktur. Die Kooperation kann zur Verstetigung der infrastrukturellen Angebote beitragen und das Standing der Träger im politischen Raum stärken. Umgekehrt können die Träger sozialer Infrastruktur im Quartier einen relevanten Beitrag zur Qualität der einzelfallfinanzierten Hilfen leisten und zugleich dazu beitragen, das sozialsleistungsrechtliche Dreiecksverhältnis zu stärken.

Fazit und Empfehlungen

In der Praxis der Gemeinwesenarbeit vor Ort, in der wissenschaftlichen und politischen Debatte und auch in der Rechtsentwicklung zeigt sich ein Reflexions- und Lernprozess in zuvor personenbezogenen Politik- und Handlungsfeldern, wie etwa der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, aber auch in der Altenhilfe und der Beschäftigungspolitik. Dies umfasst sowohl das vernetzte Denken in „Versorgungsketten“ wie auch die Entwicklung präventiver Maßnahmen. Somit beginnen raum- und personenbezogene Interventionslogiken sich zu verzahnen: Raumbezogene Quartiersarbeit und sozialpolitische Fachpolitiken, die nicht originär einen Raumbezug mitbringen, werden auch über den Impuls, den die Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt setzt, verstärkt zusammen gedacht. Gemeinwesenarbeit mit ihren Kompetenzen im Wechselspiel mit dem Quartiersmanagement kann in diesem Spannungsfeld eine zukunftsfähige Brückenfunktion einnehmen.

Damit Gemeinwesenarbeit im Sinne des im Rechtsgutachten angesprochenen „state of the art“ als Qualitätsmerkmal behandelt werden kann, müssen jedoch die Wirkungen auf individueller (soziale Inklusion und Teilhabe) und räumlicher Ebene (sozialer Zusammenhalt im Quartier) sichtbar werden und auch (als „evidence base“) dokumentiert werden. Dabei geht es weniger um ökonomische Betrachtungen, die bislang z.B. bei der Einführung von Sozialraumbudgets dominieren, als explizit um sozial- und stadtentwicklungspolitische Gewinne durch Teilhabe und Kohäsion (im Sinne von „Outcome“ als Wirkung der sozialen Intervention im Sozialraum statt „Output“). Daneben ist, wie die Einrichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt aufzeigt, auch eine stärkere Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements anzustreben.

Die Einrichtungen und Angebote der Gemeinwesenarbeit sind Orte des sozialen Lebens und der lokalen Demokratieförderung und leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere in Gebieten mit besonderen sozialen Herausforderungen.

Zur weiteren strukturellen Verankerung der Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt wurden abschließend acht Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen formuliert.

1. Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Verankerung von Gemeinwesenarbeit als Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen schaffen.
2. Modellvorhaben zur strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit durchführen.
3. Die fachlichen Quartiersbezüge der Bundesressorts für die integrierte Stadt(teil)entwicklung nutzen.
4. Auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe zur „Gemeinwesenarbeit als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt im Quartier“ mit den kommunalen Spitzenverbänden einrichten.
5. Landesarbeitsgemeinschaften und -netzwerke für Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit etablieren und institutionell unterstützen.
6. Gemeinwesenarbeit als Qualitätsanforderung in der Landesförderung und bei der Erarbeitung von Rahmenverträgen auf Landesebene stärker berücksichtigen.
7. Sozialplanung und Stadtentwicklungsplanung koordinieren und integrieren.
8. Öffentliche Orte als Voraussetzung für Begegnung und Beteiligung erhalten und stärken.

Summary

Community work in the social city. Development potential between provision of essential public services, urban development grants and social work

Issue

What possibilities do municipalities and other actors involved in neighbourhood development have to structurally anchor community work, in particular in disadvantaged neighbourhoods?

This was the central question of the study that was conducted by means of various empirical studies (interviews with experts, municipal surveys, case studies), a literature review and a legal opinion. In the study, community work has been understood to be measures aimed at improving living conditions and coexistence in a neighbourhood. The spatial accumulation of social problems in disadvantaged urban neighbourhoods generates a need for action in urban development policy and social policy at the same time. Community work can play a central role in linking and mutually strengthening place-based and person-based measures, as well as case-specific and case-unspecific offers.

Approach / Method

The exploratory study “Community work in the social city” taps into a broad socio-spatial understanding of community work as the sum of all strategies with a holistic focus on the city neighbourhood rather than on single individuals. In view of the wide-ranging field, we have selected a research strategy that combines several methodological approaches.

A review of existing literature allowed an analysis of the academic discourse on community work in the field of social work and of the practice-oriented, application-based debate on community work. In addition, a total of twelve personal guided interviews were conducted with experts who discussed funding and support options for community infrastructure and neighbourhood work at various levels. The interviews also helped to develop and validate the working hypotheses for the design of a nationwide questionnaire survey, and to select twelve case studies.

A nationwide full survey on the anchoring of community work in the “Social City” programme provided a broad overview of the structural anchoring and of the funding and support structures of community work, as well as of its substantive orientation and the cooperation with other institutions in neighbourhood work in the “Social City”. All 794 ongoing and inactive measures of the programme “Social City” were surveyed online. The response rate was around 25 percent of all respondents and 40 percent of ongoing measures.

Twelve case studies were used to analyse the success factors and potential, as well as the barriers and limitations to the sustainable establishment and systematic anchoring of socio-spatial community work on the ground. For this purpose, visits were conducted to the selected locations and their main facilities of community work, and (group) interviews were carried out with various actors. The case studies focused primarily on the structures of support and funding as well as on the substantive orientation of the facilities and measures. An additional focus

was on the integration of community work into the structures of neighbourhood development, while its relationship to neighbourhood management was also examined.

The results of the various study modules were compiled and compared in order to reconstruct the funding and support possibilities for community work and community-related infrastructure. A range of different measures were identified – some oriented to specific target groups, some reaching across different target groups and others taking on a mixed form – that are available to public authorities at federal, state and municipal level, or that are initiated by welfare organisations, social enterprises and the housing industry.

In addition, an expert opinion in the area of social law was written, which systematically analyses the possible contribution of socio-legal services for social work in neighbourhoods based on the areas of child and youth welfare assistance and support for the integration of people with disabilities (Federal Participation Act). Against the background of the particular trilateral legal relationship governing social benefits, the so-called “triangle of legal relations“, which regarding the funding of case-specific benefits is stipulated in binding form in legislation on integration assistance and child and youth welfare, the expert legal opinion examines how cooperation between case-specific and neighbourhood-based benefits can be legally structured. Without claiming to be a conclusive presentation of all possibilities, the expert opinion highlights five variants of binding cooperation with neighbourhood-based social infrastructure.

Findings

In practice there is a wide variety of constellations of actors, self-conceptions and approaches to action, forms of funding and contract constructions. This diversity is reflected in the structural anchoring of the activities, with the spectrum ranging from community work at municipal and welfare organisation level to other variations of measures taken in the housing industry, to civil society and volunteer-based initiatives. In many cases, active locals have found specific forms of funding and support for community work. Over time, community involvement in the neighbourhood became institutionalised and professionalised in urban district/town or village associations or was linked to foundations or agencies carrying out social work. Alternatively, as the value of an active and committed neighbourhood and an attractive living environment was recognised and identified as crucial for success, initiatives came from the social work and housing industries, with the aim of being applied in the neighbourhood.

Community work is seen as a strategically important task within the framework of the “Social City“. It aims to promote social integration in the neighbourhood by building and activating participation at personal level. The spatially-related funding backdrop of the “Social City“ and the spatial framework that guides neighbourhood management are an important resource and source of innovation for community work that complements person-based funding measures.

Some of the key forms of community work are neighbourhood and community centres, neighbourhood and multi-generation houses and community and district associations. Funding is provided primarily by welfare associations, church sponsors or foundations, or secondarily

through funding associations and municipal support. Community work institutions are characterised by a broad funding mix that is for the most part specific to the particular project or service offered. In particular the patchwork funding via project formats often leads to uncertainty, both from the perspective of interviewees and based on the experiences at the case study sites, which makes it more difficult to establish sustainable structures and relationships. In the survey, community work institutions are deemed to be very important for urban district development. This is also reflected in their integration in the strategic development and operational implementation of the “Social City” programme. The facilities and services offered that are part of community work have many facets and characteristics, covering important functions relating to the provision of essential public services, and concretely addressing the central issues of coexistence in the neighbourhood. All too often, however, the resources available for this work are insufficient, both in terms of time and for securing funding for the relevant work.

The interfaces between community work and neighbourhood management are found in the cooperative task of activation and (social) outreach work, as well as in local networking and an open approach towards existing potential in the neighbourhood (resource orientation). Community work and neighbourhood management complement each other in local partnerships and cooperative neighbourhood management measures that encourage the involvement of municipal actors, the (housing) industry, independent social work agencies, neighbourhood initiatives and citizens. The close interlinkage of community work (social component) and local planning or community development (structural-physical component) creates the socio-spatial structures for the municipal provision of essential public service (such as neighbourhood centres).

A close relationship between community work and neighbourhood management, either at spatial level or in terms of funding, has a positive effect on the capacity for neighbourhood action. A prerequisite for this is that the respective competencies are clarified and recognised by all sides as added value. Neighbourhood management is particularly well-suited to tackling the essential tasks of creating and coordinating a framework for dealing concretely with social and urban development problems, and to facilitating the integration of measures in the municipality.

It is clear that the anchor points of community work in the urban districts, as places of social life, require support in many ways. This support includes the interweaving and pooling of fields of law, activating civic involvement and new substantive requirements. The examinations show that in many areas of the “Social City” programme, a conceptual anchoring of community work at city-wide level is already taking place through socio-spatial strategies and/or integrated municipal social planning. City-wide support in the form of strategic coordination between urban districts, integrated municipal social planning or innovative funding models for the provision of essential services is proving to be an impetus for the sustainable development of community outreach work and a neighbourhood-based social infrastructure, and should be expanded and strengthened.

The legal opinion concludes that cooperation agreed in binding form between service providers and supporting agencies of neighbourhood-related social infrastructure is to a certain degree permissible within the triangle of legal relations governing social benefits as manifested in the integration assistance and in child and youth welfare. If these forms of cooperation are

technically required, they may also be legally required. The accusation repeatedly made in the area of child and youth welfare services, namely that the right to funding under the Social Code (SGB VIII) is contrary to technically required forms of the benefits, in particular as follows the technical concept of socio-spatial orientation, proves to be without basis in this context. Cooperation with institutions of neighbourhood-based social infrastructure offers opportunities for the systems of services funded on a case-specific basis as well as for the providers of social infrastructure. This cooperation can contribute to the continuity of the infrastructure services and reinforce the standing of the providers in the political arena. Conversely, the providers of social infrastructure at neighbourhood level can make a relevant contribution to the quality of the assistance financed on a case-specific basis and, at the same time, help to strengthen the triangle of legal relations governing social benefits.

Conclusions and recommendations

In the practice of community work on the ground, in the academic and political discourse and also in the context of legal developments, a process of reflection and learning is evident in previously person-based fields of policy and action, such as child and youth welfare, integration assistance, but also in care for the elderly and in employment policy. This entails both networked thinking in “supply chains” and the development of preventive measures. In this way, place-based and person-based rationales of intervention are beginning to become intertwined: Place-based neighbourhood work and socio-political sectoral policies that do not originally have a spatial reference are increasingly being thought of together, also through the impetus provided by the interministerial “Social City” Strategy. Community work, with its competencies in the interplay with neighbourhood management, can take on a viable, future-proof bridge function in this area of conflicting rationales.

However, for community work to be treated as a qualitative characteristic, or “state-of-the-art” as referred to in the legal opinion, its effects at the individual (social inclusion and participation) and at the spatial level (social cohesion in the neighbourhood) must become more visible and also be documented (as “base of evidence”). This is not so much based on economic considerations, which have thus far dominated the discourse, for example with regard to the introduction of budgets for a defined social space. It is instead more explicitly a matter of gains in social and urban development policy through participation and cohesion (in the sense of “outcome”, i.e. the effect of social intervention in social space, as opposed to “output”). In addition, as the establishment of the Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt [German Foundation for Civic Commitment and Volunteering] shows, a stronger involvement of civic action must also be sought.

The institutions and offers of community work are places of social life and of promotion of local democracy, and their work is an important contribution to the establishment of equivalent living conditions, in particular in areas with special social challenges.

In conclusion, to further anchor community work within the structure of the social urban development, eight recommendations have been formulated for federal, state [Bundesland] and local governments:

1. Create framework conditions for the sustainable anchoring of community work as a contribution to equivalent living conditions.
2. Implement model projects for the structural anchoring of community work.
3. Use the technical neighbourhood resources of the federal ministries for integrated urban (district) development.
4. Set up a working group on “Community work as the basis for social cohesion in the neighbourhood” at federal level with the municipal umbrella organisations.
5. Establish and provide institutional support at state level for working groups and networks for community and neighbourhood work.
6. Place greater emphasis on community work as a qualitative requirement in state funding and in the drafting of framework agreements at state level.
7. Coordinate and integrate social planning and urban development planning.
8. Maintain and strengthen public places as a necessity for exchange, civic engagement and participation.

1. Forschungsinteresse und Vorgehensweise

Die vorliegende Studie befasst sich mit der strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt. Gemeint sind damit benachteiligte Stadtteile und Quartiere, die Gegenstand von Aktivitäten der sozialen Stadtentwicklung, insbesondere solche, die Gegenstand des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt¹ sind. Auf Basis empirischer Untersuchungen und konzeptioneller Überlegungen wird betrachtet, welche Ansätze der Gemeinwesenarbeit in diesen Quartieren praktiziert werden, wie sie finanziert und organisiert werden, und wie sie sich konzeptionell mit den sozialraumorientierten Entwicklungen in der Quartiers- und Gemeinwesenarbeit verbinden. Dabei werden auch Möglichkeiten der Finanzierung und Verankerung über sozialpolitische Regelförderung (SGB) erörtert.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die räumliche Kumulation sozialer Problemlagen in benachteiligten Stadtquartieren, die zugleich stadtentwicklungspolitischen und sozialpolitischen Handlungsbedarf erzeugt. Die Gemeinwesenarbeit kann eine zentrale Rolle in der Verbindung und wechselseitigen Stärkung der raumbezogenen und personenbezogenen Maßnahmen sowie der fallspezifischen und fallunspezifischen Angebote einnehmen.

Vor diesem Hintergrund dient die Studie insbesondere der Beantwortung der folgenden Forschungsfragen:

- Welche Ansätze von Gemeinwesenarbeit gibt es heute in Soziale Stadt-Gebieten? Welche Aufgaben nehmen sie wahr? Welchen Mehrwert haben diese Ansätze für die Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier? Und welchen Mehrwert haben Kommunen, Gemeinwesenarbeit strukturell in den Nachbarschaften etablieren?
- Wer sind die Akteure und Träger von Gemeinwesenarbeit in den Quartieren? Wie unterscheiden sie sich? Gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, beispielsweise zwischen den klassischen Trägern sozialer Arbeit und Akteuren im Bereich Planung und Wohnungswesen?
- Wie kann das Verhältnis von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit beschrieben werden? Wo sind die Aufgaben deckungsgleich, wo ergänzen sie sich?
- Welchen Beitrag kann Gemeinwesenarbeit insbesondere zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere und zur Integration aller Bevölkerungsgruppen leisten?
- Welche Möglichkeiten haben Kommunen und weitere in der Quartiersentwicklung engagierte Akteure, um Gemeinwesenarbeit – insbesondere in benachteiligten Nachbarschaften – strukturell zu verankern?

Im Folgenden wird die Vorgehensweise mit unterschiedlichen methodischen Zugängen erläutert (Abb. 1). Die explorative Studie „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt“ nimmt Bezug auf ein breit gefasstes sozialräumliches Verständnis von Gemeinwesenarbeit als „sämtliche Strategien, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht auf einzelne Individuen richten“ (Leistungsbeschreibung).

¹ Seit 2020 wird das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt mit dem neuen Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ fortentwickelt. Die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung (VV 2020) trat im Mai 2020 in Kraft.



Abbildung 1: Forschungsdesign und Vorgehensweise

Baustein Desk Recherche

Um die empirischen Untersuchungsteile vorzubereiten, wurde eine Literaturanalyse durchgeführt, die sich vor allem auf zwei Diskussionszusammenhänge konzentrierte – den wissenschaftlichen Fachdiskurs zur Gemeinwesenarbeit in der Sozialarbeitswissenschaft sowie den praxisbezogenen Fachdiskurs, der überwiegend über Verbände und Arbeitsgruppen von Akteuren der Gemeinwesenarbeit organisiert wird. Die Desk Recherche umfasst konzeptionelle und theoretische Lehr- und Studientexte, auch „graue“ Literatur, studentische Abschlussarbeiten, Selbstdarstellungen sowie Programmdokumente und Praxisberichte. Schnittmengen und wechselseitige Verweise zwischen diesen Beiträgen liegen auf der Hand, wenngleich sich die Fokussierung je nach Verwendungszusammenhang (Wissenschaft, Lehre, Umsetzung) unterscheidet.

Baustein ExpertInnengespräche

Der erste Baustein der empirischen Erhebung waren insgesamt zwölf Interviews mit ExpertInnen, die sich mit Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit auf verschiedenen Handlungsebenen beschäftigen (Abb. 2). Die Fragen nach Aufgaben, Akteursvielfalt und Trägerschaften einer „gemeinwesenorientierten Quartiersentwicklung“ und die damit verbundenen „Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten einer Gemeinweseninfrastruktur bzw. Quartiersarbeit“ sind ein zentrales Erkenntnisinteresse, das mit Hilfe persönlicher leitfadengestützter ExpertInneninterviews (vgl. Hopf 1995) explorativ erkundet wurde. Die Interviews wurden von location³ durchgeführt, eine Übersicht der ExpertInnen befindet sich in Anhang 2.

In der Auswertung wurden ähnliche sowie kontrastierende Positionen zu den Forschungsfragen herausgestellt. Besondere Beachtung galt neben den Aussagen zur Praxis vor Ort den Einschätzungen zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf und zwischen den föderalen

Handlungsebenen (Bund, Länder, Kommunen) und den neu aufgelegten Förderansätzen für Gemeinwesenarbeit in einigen Bundesländern. Die Ergebnisse der Interviews zu Aufgaben, Akteursvielfalt und Trägerschaften der Gemeinwesenarbeit werden zusammen mit den Erkenntnissen aus der Desk Recherche in Kapitel 2 dargelegt.

Institution	Handlungsebene			Akteursgruppe				
	Bundesebene	Landesebene	Kommunale Ebene	Öffentlicher Sektor	Begleitagentur / Städtenetz	Zusammenschluss in Praxis und Wissenschaft	Freie Wohlfahrtspflege / Träger	Gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft
Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg		•		•				
Kommunales Sozialdezernat			•	•				
Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit DGSA	•					•		
Freier Wohlfahrtsverband auf Landesebene		•					•	
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin		•		•				
Kuratorium Deutsche Altershilfe	•					•		
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.		•			•			
Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz		•		•				
LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.		•			•			
Beratungs- und Weiterbildungsinstitut für Sozialraumorientierung			•		•			
BAG Soziale Stadtentwicklung und GWA	•					•		
Träger der Eingliederungshilfe			•				•	
Kommunale Wohnungsbaugesellschaft			•					•

Abbildung 2: Handlungsebenen und Akteursbezüge der ExpertInnen

Baustein Bundesweite Fragebogenerhebung

Ein weiterer Teil der empirischen Erhebung bestand in einer online-basierten bundesweiten Vollerhebung in den laufenden und ruhenden Soziale Stadt-Gebieten. In den „ruhenden“ Gesamtmaßnahmen ist keine (neue) Bewilligung im Programmjahr, jedoch die Umsetzung aus vorherigen Programmjahren möglich.

(<https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Foerderung/Foerderung2017.html>)

Zielsetzung war, einen möglichst breiten Überblick über die strukturelle Verankerung, die Träger- und Finanzierungsstrukturen der Gemeinwesenarbeit, ihre inhaltliche Ausrichtung und ihre Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen im Rahmen der Quartiersarbeit im Programm Soziale Stadt zu gewinnen. Die Online-Befragung wurde im Sommer 2019 vom ILS durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Kapitel 3 zusammengefasst.

Baustein Fallstudien

Um Erfolgsfaktoren und Potenziale sowie Hemmnisse und Grenzen einer nachhaltigen Etablierung und systematischen Verankerung von sozialräumlicher Gemeinwesenarbeit vor Ort vertiefend aufzuzeigen, wurden zwölf Fallstudien durchgeführt. Die Fallstudien fokussierten ebenso vor allem auf Träger- und Förderstrukturen und die inhaltliche Ausrichtung der verschiedenen Angebote. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Einbindung der Gemeinwesenarbeit in die Strukturen der Quartiersentwicklung und ihrem Verhältnis zum Quartiersmanagement. Die Ergebnisse werden im Kapitel 4 vorgestellt. Die Kurzdarstellungen der Fallstudien wurden mit den Akteuren an den Standorten abgestimmt und um eine vergleichende Querauswertung ergänzt.

Baustein Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten von Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit

Die strukturelle Verankerung betrifft die organisationale und inhaltliche Einbindung in Trägerstrukturen, aber auch die Möglichkeiten einer nachhaltigen Absicherung und Finanzierung der Gemeinwesenarbeit. Diese werden in Kapitel 5 vertieft diskutiert. Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für eine Gemeinweseninfrastruktur bzw. Quartiersarbeit wurden in den ExpertInnengesprächen bewertet. Dabei wurden auch Anknüpfungspunkte aus zielgruppenorientierten, zielgruppenübergreifenden und Mischformen benannt, die der öffentlichen Hand auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zur Verfügung stehen sowie aus wohlfahrtsverbandlicher, sozialunternehmerischer und wohnungswirtschaftlicher Perspektive eingebracht werden.

Baustein Rechtsgutachten

Ergänzend zur Desk Recherche und den empirischen Erhebungen wurde eine systematische Analyse des möglichen Beitrags sozialrechtlicher Leistungen für quartiersbezogene soziale Arbeit anhand der exemplarisch ausgewählten Hilfefelder Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) vorgenommen. In Form

eines Rechtsgutachtens wurden die Sozialgesetzbücher XI (Pflege) und VIII (Kinder- und Jugendhilfe) betrachtet und Ansatzpunkte zur Finanzierung fallunabhängiger, quartiersbezogener Leistungen im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis herausgearbeitet. Als wichtige konzeptionelle Grundlage wird dabei § 17 SGB I angesehen, der eine Leistungserbringung „in zeitgemäßer Weise“ fordert. Die zentralen Befunde des Rechtsgutachtens werden in Kapitel 6 dargelegt.

Empfehlungen an Bund, Länder, Kommunen

Abschließend werden aus den dargelegten Ergebnissen der Studie Impulse und Empfehlungen für die strukturelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit und die Stärkung der Gemeinwesenarbeit durch abgestimmte Maßnahmen auf und zwischen den föderalen Handlungsebenen abgeleitet.

2. Gemeinwesenarbeit in der Praxis

Gemeinwesenarbeit ist ein breites, buntes und komplexes Feld, das schwer zu definieren ist. Die folgende synthetisierende Darstellung der Ergebnisse der Desk Recherche und der Experteninterviews zeigt die wesentlichen Konturen dieses Feldes auf und nimmt dabei sowohl inhaltliche Aspekte (Worum geht es in der Gemeinwesenarbeit?) wie strukturelle Fragen (Wer trägt die Gemeinwesenarbeit und mit welchem Mandat und Aufgabenverständnis?) und schließlich auch die Verbindung zur Sozialen Stadt und dem Quartiersmanagement in den Blick.

2.1 Aufgaben und Ansätze der Gemeinwesenarbeit

Folgende Forschungsfragen sollen in diesem Abschnitt beantwortet werden:

- Welche Ansätze von Gemeinwesenarbeit gibt es heute in Soziale Stadt-Gebieten? Welche Aufgaben nehmen sie wahr?
- Welchen Mehrwert haben diese Ansätze für die BewohnerInnen im Quartier? Welchen Mehrwert haben Kommunen, die Gemeinwesenarbeit strukturell in den Nachbarschaften etablieren?

Gemeinwesenarbeit (GWA) ist ein vielschichtiges Feld mit vielfältigen Instrumenten und Akteuren. Daher können Antworten auf die forschungsleitenden Fragen nicht eindeutig ausfallen, sondern müssen der Vielfalt Rechnung tragen. Die große Bandbreite ist aus der Geschichte der Gemeinwesenarbeit heraus zu verstehen, die gerade nicht durch eine klare strukturelle Verankerung und Mandatierung gekennzeichnet ist, sondern durch eine inhaltliche Ausrichtung an sich verändernden Bedarfen einerseits und ein ständiges Ausloten von Fördermöglichkeiten andererseits.

Auch wandelnde professionelle und politische Selbstverständnisse der Akteure trugen zu dieser Dynamik bei, die sich in unterschiedlichen konzeptionellen Ausrichtungen (z.B. zwischen Parteilichkeit und Überparteilichkeit, Konflikt- und Konsensorientierung) niederschlagen. Der Anspruch an Gemeinwesenarbeit als eine „systemdehnende Praxis, die weder den individualisierenden Irritationen der Einzelfallhilfe noch den harmonisierenden Hoffnungen der sozialen Gruppenarbeit auf den Leim geht“ (Müller 1996), war in der Sozialen Arbeit Ende der 1960er Jahre als Folge der Studentenbewegung hoch, wich dann aber einer mit den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen einhergehenden Ausdifferenzierung. In den späten 1970er Jahren wurden konzeptionelle Verschiebungen der Gemeinwesenarbeit von einem eigenständigen Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit hin zu einem Handlungskonzept, das in verschiedenen Arbeitsfeldern wie z.B. der Stadtentwicklung einsetzbar ist, formuliert (Boulet, Kraus, Oelschlägel 1980).

Das „Arbeitsprinzip GWA“ in der Sozialen Arbeit zielt auf die „Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit und kollektives Empowerment bezüglich der Gestaltung bzw. Veränderung von infrastrukturellen, politischen und sozialen Lebensbedingungen“ (Stövesand, Stoik 2013: 16). So wird die „stadtteilbezogene Soziale Arbeit“ (Hinte, Metzger-Pregizer, Springer 1982) zwar kritisch als „Territorialisierung des Sozialen“ (Kessl, Otto 2007) kommentiert, führt jedoch auch zu einer stärkeren Anschlussfähigkeit an stadtplanerische und stadtsoziologische Debatten zur sozialräumlichen Polarisierung (Friedrichs 1995, Häußermann, Kronauer, Siebel 2004).

Das Konzept „Quartiersmanagement“, wie es u.a. im Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in Nordrhein-Westfalen (1993) und später im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (1999) verankert wurde, nimmt von einem städtebaulichen Impetus und dem Prinzip des Gebietsbezugs ausgehend Elemente der Gemeinwesenarbeit, wie etwa Empowerment und Aktivierung der Bewohnerschaft, insbesondere der marginalisierten Gruppen, auf (Becker, Löhr 2000, Häußermann 2000). Die Erwartungen an das Programm Soziale Stadt werden dahingehend auch hinsichtlich einer „Aufwertung von Gemeinwesenarbeit“ interpretiert (Evers 2009: 5).

Definitionsspielräume der Gemeinwesenarbeit

Aus dieser Geschichte heraus finden sich in der heutigen Praxis zahlreiche Ansätze, die sich u.a. in ihrem Selbstverständnis und ihrer Zielsetzung (zwischen pragmatischer Hilfe in der Alltagsbewältigung und Herbeiführen struktureller Veränderung) und in der Finanzierung und Beziehung zu staatlicher Förderung (Zuwendungen, Projektförderung oder private Förderung, z.B. durch Stiftungen, Quer- und Mischfinanzierung) unterscheiden. Viele der heute aktiven Träger der Gemeinwesenarbeit vor allem in den westdeutschen Großstädten sind z.B. aus studentischen und sozialpolitischen Initiativen in den Jahren nach 1968 hervorgegangen und haben sich aus ihren Praxiserfahrungen heraus aktiv an den konzeptionellen Entwicklungen beteiligt. In jüngerer Zeit hatten die Sozialraumorientierung einzelner Hilfebereiche (Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe) wie auch die Entwicklung des Quartiersmanagement-Ansatzes aus der Stadt(teil)planung im Kontext des Programms Soziale Stadt Auswirkungen auf die Praxis. Prinzipien, Erfahrungen und Instrumente der „klassischen“ Gemeinwesenarbeit sind in diesen Ansätzen zwar aufgegriffen worden, kritische Stimmen sprechen in diesem Zusammenhang jedoch von einer „Domestizierung“ und Entschärfung (Halder 2010, Kessl 2006) des Feldes.

Auch in der Fachliteratur, in Lehrbüchern und Überblickswerken wird ein recht breites Aufgabenspektrum beschrieben, das einerseits die Unterstützung individueller AdressatInnen und Zielgruppen in der Lebensbewältigung durch die Nutzung des Gemeinwesens als Ressource (Hinte 2018: 205) umfasst, andererseits aber auch die Arbeit am Gemeinwesen durch gemeinschaftsförderliche Aktionen (Schöning 2012: 35, Oelschlägel 2001: 653) betont. Beispielhafte Arbeitsfelder im Sozialraum werden in Lehrbüchern der Sozialen Arbeit beschrieben (Herrmann 2019: sozialraumorientierte Soziale Arbeit im Rahmen der Sozialen Stadt, sozialraumorientierte Schulsozialarbeit, sozialräumliche Integrations- und Flüchtlingssozialarbeit).

Eine vermittelnde Position – zwischen der Nutzung des Gemeinwesens als Ressource zur Lebensbewältigung und der Arbeit am Gemeinwesen – findet sich im „Handbuch Gemeinwesenarbeit“ (Stövesand, Stoik, Traxler 2013): „Gemeinwesenarbeit richtet sich ganzheitlich auf die Lebenszusammenhänge. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen.“ (Stövesand, Stoik 2013: 21)

Diese Definition erscheint gerade durch ihre Offenheit und Multidimensionalität für viele Akteure anschlussfähig und wird regelmäßig auch in Beiträgen aus der Praxis zitiert. Eine sehr

pointierte Fassung schlägt Oliver Fehren vor: „Gemeinwesenarbeit in vier Worten verdichtet meint: ‚kollektive Organisation individueller Interessen‘.“ (Fehren 2017: 33)

Praxisorientierte Leitfäden und Broschüren zur Gemeinwesenarbeit greifen diese Definitionsansätze auf, fokussieren dann jedoch auf die Formulierung konzeptioneller Ideen und Konkretisierungen für das Handeln vor Ort. Einschlägig ist vor allem eine von mehreren Praxisverbänden erstellte Arbeitshilfe (LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. 2016), die neben der Orientierung an den Belangen der BewohnerInnen auch die Förderung von ressortübergreifendem Handeln und Akteursnetzwerken als Qualitätsmerkmale anführt. In den jüngst veröffentlichten Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit wird betont, dass es sich um eine „dauerhafte Aufgabe (...) mit dem strategischen Ziel einer ganzheitlichen Weiterentwicklung von ausgewählten Wohngebieten mit besonderen sozialen Herausforderungen“ handelt (LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. 2019: 8). Gemeinwesenarbeit wird dort wie folgt definiert: „Gemeinwesenarbeit verfolgt eine Strategie zur Verbesserung der materiellen, infrastrukturellen, sozialen und kulturellen Bedingungen eines Gemeinwesens. Der Begriff ‚Gemeinwesen‘ bezeichnet einen sozialen Zusammenhang von Menschen, der über einen territorialen Bezug sowie über soziale Zusammenhänge und Zugehörigkeiten definiert wird. Zentraler Bezugspunkt von Gemeinwesenarbeit ist also ein Quartier. Zur räumlichen Abgrenzung wird oft auf bestehende Verwaltungseinheiten, z. B. Stadtteile, Gemeinden oder Ortsteile zurückgegriffen.“ (ebda.: 9)

Wenngleich sich die hier vorgestellten Positionen vordergründig ähneln, wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zur Gemeinwesenarbeit um das Aufgabenverständnis intensiv diskutiert und gestritten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Frage der Beauftragung: Wer identifiziert, was als defizitär angesehen wird und wer definiert, was mit „Verbesserung“ gemeint ist? Angesprochen ist hier die professionelle und politische Haltung der GemeinwesenarbeiterInnen. Auch ist umstritten, ob Gemeinwesenarbeit bestimmte Zielgruppen adressiert oder gänzlich offen ist. Geht es um alle, die ein Interesse am Quartier haben, um „BewohnerInnen“ oder „Betroffene“ (betroffen wovon?), und wie ist mit der Diversität innerhalb einer Gruppe umzugehen?

Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung

In der deutschsprachigen Fachdiskussion zu Aufgaben und Merkmalen der Gemeinwesenarbeit wird von einigen AutorInnen das Verhältnis der Gemeinwesenarbeit zum Fachkonzept Sozialraumorientierung behandelt (vgl. Becker 2014, Fehren, Hinte 2013). Aus dieser Auseinandersetzung lassen sich weitere Aspekte herausarbeiten, die gerade auch für ein Verständnis der Funktionen von Gemeinwesenarbeit im Kontext der Sozialen Stadt hilfreich sind. Schönig sieht z.B. deutliche Unterschiede zwischen den Konzepten „Sozialraumorientierung“ und „Gemeinwesenarbeit“: In der Gemeinwesenarbeit gehe es darum, das Problembewusstsein und die Handlungsfähigkeit der BewohnerInnen zu stärken und ihre „Ohnmachtserfahrungen“ zu überwinden (Schönig 2012: 33). Die Sozialraumorientierung zielt hingegen auf die „Verbesserung und Vernetzung des professionellen Dienstleistungsangebots“ und eine Aktivierung der Bevölkerung bzw. AdressatInnen vornehmlich zur Erreichung sozialstaatlicher Zielsetzungen (ebda.: 34).

Er schlägt eine Unterscheidung von drei Varianten der Gemeinwesenarbeit vor, die das Spektrum zwischen „Revolte“ und „Steuerung“ abbilden und mit je spezifischen Aufgabenstellungen einhergehen:

- die sozialstaatlich-institutionalisierte Variante mit dem Ziel der Verbesserung der Dienstleistungen vor Ort („Öl im Getriebe“)
- die integrativ-konfliktorientierte Variante mit systemkritischem und emanzipatorischem Anspruch („Sand im Getriebe“)
- die katalytisch-aktivierende Variante, die langfristige Verbesserung über kleine Schritte anstrebt und sich dabei an der Lebenswelt der BewohnerInnen orientiert.

In dieser Unterscheidung wird die politische Dimension der Gemeinwesenarbeit deutlich, die je nach Ausprägung sehr unterschiedlich ausfallen kann. Das Konzept der Sozialraumorientierung ist dabei der ersten, sozialstaatlichen Variante zuzurechnen.

Mit dem Verhältnis von Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit beschäftigt sich auch Oliver Fehren. Sozialraumorientiertes Arbeiten (in der Sozialen Arbeit) meint seiner Deutung zufolge – in Anlehnung an das Fachkonzept Sozialraumorientierung nach Hinte/Treeß (2011) – eine Kontextualisierung des Falls im Feld. Das kann auch fallunspezifische Arbeit umfassen, sofern sie den (Einzel-)Fall nicht aus den Augen verliert. Somit liegt hier ein kategorialer Unterschied zur Gemeinwesenarbeit vor, die explizit nicht von den Einzelfällen ausgeht, sondern sich auf ein prinzipiell kollektiv zu denkendes Gemeinwesen richtet bzw. in Abwandlung einer Formulierung von Kessler (2006) das „Feld als Fall“ betrachtet.

Aus dieser Unterscheidung heraus ergeben sich drei zusammenhängende Spannungsfelder, die sich zwischen Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit aufmachen:

- Zunächst ist die *Reichweite* der Strategien und Interventionen angesprochen: Da die Sozialraumorientierung konzeptionell dem Einzelfall und damit einer sozialpolitischen AdressatInnengruppe verbunden bleibt, liegen zielgruppenunspezifische Änderungen (die ggf. zur Zielerreichung notwendig sein können) im Stadtteil außerhalb ihres Aufgabenbereichs. Das bedeutet auch, dass ohne ergänzende Gemeinwesenarbeit „viele der über fallunspezifische Arbeit in der Sozialraumorientierung identifizierten Themen unbearbeitet zu versanden“ drohen (Fehren 2017: 187). Dies sind z.B. auch Herausforderungen und Probleme im Zusammenhang mit der Quartiersausstattung (Müll, Lärm, Infrastrukturdefizite etc.), die für die Quartiersentwicklung ein wichtiger Ansatzpunkt sind. Mit anderen Worten: Sozialraumorientierte Fallarbeit benötigt ergänzende Gemeinwesenarbeit, um ihre Ziele zu erreichen.
- Ein zweites Spannungsfeld bezieht sich auf die *Interventionslogik*. Während es in beiden Ansätzen durchaus um die Verbesserung individueller Lebenslagen durch strukturelle Änderungen geht, verfolgen sie dies auf je unterschiedliche Weise. Die Sozialraumorientierung verbindet in ihrer Logik die Mikro-Ebene des Einzelfalls mit Veränderungen in der sozialpolitischen Struktur. Es geht also vornehmlich um eine Kontextualisierung des Einzelfalls. Gemeinwesenarbeit setzt hingegen konsequent zwischen der strukturellen und der individuellen Ebene, also auf der Meso-Ebene des Gemeinwesens an. Dazu zählen u.a. Maßnahmen und Angebote zum Beziehungsaufbau und Community Organizing wie Gesprächscafés, Feste und weitere gemeinschaftsstiftende Aktivitäten, beispielsweise

Pflanzaktionen und Urban Gardening, Kochen etc., aber auch Protestaktionen und Kampagnen zur Information über lokale Missstände. Über diese Ebene der Stärkung der Beziehungsarbeit und die entsprechenden Konzepte, so Fehrens Argument, könne das Risiko einer „manageriellen Verkürzung“ der Sozialraumorientierung gemindert werden. Dies korrespondiert mit Stövesands Forderung an die Gemeinwesenarbeit, trotz individualisierender Strukturen und Diskurse Solidarität und kollektives Handeln zu initiieren (Stövesand 2019).

- Eine dritte Unterscheidung zwischen Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit ergibt sich aus der jeweiligen Finanzierung: „Sozialraumorientierung spricht Menschen als leistungsberechtigte Adressaten von Hilfesystemen an und hat damit Zugang zu den erheblichen finanziellen Ressourcen dieser Hilfesysteme. Gemeinwesenarbeit hingegen spricht Menschen als BürgerInnen oder als BewohnerInnen an. Dafür gibt es zunächst keine naheliegende Budget- und Ressortzuordnung. Die Finanzierung einer ganzheitlichen, themen-, zielgruppen- und ressortübergreifenden, vom Einzelfall unabhängigen Sozialen Arbeit im Sinne der Gemeinwesenarbeit ist im Sozialrecht nicht verankert.“ (Fehren 2017: 188)

Dieses Finanzierungsdilemma bedingt ein offenes Aufgabenverständnis der Gemeinwesenarbeit, da sie – im Unterschied zur sozialrechtlich abgesicherten Sozialraumorientierung – darauf angewiesen ist, sich an Gelegenheiten anzupassen, die sich außerhalb der Regelförderung ergeben. Auch aus einer Befragung der Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit DGSA geht hervor, dass die Finanzierung der Gemeinwesenarbeit nicht strukturell abgesichert ist (Fehren 2019). Somit muss sie sich an den Interessen, Themen, Logiken und Zielen unterschiedlichster Akteure (Ressorts, Stiftungen) und ihrer Programme orientieren. Daraus ergibt sich oftmals eine Finanzierung über Projekte, die wiederum langfristige Handlungsansätze erschwert.

Instrumente der Gemeinwesenarbeit

Zur Aufgabenerfüllung steht der Gemeinwesenarbeit ein umfangreicher Methodenkoffer zur Verfügung. Da es im Kern darum geht, Personen zusammenzubringen, um mit ihnen Veränderungen zu bewirken, stehen im Mittelpunkt vor allem kommunikative Methoden, die analytische Aspekte (Was ist das Problem? Was soll verändert werden?) wie auch mobilisierende und strategische Elemente (Wie können wir unser Ziel erreichen?) umfassen und bestenfalls verbinden (vgl. die Beiträge in Stövesand, Stoik, Troxler 2013 und in Früchtel, Budde, Cyprian 2013). Die „aktivierende Befragung“ kann beispielhaft genannt werden, da sie eben diese Verbindung herstellt. Darüber hinaus werden in der Gemeinwesenarbeit Sozialraumanalysen eingesetzt (Spatschek, Wolf-Ostermann 2016, Spieckermann 2012) sowie diverse Varianten der Gruppenarbeit (Ellerbrock 2012). Eine wesentliche Bedeutung kommt auch der Öffentlichkeitsarbeit zu. Weiterhin ist die Mediation von Konflikten zu nennen. Verschiedentlich wird betont, dass die Arbeit nicht an den territorialen Grenzen eines Quartiers Halt macht, sondern beispielsweise, wenn es darum geht, Interessen in politischen Gremien durchzusetzen, diese auch überschreiten kann. Unter dem Hinweis auf ihre jeweilige innere Logik und kontextuelle Einbettung sehen Oehler und Drilling (2013) in der Methodenvielfalt der Sozialen Arbeit für Problemanalysen und professionelle Ansprüche und Antworten einen immensen Fundus.

Die folgende Übersicht (Abb. 3) nennt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, typische Instrumente, die in der Gemeinwesenarbeit eingesetzt werden.

Analytische Elemente	Deliberative und katalytische Elemente	Strategische Elemente
<ul style="list-style-type: none"> – Sozialraumanalyse (qualitativ, quantitativ, strukturorientiert, interaktionsorientiert) – Befragung – Begehung, Erkundung 	<ul style="list-style-type: none"> – Aktivierende Befragung – Zukunftswerkstätten, World Cafés, Open Space, Charettes, Planungszellen u.ä. – Aktives Zuhören – Versammlungen – Runde Tische – Mediation 	<ul style="list-style-type: none"> – Öffentlichkeitsarbeit – Beratung – Gremienarbeit, Politikberatung – Protestorganisation – Netzwerkarbeit – Förderung lokalökonomischer Entwicklung

Abbildung 3: Typische Instrumente der Gemeinwesenarbeit

Mehrwert und Wirksamkeit von Gemeinwesenarbeit für BewohnerInnen und Kommunen

Aus der Fachdiskussion lässt sich ein Mehrwert der Gemeinwesenarbeit für die BewohnerInnen der Quartiere wie auch die Kommunen und darüber hinaus für Wohnungsunternehmen ableiten. Der spezifische Ertrag steht in direktem Verhältnis zur jeweiligen Variante der Gemeinwesenarbeit.

Befähigungs- und emanzipationsorientierte (bzw. katalytisch-aktivierende und integrativ-konfliktorientierte) Ansätze der Gemeinwesenarbeit können die AdressatInnen in der Durchsetzung ihrer Interessen oftmals schon dadurch stärken, dass ein Raum zur Artikulation von Bedarfen überhaupt erst geschaffen wird. Sie kann individuelle und kollektive Wirksamkeitserfahrungen schaffen, indem gemeinsame Ziele erreicht und die Lebensverhältnisse verbessert werden. Gemeinwesenarbeit leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie (Riede, Dölker 2019)

Ansätze, die auf die Verbesserung von Dienstleistungen zielen, können die Qualität der Angebote und damit ebenfalls die Lebensqualität der AdressatInnen erhöhen. Die Grenzen der Gemeinwesenarbeit hinsichtlich der Verbesserung individueller Lebenslagen liegen jedoch auf der Hand. Allein mit Methoden der Gemeinwesenarbeit werden strukturelle Ursachen von Armut und soziale Ungleichheit nicht überwunden (pointiert hierzu: Ziegler 2011).

Aus kommunaler Sicht leisten ein vielfältiges soziokulturelles Angebot und eine artikulationsstarke lokale Akteurslandschaft wichtige Beiträge zum sozialen Zusammenhalt auch über das Quartier hinaus. Soweit die Arbeit auch kommunal getragen wird, ist eine Zunahme des Systemvertrauens zu erwarten. Ein wesentlicher „Mehrwert“ ist sicherlich auch das über Gemeinwesenarbeit generierte Wissen über lokale Bedarfe und Interessen für eine effektive Sozial- und Infrastrukturplanung. Dies korrespondiert mit einem ökonomischen Ertrag, den Wohnungsunternehmen aus der mittels Gemeinwesenarbeit gestärkten Zufriedenheit und Attraktivität des Wohnumfelds ableiten (beispielhaft: Lieser 2012).

Ihre Wirkung über die wohnungswirtschaftliche Betrachtung hinaus ist schwer zu operationalisieren. Das Dilemma zwischen Effizienzdenken und der nicht standardisierbaren, auf dem Prinzip der Ergebnisoffenheit basierenden Sozialen Arbeit (Stiehm 2019: 20) wird allzu deut-

lich angesichts der gegenwärtigen Veränderungen im Planungsverständnis wie auch in der Sozial-, Altenhilfe-, Gesundheits- und Pflegepolitik, die sich jeweils für sozialräumliche Zusammenhänge öffnen, aber Gemeinwesenarbeit in den Förderstrukturen bisher kaum berücksichtigen (können) (BBSR/BMI 2020a). Wirkungsstudien zu einer übergreifenden Quartiersarbeit, die immer auch von nicht voraussehbaren Entwicklungen und Prozessen bestimmt wird, liegen bislang nicht vor. Kremer-Preiß und Mehnert weisen auf die Problematik des Kausalitätsnachweises bei Quartiersmaßnahmen hin: „Selbst wenn festgestellt werden kann, dass die angestrebten Veränderungen eingetreten sind, können andere Faktoren dafür verantwortlich sein“ (Kremer-Preiß, Mehnert 2018: 12).

Eine generelle Skepsis an der Debatte um Wirkungsnachweise wird ausgedrückt, wenn diese nicht nur auf die Legitimation von sozialen Dienstleistungen gerichtet ist, sondern die Forderung nach einer Finanzierung von nur als wirksam nachgewiesenen Interventionen verknüpft wird. Sozialpolitisch geht es „dabei um Ursachen und Verlaufsformen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Ungleichheit. Dies dadurch konterkarieren zu wollen, dass nur noch Messbares als Wirksames behandelt wird, deutet auf ideologische Absichten und Motive hin.“ (Burmeister, Wohlfahrt 2018: 57f.)

Ein Konzept, das für die Wirkungsanalyse von Gemeinwesenarbeit nutzbar gemacht werden könnte, ist der „Social Return on Investment“ (SROI), es wird jedoch für Wirkungsvergleiche aufgrund seiner je nach Fragestellung spezifischen Indikatorenbildung als begrenzt geeignet eingeschätzt (ebda.: 55). In einer SROI-Analyse von Modellprojekten zum moderierten, generationenübergreifenden und barrierefreien Wohnen wurde z.B. neben ökonomischen (Economic Value) und monetär quantifizierbaren Zusatzkosten (Socio-Economic Value) ein nicht monetär quantifizierbarer Zusatznutzen (Social Value) betrachtet (Netzwerk SONG 2009). Als qualitative Indikatoren für den Social Return werden dort genannt: Nachbarschaftliches Engagement; Zeitverwendung und Aktivitäten in der Nachbarschaft; Nutzung des Quartiers und des städtischen Umfelds; Wohnqualität, soziales Umfeld, Zufriedenheit (ebda.: 23). Im Ergebnis werden zwar keine Einsparpotenziale, aber ein konkreter gesellschaftlicher Zusatznutzen konstatiert. Damit verbunden ist die Annahme, dass neben den BewohnerInnen der Modellprojekte auch Sozialversicherung und Sozialhilfeträger profitieren. Dementsprechend wird in der Studie empfohlen, dass diese sich an der „Finanzierung zusätzlicher Kosten, die z.B. durch die sozialarbeiterische Betreuung (Gemeinwesenarbeit) oder besondere bauliche Investitionen (Gemeinschaftseinrichtungen) entstehen, beteiligen“ (ebda.: 37).

Die Wirkungserfahrungen aus der Rückkopplung mit der Praxis der Quartiersansätze aus Sicht der Betroffenen (NutzerInnen, BewohnerInnen), der Umsetzer (Träger, Kooperationspartner) und der lokalen Akteure (u.a. Kommunen) weisen auf einen deutlichen Mehrwert für alle Gruppen hin, es wird aber auch auf die Notwendigkeit verwiesen, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen (Netzwerk SONG 2019: 37).

Ein Ansatz zur Wirkungsmessung entstand ebenfalls aus der Alten- und Pflegearbeit heraus mit dem Forschungsprojekt „WINQuartier“ der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW (Funk 2018). Hier wurde ein indikatorengestütztes Selbstevaluationsinstrument zur Ermittlung der Wirkungen und des Nutzens inklusiver Quartiersentwicklung entwickelt. Es sensibilisiert für eine stärkere Reflexion der dort Beschäftigten über Wirkungszusammenhänge ausgehend von Maßnahmen zur Förderung des selbstbestimmten Lebens und der Versorgungssicherheit für Ältere und Personen mit besonderem Pflege- und Unterstützungsbedarf im Quartier.

2.2 Akteure und Träger der Gemeinwesenarbeit

Folgende Forschungsfragen sollen hier beantwortet werden:

- Wer sind die Akteure und Träger von Gemeinwesenarbeit in den Quartieren?
- Wie unterscheiden sie sich?
- Gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, beispielsweise zwischen den klassischen Trägern sozialer Arbeit und Akteuren im Bereich Planung und Wohnungswesen?

Die Akteurslandschaft und die Trägerstrukturen in der Gemeinwesenarbeit sind aufgrund des breiten Zielspektrums, lokaler Besonderheiten und projektförmiger Finanzierungsmodelle komplex und vielfältig. Das Feld umfasst u.a. private und öffentliche Einrichtungen, Wohnungsunternehmen, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände und konfessionelle Akteure, zivilgesellschaftliche Initiativen und engagierte Einzelpersonen, die in unterschiedlichsten Konstellationen zusammenwirken, um Verbesserungen in einem Quartier zu erreichen.

Ein Merkmal der Gemeinwesenarbeit ist, dass sie in der Praxis oft nicht an einzelne Förderprogramme gebunden ist, sondern durch jeweils kreative und komplexe, vor Ort entwickelte und Rechtsfelder übergreifende Finanzierungsmodelle getragen wird. Auch die Formen der Finanzierung sind vielfältig, wobei kleinteilige Projektförderungen überwiegen. In der folgenden Übersicht (Abb. 4) werden unterschiedliche Trägerstrukturen und ihre Merkmale benannt, Beispiele angegeben und Finanzierungsquellen zugeordnet.

Trägerstruktur	Merkmale	Beispiele	Finanzierungsformen
Vereine für Stadtteilarbeit und Gemeinwesenarbeit	Unabhängig, oft in Großwohnsiedlungen, von BewohnerInnen und/oder SozialarbeiterInnen initiiert	<ul style="list-style-type: none"> – Lenzsiedlung e.V. (Hamburg) – GWA St. Pauli e.V. (Hamburg) – ZAK Zusammen Aktiv in Neuperlach e.V. (München) – K.I.O.S.K. e.V. (Freiburg) 	Finanzierungsmix: z.B. Zuwendungen im Rahmen der offenen Kinder- u. Jugendarbeit, Seniorenarbeit; projektbezogene Finanzierung, Fundraising und Kooperation mit Stiftungen, ehrenamtliches Engagement
Nachbarschaftshäuser, Bürgerhäuser, Kulturläden, Gemeinschaftshäuser; Mehrgenerationenhäuser in unterschiedlicher Trägerschaft	Schwerpunkt: Stadtkultur, Bildungs-/Kulturangebote (z.B. Sprach- und Computerkurse, Tanzen) Stadtteilgeschichte, Stadtteilbezogene Sozialarbeit und Beratung	<ul style="list-style-type: none"> – Nachbarschaftshaus Urbanstraße (Berlin) – Bürgerhäuser (Bremen) – Gemeinschaftshaus Pallaswiesenviertel (Darmstadt) 	Finanzierungsmix: Zuwendungen, Projektförderung, Ehrenamt
Sozialraumorientierung vormals institutioneller Pflege und Betreuung	Community Care, Bürger-Profi-Technik-Mix, ambulante Assistenzstrukturen, Zielgruppen übergreifend	<ul style="list-style-type: none"> – Q8. Stiftung Alsterdorf (Hamburg) – Lebensräume für Jung und Alt, Stiftung Liebenau, SONG-Netzwerk 	Stiftungsmittel, ergänzend: Projektförderung, Bürgerstiftung, kommunale Mittel

Stadtteilarbeit von Wohnungsunternehmen	Gemeinschaftsräume, Miet- und Sozialberatung, MieterInnen-Beteiligung Quartiers- und Mobilitätsmanagement Mitte Altona	– Allbau GmbH Essen (Remy 2017) – vdw Niedersachsen (2017) – Pro Quartier Hamburg (SAGA-Tochter)	Eigenmittel, ergänzend: Projektförderung Investorenumlage bei Neubauprojekt
Kommunale Gemeinwesenarbeit	Realisierung durch VerwaltungsmitarbeiterInnen Quartierskoordination als kommunales Aufgabenfeld, Alters- und Generationengerechtigkeit	– Fachdienst Gemeinwesen Emden – Strategie Quartier 2020, Sozialministerium Baden-Württemberg	Kommunale Mittel, Landesförderung Strategische Landesförderung

Abbildung 4: Träger- und Finanzierungsstrukturen der Gemeinwesenarbeit

Als Beispiel für die oft zahlreichen Finanzierungsquellen einer Einrichtung sei das Nachbarschaftshaus Urbanstraße in Berlin genannt, das folgende Förderungen angibt: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg, Europäischer Sozialfonds (ESF), Charlotte-Steppuhn-Stiftung, Paritätischer Wohlfahrtsverband (Landesverband Berlin), Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin (jfsb), Aktion Mensch e.V., Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, Kreuzberger Kinderstiftung, Stiftung Markstein, Amadeu Antonio Stiftung, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Förderer und Spender der KiezAktivKasse Kreuzberg (vgl. www.nachbarschaftshaus.de)

Angesichts dieser Bandbreite an Förderern mit je eigenen Logiken, Interessen, Erwartungen, Finanzierungsmodalitäten etc. ist von einem enormen administrativen Aufwand auszugehen. Inhaltlich sind überdies infolge des kreativen Finanzierungsmix und der komplexen Beziehung zu staatlicher Förderung (Zuwendungen, Projektförderung oder private Förderung z.B. durch Stiftungen, Quer- und Mischfinanzierung) und den damit verbundenen Zielsetzungen und Laufzeiten Themenschwerpunkte immer wieder neu zu justieren, was neben dem Aufwand und den erforderlichen Kompetenzen im Projekt- und Fördermittelmanagement auch erhebliche konzeptionelle Flexibilität erfordert. Dieser Aspekt wird auch in den Fallstudien (Kapitel 4) vertieft.

2.3 Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement

Folgende Forschungsfrage soll im Folgenden beantwortet werden:

- Wie kann das Verhältnis von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit beschrieben werden? Wo sind die Aufgaben deckungsgleich, wo ergänzen sie sich?

Das Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement wurde neben der Desk Recherche vor allem auch in den ExpertInnengesprächen thematisiert. Dort wurde ausgelotet, welche Aufgabenbereiche sich überschneiden, wo sie sich ergänzen und ggf. auch widersprechen. Auch in den Fallstudien wurde dies betrachtet, die Ausführungen dazu folgen in Kapitel 4.

Im Kontext der sozialen Stadtentwicklung wird immer wieder auf die wichtige Rolle der Gemeinwesenarbeit innerhalb des Quartiersmanagements oder in Ergänzung zum Quartiersmanagement hingewiesen. So wird z.B. auf Bundesebene betont, dass im Quartiersmanagement „Fachkenntnisse in den Bereichen Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit erforderlich“ sind (BMI 2018: 25). Zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement gibt es einige Überschneidungen, aber auch signifikante Unterschiede (vgl. Riede 2017, Schreier 2011, BBSR/BMI 2020a). Da beide Konzepte interpretationsoffen sind, ist es jedoch schwer, diese präzise zu markieren. Gemein ist beiden Ansätzen der Quartiersbezug und die partizipative Umsetzung sowie die Netzwerkarbeit. Altena (1999) zeigte schon zur Zeit der Einführung des Quartiersmanagements Ende der 1990er Jahre auf: „Alle wollen aktivieren, vernetzen, beteiligen und die Selbsthilfepotentiale stärken. Natürlich sind alle Ansätze ressortübergreifend, partizipativ, prozesshaft und nachhaltig. Die Handlungsfelder sind zahlreich und kooperiert wird mit allen. Die Programme hören sich gut an. Die praktische Umsetzung ist jedoch häufig schwierig.“ (Altena 1999)

Während sich allerdings die Aktivitäten des Quartiersmanagements aufgrund des Förderrahmens direkt oder indirekt auf städtebauliche Investitionen richten, als so genannte investitions vorbereitende oder -begleitende Maßnahmen, ist Gemeinwesenarbeit aus einer nicht-investiven Logik heraus entstanden und stellt kommunikative, beratende und soziokulturelle Aspekte in den Vordergrund. Wenn Beteiligungsarbeit zu sehr auf leicht und rasch realisierbare Projekte ausgerichtet wird, greift die „Effektivitätsfalle“ (Munsch 2005), so dass artikulationsschwache Gruppen im Prozess ausgegrenzt werden, um Zeitpläne einzuhalten und Fördermittel fristgerecht umsetzen zu können.

Nicht-investive Aktivitäten zur Stärkung der lokalen Gemeinschaft (von Kochen und Gärtnern bis hin zum Protest) wiederum können einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung in der Sozialen Stadt leisten, lassen sich aber eben oft nicht aus Mitteln der Städtebauförderung finanzieren. Konfliktorientierte und parteiliche Varianten der Gemeinwesenarbeit können auch in Opposition zum Quartiersmanagement gehen und sich gegen städtebauliche Interventionen stellen, wenn mit diesen z.B. Verdrängungsrisiken und Benachteiligungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen einhergehen oder diese befürchtet werden.

Die Beziehung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement kann folglich sehr unterschiedliche Formen annehmen: Gemeinwesenarbeit kann ein Element eines umfassenden Quartiersmanagements sein; sie kann sich aber auch (quasi in konzeptioneller Konkurrenz) explizit gegen oder neben das Quartiersmanagement stellen. Dabei ist relevant, wie und in welcher Trägerschaft das jeweilige Modell von Quartiersmanagement ausgestaltet ist, denn auch hier lässt sich nach wie vor eine Vielfalt an Interpretationen feststellen (vgl. BMUB 2016). In einigen Kommunen und Trägern wird Quartiersmanagement stark in der Tradition der Gemeinwesenarbeit verortet (z.B. Bremen-Tenever), teilweise in Kooperation mit Wohnungsunternehmen. Auch die Praxis, das Quartiersmanagement mit SozialarbeiterInnen und PlanerInnen auszustatten, zeigt die hybride Funktion von Quartiersmanagement. Andernorts wird es eher als Variante von Standortentwicklung und -marketing verstanden (wie z.B. in Lehrgängen und Zertifizierungskursen der Industrie- und Handelskammern zu City- und Quartiersmanagement).

Die Fachkompetenz Gemeinwesenarbeit im Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt wird mit „deren besonderen Kompetenzen bei der Ansprache benachteiligter Gruppen und ihrem

lebenslagen- und zielgruppenübergreifenden Vorgehen“ begründet (HEGISS Servicestelle 2019: 15). Für die Begleitung des hessischen Landesprogramms zur Gemeinwesenarbeit wurden vertiefend Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit zusammen mit einem Glossar entwickelt (LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. 2019 und auch LIGA 2018).

Das Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement wird in den ExpertInnengesprächen recht unterschiedlich eingeschätzt. Die Bandbreite deckt in etwa die in der Desk Recherche erarbeiteten Positionen ab, was mit den jeweiligen Verständnissen von Gemeinwesenarbeit korrespondiert. Die Bedeutung von Gemeinwesenarbeit für ein gelingendes Zusammenleben in sozial herausfordernden Quartieren scheint jedoch unumstritten. Eine Kategorisierung der möglichen Beziehungen nach der Intensität der Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement lässt sich in Abstufungen von sehr eng bis konflikthaft vornehmen. Diese Einteilung wird in der Auswertung der Fallstudien herangezogen, um die Konstellationen vor Ort einzuordnen:

Integriert	An manchen Standorten ist Gemeinwesenarbeit ein expliziter Teil des Quartiersmanagements bzw. das Quartiersmanagement wird durch Gemeinwesenarbeitsträger vor Ort geleistet.
Komplementär	Die Aktivitäten erfolgen getrennt voneinander, es gibt jedoch eine Aufgabenteilung und Absprachen, mit unterschiedlich starken Berührungspunkten.
Oppositionell	In diesem Fall richtet sich Gemeinwesenarbeit gegen Maßnahmen zur Aufwertung des Quartiers, die zur Verdrängung vulnerabler Bewohnergruppen führen kann, und verortet Quartiersmanagement in diesem Zusammenhang als Gegner. Während in der Forschung und in den ExpertInnengesprächen auf diesen Ansatz hingewiesen wird, kam er in den hier durchgeführten Fallstudien nicht vor.

Über die Zeit, so die Einschätzung mehrerer ExpertInnen, hat sich auch bei zunächst komplementären oder oppositionellen Positionen ein Annäherungsprozess von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement abgezeichnet. Die Aufgabenstellung des Quartiersmanagements mit bündelnden, koordinierenden Funktionen ist oft, aber nicht immer weitgehend stimmig mit den Zielsetzungen der Gemeinwesenarbeit. Der Gebietsbezug, auf dem die Soziale Stadt basiert, und der räumliche Bezug der Gemeinwesenarbeit haben Überschneidungen, sind aber eher selten gleich.

ExpertInnen aus sozialpolitischen Kontexten (wie Altenhilfe oder Eingliederungshilfe) verwenden die Begriffe pragmatisch. Klare Abgrenzungen von Gemeinwesenarbeit, Sozialraumorientierung und Quartiersmanagement werden nicht getroffen und auch nicht als notwendig angesehen. Vielmehr wird die Bedeutung der Handlungsebene des Sozialraums bzw. des Quartiers für sozial- und raumbezogene Politiken hervorgehoben und die Notwendigkeit einer integrierten Perspektive betont.

Im Spannungsfeld zwischen Parteilichkeit und einer intermediären, vermittelnden Position werden von verschiedenen ExpertInnen entscheidende Nuancierungen gegenüber dem Quartiersmanagement und sozialräumlichem Verwaltungshandeln ausgemacht: Quartiersmanagement wird als intermediäre und konsensorientierte Instanz wahrgenommen, die aber oft mit

koordinierenden Tätigkeiten ausgelastet sei und eigentlich mehr frei verfügbare Zeit benötige – was Förderbedingungen jedoch in der Regel kaum erlauben. Quartiersmanagement bezieht sich auch vornehmlich auf die Umsetzung von städtebaulichen Maßnahmen mit öffentlichen Fördermitteln. Parteilichkeit ist hier nicht vorstellbar und zielführend. In verschiedenen Varianten der Gemeinwesenarbeit hingegen ist sowohl Parteilichkeit für vulnerable Gruppen wie auch eine explizite Konfliktorientierung geboten. Mehrere ExpertInnen haben diesbezüglich auf die in Kapitel 2.1 dargestellten klaren Formulierungen in den Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit in Hessen hingewiesen (LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. 2019).

Eine weitere wichtige Einschätzung der ExpertInnen bezieht sich auf die Verbindung zwischen Quartiersmanagement und den sozialpolitischen Hilfesystemen. Nach wie vor sei Quartiersmanagement eng an raumbezogene Logiken gebunden und in der Praxis „blind“ gegenüber der Eingliederungshilfe, dem Inklusionsansatz und sozialpolitischen, personenbezogenen Themen. Der Gemeinwesenarbeit wird aufgrund ihrer Verortung zwischen diesen Systemen die Kompetenz zugeschrieben, diese Verbindungen herzustellen.

Weiterhin betonen die befragten ExpertInnen, dass Quartiersmanagement im stadtpolitischen Kontext oft besser aufgestellt und eingebunden sei als Gemeinwesenarbeit. Im Zusammenspiel mit Gemeinwesenarbeit liege beim Quartiersmanagement häufig eine leitende und koordinierende Funktion. In der Praxis sei, so einige Einschätzungen, der strategische Blick auf das Quartier und die Rückbindung an lokale Politik (Quartiersbeirat etc.) eher durch das Quartiersmanagement gegeben als durch Gemeinwesenarbeit. Gemeinwesenarbeit habe hingegen oft weder einen Blick für gesamtstädtische Zusammenhänge der Quartiersentwicklung, noch sei sie mit Fragen der Infrastruktur befasst. Ihre Parteilichkeit liege quer zu dem intermediären, Interessen abwägenden Ansatz des Quartiersmanagements. Sie ermöglicht jedoch die Bearbeitung sozialpolitischer Herausforderungen, die Stadtteilgrenzen überschreiten und neue Schwerpunkte und Einblicke in personenbezogene Sozialleistungen mitbringen, z.B. Pflege, Eingliederungs- und Altenhilfe. Gemeinwesenarbeit bringt gerade durch ihre Nähe zu benachteiligten Gruppen und ihren oft langjährigen Aufbau von Vertrauen und Netzwerken wichtige Kompetenzen in Aktivierung und Beteiligung ein. Von einigen ExpertInnen wurde kritisch darauf hingewiesen, dass aufgrund der zeitlichen Befristung von Projekten und Programmen oft BerufsanfängerInnen in der Gemeinwesenarbeit beschäftigt seien und eine hohe personelle Fluktuation gegeben sei, die ebendiese Beziehungsarbeit erschwert.

Der katalytisch-aktivierende, lebensweltliche Ansatz gilt weithin als Stärke der Gemeinwesenarbeit. Ihre Beteiligung am Quartiersmanagement stärkt die sozialraumorientierten und partizipativen Methoden der Aktivierung, die für eine Verankerung von Projekten in lokalen Akteursnetzwerken notwendig sind. Damit verbunden ist auch ein emanzipatorischer Ansatz im Sinne eines integrativ-konfliktorientierten Anspruchs von Gemeinwesenarbeit. Für ein nachhaltiges Quartiersmanagement kann es durchaus produktiv sein, wenn Gemeinwesenarbeit die Rolle übernimmt, konfliktbehaftete Themen anzugehen – vor allem, wenn das Verhältnis der beiden kollegial ist (integrierte oder komplementäre Variante, nicht oppositionell). Dabei kann die/der Intermediäre und vermittelnde VertreterIn des Quartiersmanagements auch eine andere Position vertreten als die – parteiliche – Gemeinwesenarbeit, aber dafür sorgen, dass mit dem Konflikt konstruktiv umgegangen wird. Hier wird das institutionelle Arrangement bedeutend: Ein einseitig abhängiger Quartiersentwickler als Dienstleister verhält sich im

Zweifelsfall im Sinne des Auftraggebers und wird keine Proteste organisieren, die aber in bestimmten Fällen notwendig sein können, um auf tieferliegende Probleme im Quartier hinzuweisen.

2.4 Zwischenergebnisse der Desk Recherche und ExpertInnengespräche

Folgende Thesen können in einem Zwischenfazit zur Gemeinwesenarbeit in der Praxis auf Basis der Desk Recherche und der ExpertInnengespräche formuliert werden:

- a. Gemeinwesenarbeit wird als eine strategisch wichtige Aufgabe im Rahmen des Programms Soziale Stadt angesehen – als personenbezogene Beteiligungsarbeit mit dem Ziel, die soziale Integration in den Nachbarschaften zu fördern. Ihre Anbindung an das Quartiersmanagement kann dabei variieren.
- b. Die raumbezogene Förderkulisse der Sozialen Stadt und der für das Quartiersmanagement leitende Raumbezug ist für Gemeinwesenarbeit eine wichtige Ressource und Innovation, die personenbezogene Förderungen ergänzt.
- c. Die Schnittstellen zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement liegen im gemeinsamen Auftrag der Aktivierung und der aufsuchenden (Sozial-)Arbeit sowie in der Vernetzung vor Ort und einer offenen Haltung gegenüber den vorhandenen Potenzialen im Quartier (Ressourcenorientierung).
- d. Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement ergänzen sich in lokalen Partnerschaften und kooperativem Stadtteilmanagement unter Einbezug von kommunalen Akteuren, (Wohnungs-)Wirtschaft, freien Trägern der Sozialarbeit, Stadtteilinitiativen und BürgerInnen. Sie bringen die Kompetenzen und Zugänge zur Lebenswelt (Gemeinwesenarbeit) und zur Strukturwelt (Quartiersmanagement) komplementär zusammen.
- e. Mit der engen Verknüpfung von Gemeinwesenarbeit (soziale Komponente) und städtebaulicher Quartiers- oder Ortsentwicklung (baulich-physische Komponente) werden sozialräumliche Strukturen einer kommunalen Daseinsvorsorge (wie z.B. Quartierstreffs) geschaffen.

3. Fragebogenerhebung zur Verankerung der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt

Bei der Online-Befragung wurde ein sehr breites Konzept von Gemeinwesenarbeit zugrunde gelegt, das in wissenschaftlichen wie praxisbezogenen Fachdiskursen durchaus kontrovers diskutiert wird (vgl. Kapitel 2). Die vorgestellten Ergebnisse sind kein repräsentatives Abbild des aktuellen Stands der Gemeinwesenarbeit in Deutschland, sondern eine Felderkundung der Einschätzungen, Problemlagen, Finanzierung etc. von Gemeinwesenarbeit in den laufenden und ruhenden Programmgebieten der Sozialen Stadt. Die Beantwortung der Fragen zur kommunalen Praxis und damit einhergehend das Verständnis von Gemeinwesenarbeit hängen darüber hinaus von den subjektiven Einschätzungen der Befragten aus den kommunalen Verwaltungen sowie der im Quartiersmanagement Tätigen und ihres professionellen Hintergrunds ab.

Grundgesamtheit der Online-Fragebogenerhebung zur kommunalen Praxis als ein empirischer Baustein der Studie waren alle 794 laufenden und ruhenden Maßnahmen des Programms Soziale Stadt aus der Städtebauförderungsdatenbank des BBSR (Stand: 31.12.2017, BMI 2018). Der Rücklauf betrug 207 berücksichtigte Fragebogen. Das bedeutet etwa 25 Prozent aller befragten Maßnahmen und 40 Prozent der laufenden Maßnahmen.

Ein interessantes erstes Schlaglicht auf die fachliche Verortung der Programmgebiete in den Kommunalverwaltungen sowie die Trägerstruktur der Quartiersmanagements wird beim Rücklauf der Befragung sichtbar. Die Fragebogen konnten von einer oder mehreren Personen, aus der Fachverwaltung, dem Quartiersmanagement sowie Anderen in Arbeitsteilung ausgefüllt werden. 131 Fragebogen wurden von der verantwortlichen Person der kommunalen Fachverwaltung ausgefüllt. Am häufigsten war dies der Fachbereich Stadtplanung/-entwicklung (58 Fälle), gefolgt vom Bereich Jugend/Soziales (32) und einer eingerichteten Stabsstelle, Gebietskoordination oder Sozialraummanagement (23). In 116 Fällen wurde der Fragebogen vom zuständigen Quartiersmanagement bearbeitet. Die Trägerschaft des Quartiersmanagements lag dabei am häufigsten bei externen Planungsbüros (47 Fälle) sowie bei sozialen Trägern (34), z.B. aus der Wohlfahrtspflege oder der Kinder- und Jugendhilfe. In 22 Gebieten war die Kommune bzw. eine kommunale Entwicklungsgesellschaft Trägerin des Quartiersmanagements. In weiteren 11 Fällen waren Dritte an der Beantwortung des Fragebogens beteiligt. Dies waren u.a. die zuständigen Sanierungsträger, Leitungen von Stadtteilzentren oder politische Gremien.

3.1 Einrichtungen und Angebote der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt

Bei der Frage nach Anzahl und Arten von Einrichtungen und Angeboten der Gemeinwesenarbeit im Programmgebiet wurden in den 207 teilnehmenden Programmgebieten insgesamt knapp 1.900 genannt (Abb. 5). Die Befragten konnten die Einrichtungen und Angebote dabei in vier Kategorien einteilen: Zielgruppenübergreifende klassische Gemeinwesenarbeit; Sozialraumorientierte Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe; Sozialraumorientierte Einrichtungen der Eingliederungshilfe; Weitere sozialraumorientierte Einrichtungen mit Zielgruppenbezug. Auffällig dabei ist, dass die mit Abstand meisten Nennungen (720) bei Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen vorgenommen wurden. Das liegt zum einen an dem der Fragebogenerhebung zugrunde liegenden breiten Verständnis von Gemeinwesenarbeit. Zum anderen

spricht es jedoch auch dafür, dass Kindertageseinrichtungen und Schulen ein starkes sozialraumorientiertes Verständnis bei ihrer Aufgabenerfüllung wahrnehmen. Diese Annahme wird durch die freien Antworten zur Einschätzung der Veränderung der Aufgaben der Gemeinwesenarbeit bekräftigt und bestätigt sich auch in den in Kapitel 4 dargestellten Fallstudien. Weitere Einrichtungen liegen mit 529 bzw. 520 Nennungen in etwa gleichauf. Weit abgeschlagen dagegen befinden sich Einrichtungen der Eingliederungs-/Behindertenhilfe mit lediglich 127 Nennungen. Dieses Ergebnis zeigt ganz deutlich, wie wenig das Ziel der Inklusion von Menschen mit Einschränkungen bislang in der Praxis, insbesondere sozialraumorientiert, umgesetzt wird.

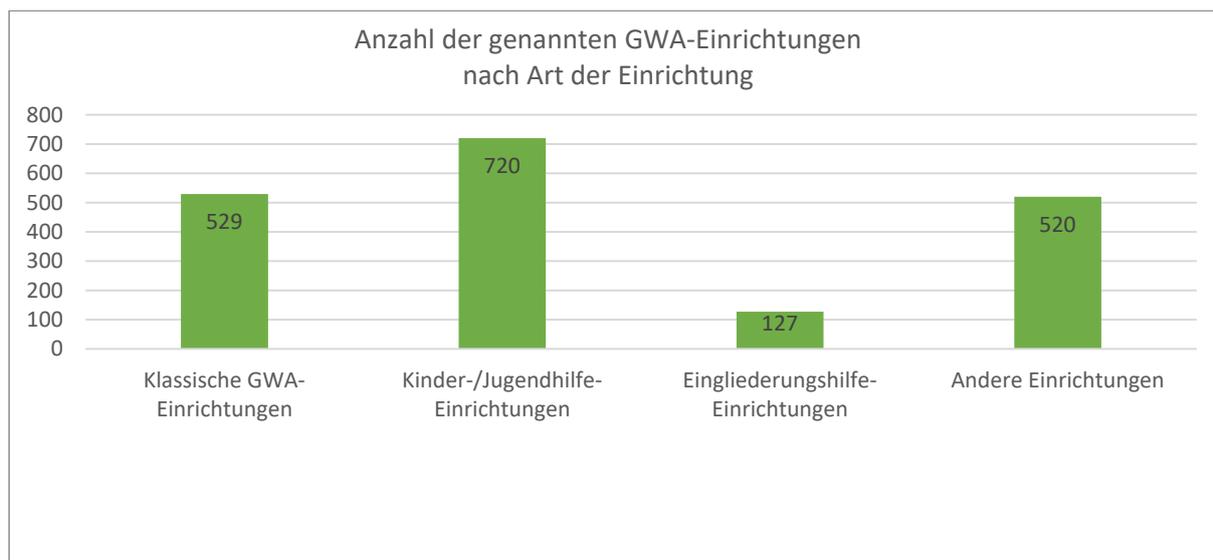


Abbildung 5: Anzahl der Gemeinwesenarbeitseinrichtungen nach Art der Einrichtung (eigene Erhebung, n=1.896)

Bei den Nennungen zu den drei wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in den Programmgebieten (Abb. 6) sticht hingegen ein engeres Verständnis von Gemeinwesenarbeit hervor. Mit über der Hälfte der Antworten (277 von 530) wurden hier zielgruppenübergreifende Gemeinwesenarbeitseinrichtungen als wichtigste Einrichtungen im Stadtteil benannt. Noch deutlicher wird zudem, dass hier Eingliederungshilfeträger so gut wie keine Rolle spielen. Weniger als 1 Prozent der Antworten entfielen auf diese Kategorie (vier Nennungen). Kinder- und Jugendhilfe- sowie weitere sozialraumorientierte Einrichtungen liegen in der Einschätzung etwa gleichauf (124 bzw. 110 Nennungen).

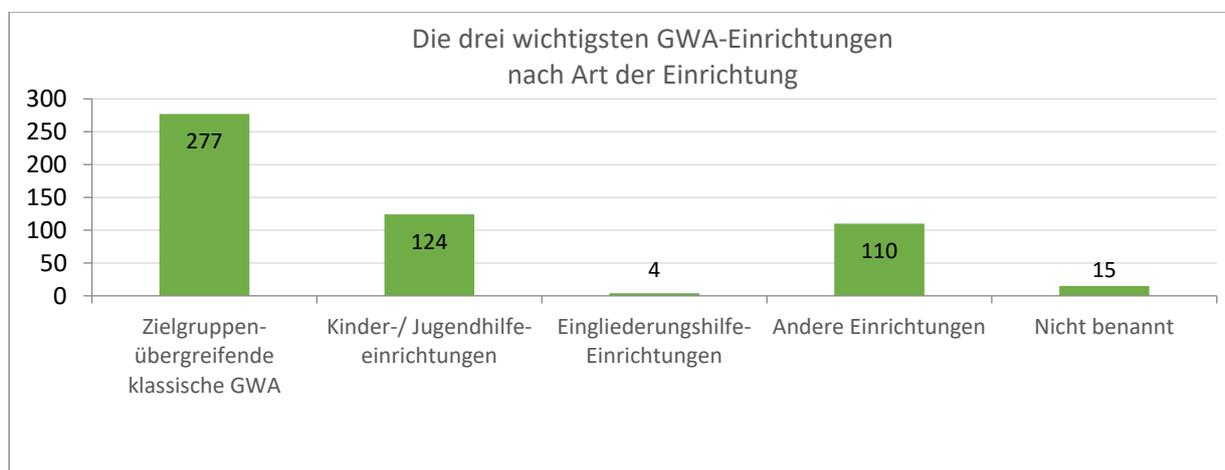


Abbildung 6: Drei wichtigste Gemeinwesenarbeitseinrichtungen nach Art der Einrichtung (eigene Erhebung, n=530)

Ein näherer Blick auf die 277 genannten zielgruppenübergreifenden Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit zeigt, dass vor allem die Gruppe der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Stiftungen die Trägerschaft von Gemeinwesenarbeit in den befragten Programmgebieten innehat (Abb. 7). Mit 100 Nennungen macht diese Kategorie rund 40 Prozent der Träger der genannten wichtigsten zielgruppenübergreifenden Einrichtungen aus. Ähnlich häufig wurden Vereine für Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit (86) sowie die Kommunen (76) als Träger genannt. In der Kategorie der Gemeinwesenarbeits- und Stadtteilvereine sind neben den originären Bürgervereinen auch Vereine, Trägerverbände oder Gesellschaften subsummiert, die lokal mit dem Ziel der Trägerschaft eines Nachbarschafts- oder Begegnungszentrums gegründet wurden oder sich im Laufe der Zeit als professionelle Träger der Gemeinwesenarbeit weiterentwickelt haben. Bei den kommunalen Gemeinwesenarbeitseinrichtungen sind auch die Fälle miteinbezogen, in denen eine externe Beauftragung eines Beratungs- oder Planungsbüros als Quartiersmanagement stattgefunden hat. Ansonsten sind es meist Nachbarschafts- oder Mehrgenerationenhäuser, die hauptverantwortlich von der Kommune finanziert und betrieben werden. In acht Fällen waren Wohnungsunternehmen Träger der Einrichtungen, in sieben weiteren Fällen konnte keine Zuordnung zu einer der zuvor genannten Kategorien vorgenommen werden.

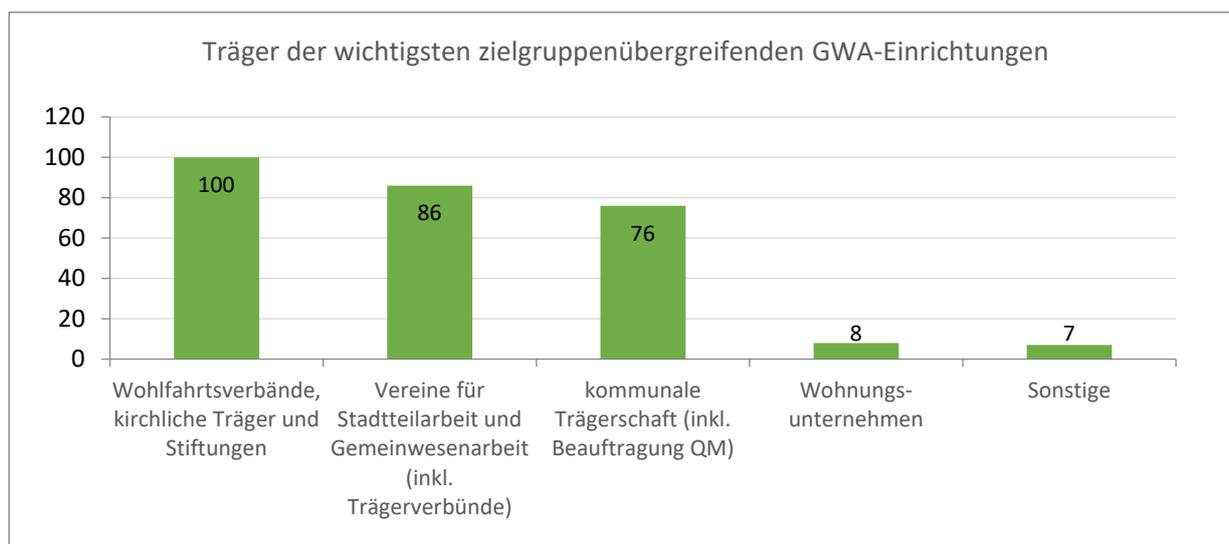


Abbildung 7: Träger der wichtigsten zielgruppenübergreifenden Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit (eigene Erhebung, n=277)

Für die jeweils bis zu drei wichtigsten Einrichtungen wurden die Personalausstattung (in Vollzeitäquivalenten) sowie die pro Jahr durch die Einrichtung erreichte Anzahl an Personen erfragt. Diese Frage wurde jedoch häufig nicht beantwortet bzw. die Antworten waren nicht verwertbar. Bei der Frage der Personalausstattung galt dies für gut 30 Prozent der Einrichtungen, bei der Frage nach den erreichten Personen für fast 40 Prozent. Die statistische Aussagekraft ist auch aufgrund unterschiedlicher Verzerrungen als sehr gering zu betrachten. Viele der Werte wurden nur geschätzt; Fragen zudem durch die Antwortenden unterschiedlich interpretiert. Bei der Personalausstattung wurden Teilzeitkräfte oder Ehrenamtliche teilweise nicht berücksichtigt, aber textlich genannt. Verzerrungen traten durch unterschiedlich vorgenommene Kalkulationen auf. Manche Antwortenden gaben lediglich die für Gemeinwesenarbeit zuständigen Mitarbeitenden, manche die Mitarbeitenden für die gesamte Einrichtung und manche sogar alle Mitarbeitenden des Trägers an. Dies gilt auch für die Anzahl der durch die

Einrichtungen erreichten Personen. Von den Antwortenden wurden teils alle an Einzelveranstaltungen teilnehmenden Personen oder lediglich Stammgäste gezählt; teils nicht-verwertbare pro-Tag- oder von-bis-Angaben getätigt. In manchen Fällen wurde die gesamte Stadtteilbewohnerschaft als erreichte Personen bezeichnet.

Als Aussagen aus der Frage zur Personalausstattung lässt sich insgesamt ableiten, dass die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit häufig einen sehr geringen Personaleinsatz aufweisen. Insgesamt bewegt sich die Hälfte der Einrichtungen zwischen 1,00 und 4,00 (aufaddierten) Vollzeitstellen. Der Median befindet sich bei 2,00 Vollzeitäquivalenten. In drei Viertel der Einrichtungen liegen die Vollzeitäquivalente unter 4,00. Das bedeutet, dass die Mehrzahl der Einrichtungen für Gemeinwesenarbeit kleine Einrichtungen mit weniger als 4 (Vollzeit-) Mitarbeitenden darstellen. Zudem zeigt sich eine Prekarität bzw. Unterfinanzierung der Einrichtungen darin, dass ein Drittel (33,8 Prozent) der Einrichtungen lediglich mit einer bzw. weniger als einer Vollzeitstelle ausgestattet sind. Darüber hinaus spielt ehrenamtliches Engagement für die Gemeinwesenarbeit eine sehr große Rolle. Immerhin 7 Prozent der Einrichtungen arbeiten komplett ehrenamtlich. In vielen weiteren Fällen wurde textlich mitgeteilt, dass dort nur Ehrenamtliche arbeiten oder aber Ehrenamtliche die Tätigkeiten teilweise übernehmen.

Bei den inhaltlichen Schwerpunkten der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit (Abb. 8) werden vor allem drei Bereiche herausgestellt: Interkulturelles Zusammenleben und (Sozio-) Kultur (380 Nennungen), Beteiligung und Aktivierung (350) sowie Beratungsangebote (331) führen mit weitem Abstand die Liste der inhaltlichen Schwerpunkte an. Dahinter liegen mit Kinder- und Jugendhilfe (265), Stadtteilentwicklung und Vernetzung (264) sowie Bildung und Qualifizierung (255) erneut drei Bereiche, die in etwa gleich häufig genannt wurden. Themen wie Gesundheit (167) oder Inklusion von Menschen mit Behinderung (104) spielen in Relation eine nachrangige Rolle.

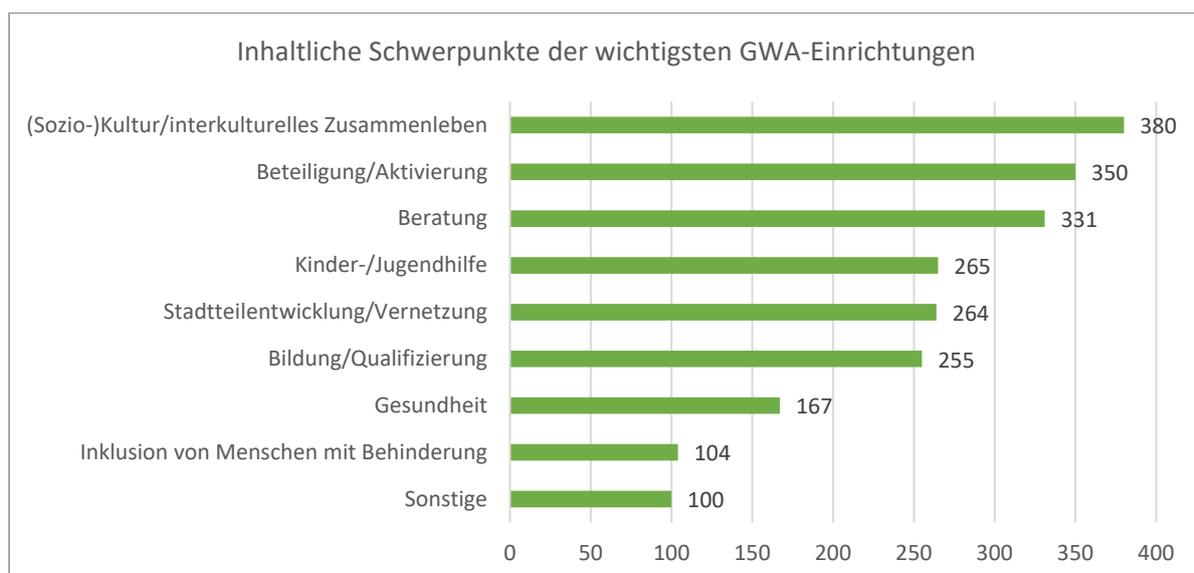


Abbildung 8: Inhaltliche Schwerpunkte der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen (eigene Erhebung, n=530)

Bei der Unterscheidung nach schwerpunktmäßig durch die Einrichtungen angesprochenen Zielgruppen (Abb. 9) stehen vor allem Kinder und Jugendliche (300) sowie Familien (273) im Vordergrund. MigrantInnen (255) oder besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen (217)

werden ebenfalls häufig angesprochen wie auch zielgruppenübergreifend alle Bevölkerungsgruppen (248). Auch ältere Menschen (175) spielen eine größere Rolle bei der Zielgruppenansprache (s. auch inhaltliche Entwicklung der Gemeinwesenarbeit). Das Gegenteil ist für Langzeitarbeitslose (83), Menschen mit Behinderung (81) oder Pflegebedarf (50) der Fall. Sie werden wesentlich seltener als Zielgruppen wahrgenommen.

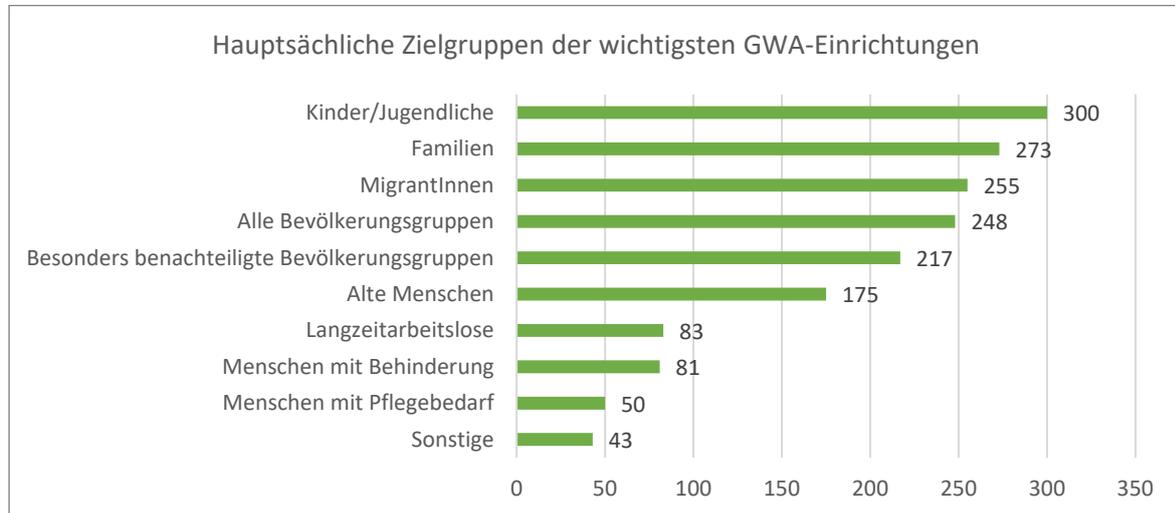


Abbildung 9: Hauptzielgruppen der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen (eigene Erhebung, n=530)

Für die Finanzierung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit ist häufig die Kommune entscheidend (Abb. 10). In knapp 70 Prozent der Fälle erhalten die Einrichtungen kommunale Mittel. Aus den ExpertInnengesprächen geht jedoch hervor, dass die Spielräume freiwilliger sozialer Leistungen seitens der Kommunen ausgeschöpft sind (vgl. Kapitel 5.1). Viele Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit sind auch auf Eigenmittel oder Spenden angewiesen (ca. 40 Prozent der Fälle). In einigen Fällen werden die Länder, der Bund und die EU über Projektfördermittel zur Finanzierung genutzt. Dabei liegt die Landesfinanzierung mit ca. 35 Prozent vor den Bundes- (25 Prozent) sowie den EU-Mitteln (10 Prozent). Kirchen und Stiftungen werden ebenfalls, allerdings in geringerem Maße (knapp 17 Prozent), als Finanzierungsquelle herangezogen. Zudem werden von den Einrichtungen noch viele weitere Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft (fast 18 Prozent).

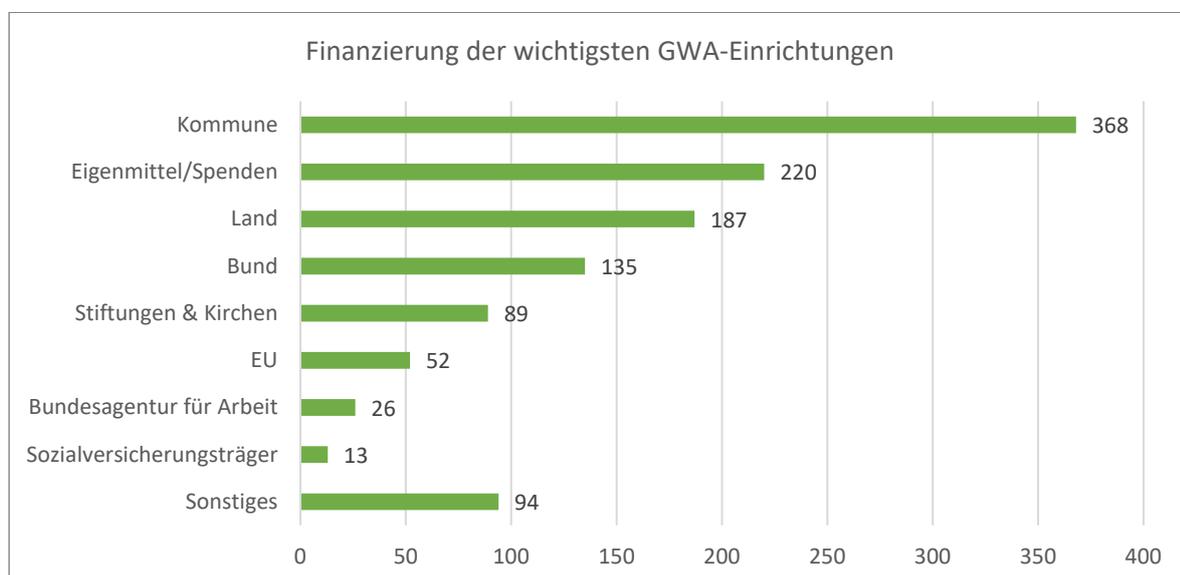


Abbildung 10: Finanzierung der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen (eigene Erhebung, n=530)

Interessant dabei sind die insgesamt 39 Nennungen von einzelfallbezogener Finanzierung über Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit (Abb. 11, vgl. auch die Fallstudienauswertung sowie das Rechtsgutachten). Zudem bestätigt sich auch, dass die Finanzierung von Gemeinwesenarbeit sehr unterschiedlich gehandhabt wird. In knapp 30 Prozent der Programmgebiete erhalten die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit weder kommunale noch Landesmittel.

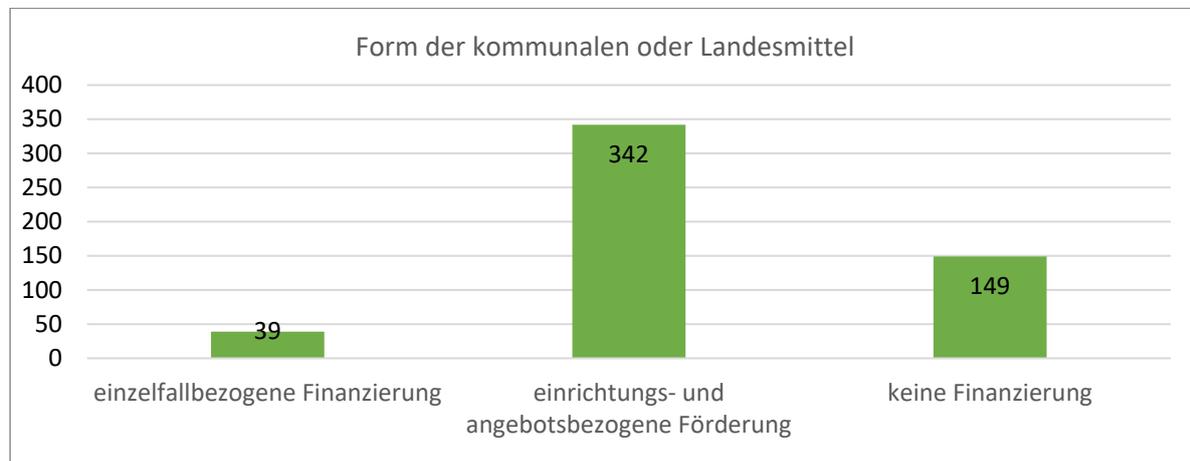


Abbildung 11: Form der erhaltenen Finanzierung durch Kommune oder Land (eigene Erhebung, n=530)

Bei den für die drei wichtigsten Einrichtungen zuständigen Fachverwaltungen (Abb. 12) sind die Bereiche Soziales (200 Antworten) und Jugend (174) mit Abstand am häufigsten vertreten. In der Mehrzahl der Fälle sind die Einrichtungen entsprechend der Art und ihrer Hauptausrichtung verankert. Relativ häufig wurde zudem noch der Bereich Stadtentwicklung/-planung (105) genannt. Die Fachverwaltungen aus Stadtentwicklung und -planung haben zwar mehrheitlich den Fragebogen beantwortet, sind aber nicht so häufig zuständig. In fast gleich vielen Fällen wurde gar keine Fachverwaltung (54) oder eine andere nicht-kommunale Institution (53) als zuständig angegeben. Das spricht für eine geringe kommunale Einbettung bzw. eine große Unabhängigkeit dieser Einrichtungen. Dass mehr zuständige Fachverwaltungen (761) als Einrichtungen (530) genannt wurden, gibt des Weiteren einen Hinweis darauf, dass Gemeinwesenarbeit ein ressortübergreifendes Querschnittsthema darstellt. Allerdings lassen sich auch einige Mehrfachantworten darin begründen, dass die Ressortzuschnitte der Kommunalverwaltung sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Zum Beispiel bilden Jugend und Soziales in manchen Kommunen ein gemeinsames Amt und die Antwortenden haben daher mehrere Kategorien ausgewählt. Diese Antworten könnten sich aber auch in der Kategorie Andere Fachverwaltung (70) wiederfinden.

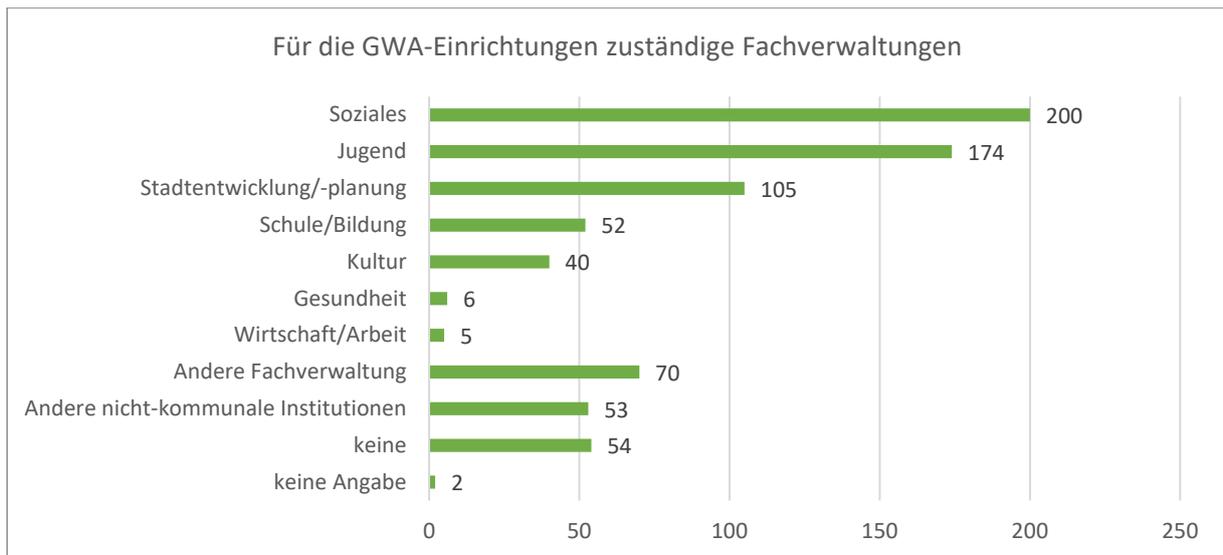


Abbildung 12: Für wichtigste Gemeinwesenarbeitseinrichtungen zuständige Fachverwaltungen (eigene Erhebung, n=761)

Da die Fragebogenerhebung im Rahmen des Programms Soziale Stadt durchgeführt wurde, ist auch von erheblichem Interesse, wie stark die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in das Programm eingebettet werden, sowohl inhaltlich als auch finanziell. Am häufigsten erhalten die Einrichtungen finanzielle Mittel aus dem Soziale Stadt-Budget für die Durchführung von Projekten (knapp 40 Prozent). Als vornehmlich investives Programm werden jedoch häufig auch Umbau- oder Neubaumaßnahmen (über 30 Prozent) oder die Inneneinrichtung (knapp 18 Prozent) über die Soziale Stadt finanziert. Für Personal- oder Betriebskosten werden nur in 20 Prozent der befragten Programmgebiete Soziale Stadt-Mittel verwendet. In einem Drittel der Gebiete findet sogar gar keine Einbettung über finanzielle Ressourcen in das Programm statt (Abb. 13).

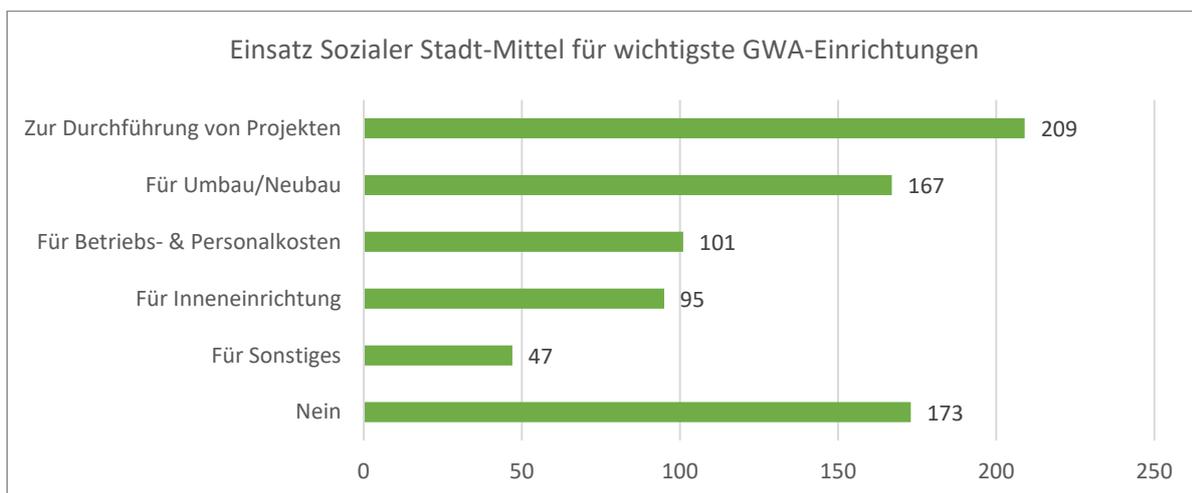


Abbildung 13: Mitteleinsatz aus der Sozialen Stadt für wichtigste Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit (eigene Erhebung, n=530)

Inhaltlich sind die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit stark in das Programm Soziale Stadt eingebunden (Abb. 14). Knapp 80 Prozent der Einrichtungen nehmen regelmäßig an Stadtteilkonferenzen oder Gremien teil. Gut zwei Drittel der Einrichtungen führen Projekte durch, die über Soziale Stadt-Mittel teilweise oder ganz finanziert werden. Fast 60 Prozent der Einrichtungen werden im integrierten Handlungs- bzw. Entwicklungskonzept erwähnt und fast

die Hälfte hat sogar aktiv daran mitgearbeitet. Lediglich gut 5 Prozent der Einrichtungen sind überhaupt nicht eingebunden.

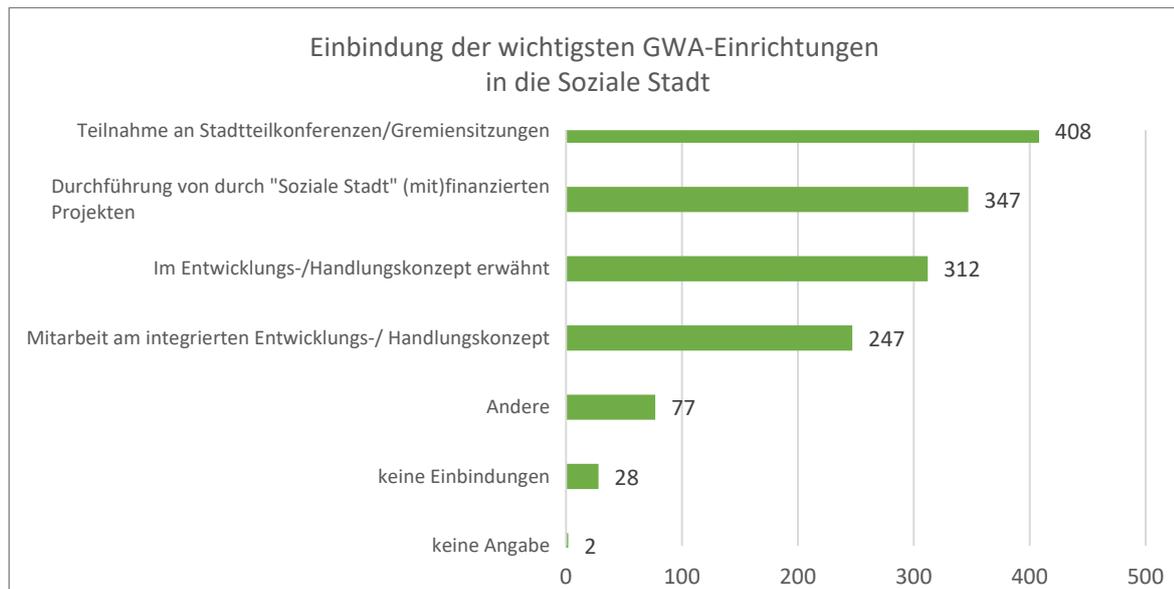


Abbildung 14: Einbindung der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in das Programm Soziale Stadt (eigene Erhebung, n=530)

Dementsprechend wird die Arbeit der Einrichtungen in drei Viertel aller befragten Programmgebiete als sehr wichtig, in über 95 Prozent als wichtig oder sehr wichtig wahrgenommen (Abb. 15). Dennoch ist die Zusammenarbeit ausbaufähig. Trotz der Relevanz der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit ist die Zusammenarbeit mit den zuständigen Quartiersmanagements in einem Viertel der Gebiete wenig intensiv oder hat noch gar nicht stattgefunden, wodurch ein gewisses Spannungsfeld offensichtlich wird (Abb. 16).

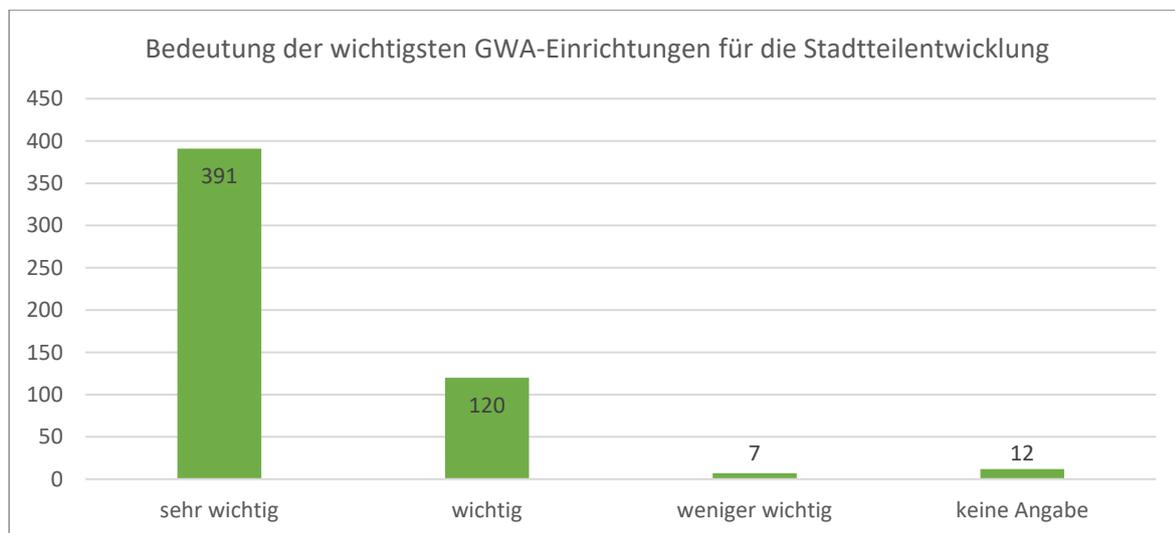


Abbildung 15: Bedeutung der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit für die Stadtteilentwicklung (eigene Erhebung, n=530)

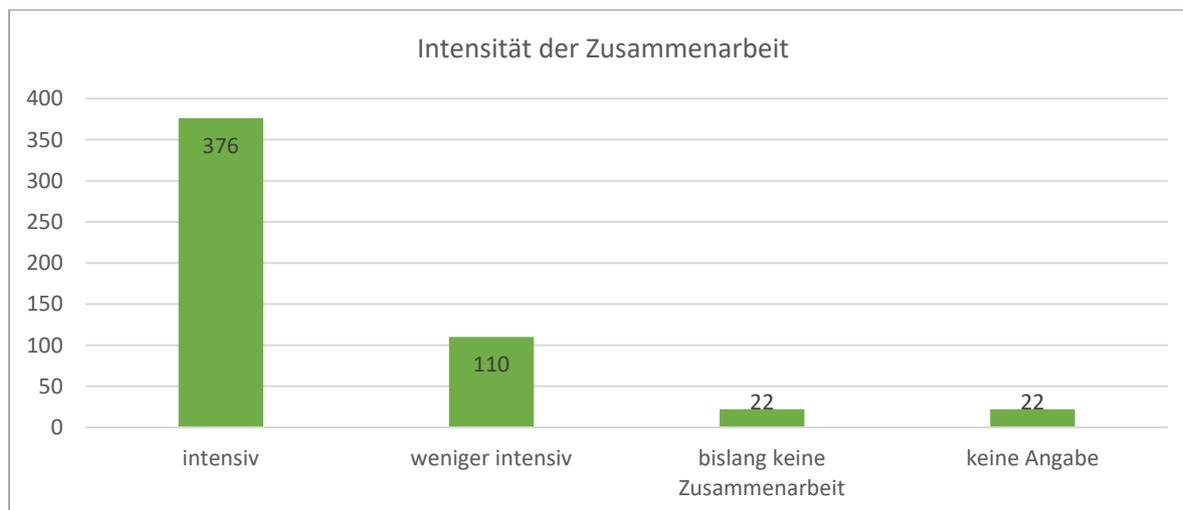


Abbildung 16: Intensität der Zusammenarbeit der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit mit dem Quartiersmanagement (eigene Erhebung, n=530)

In den Ausführungen zum Mehrwert der Einrichtungen für den Stadtteil wird der Beitrag zur sozialen und baulichen Infrastruktur als zentrale Anlaufstelle, teilweise als einziger Ort der Begegnung, unterstrichen. Ein offener Plattformcharakter mit der Vermietung von Räumlichkeiten für Vereine und Veranstaltungen, vor allem auch die nicht-kommerzielle niedrigschwellige Zugänglichkeit werden als positive Elemente genannt. Der direkte Zielgruppenzugang (Integration, Einbindung MigrantInnen, Seniorenarbeit, Kinder-/Jugendarbeit) bildet eine fachliche Kompetenz. Empowerment, Aktivierung und Teilhabe, die eine Voraussetzung für Prävention, Vorurteilsabbau und sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft sind, werden jedoch vor allem auf die zielgruppenübergreifende Arbeit (interkulturell, intergenerationell, soziale Schichten/Milieu übergreifend) zurückgeführt.

3.2 Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadt

Das obige Ergebnis deutet auch auf das Verhältnis von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit hin. Die Befragten in den 207 Programmgebieten der Sozialen Stadt gaben an, dass in drei Vierteln der Gebiete das Quartiersmanagement Aufgaben der Gemeinwesenarbeit übernimmt (Abb. 17).

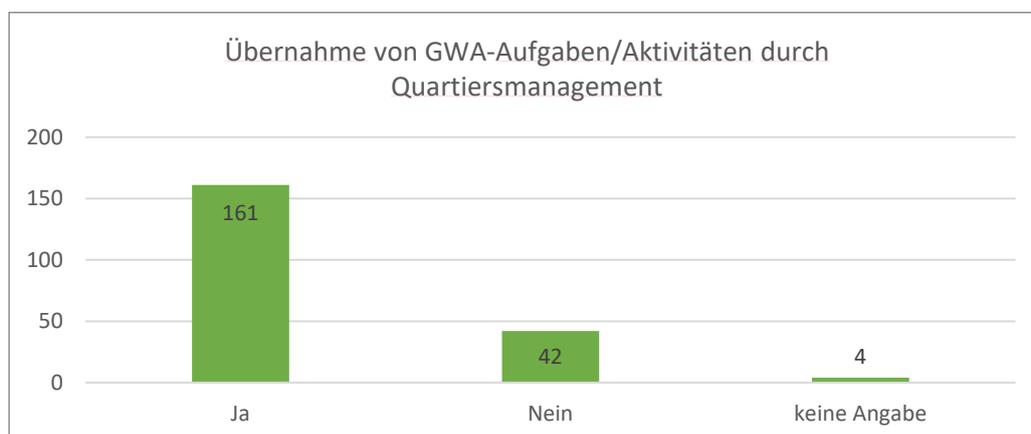


Abbildung 17: Übernahme von Aufgaben und Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit durch das Quartiersmanagement (eigene Erhebung, n=207)

Die Befragten konnten auch nähere Hinweise darauf geben, welche Aufgaben und Aktivitäten damit konkret verbunden sind (Abb. 18). In den knapp 400 Antworten wurden insbesondere Aufgaben der Koordinations- und Netzwerkarbeit (120 Nennungen) sowie der Bereich Aktivierung und Beteiligung (94) aufgezählt. Damit wurden durch die Befragten von den drei in Kapitel 2.1 unterschiedenen Varianten vor allem strategische Elemente (knapp zwei Drittel) sowie zu etwa einem Drittel deliberative und katalytisch-aktivierende Elemente als Aufgaben der Gemeinwesenarbeit benannt, die durch das Quartiersmanagement übernommen werden. Analytische Methoden und Instrumente wurden hingegen fast gar nicht erwähnt.

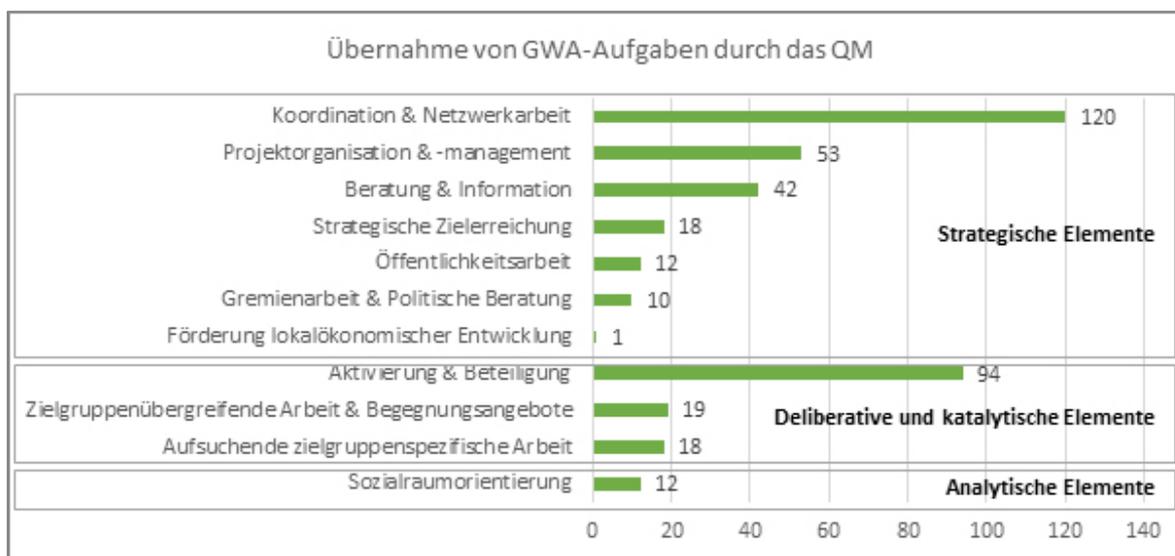


Abbildung 18: Durch Quartiersmanagement übernommene Aufgaben der Gemeinwesenarbeit (eigene Erhebung, n=399)

Bei der Frage, ob die vorhandenen Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit bislang gut in die Stadtteilarbeit einbezogen und dort gut vernetzt sind, stimmen die meisten Befragten zu (über 90 Prozent). Dennoch geben fast 60 Prozent der Befragten an, dass Einbindung und Vernetzung der vorhandenen Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in Zukunft noch verstärkt werden sollten (Abb. 19).

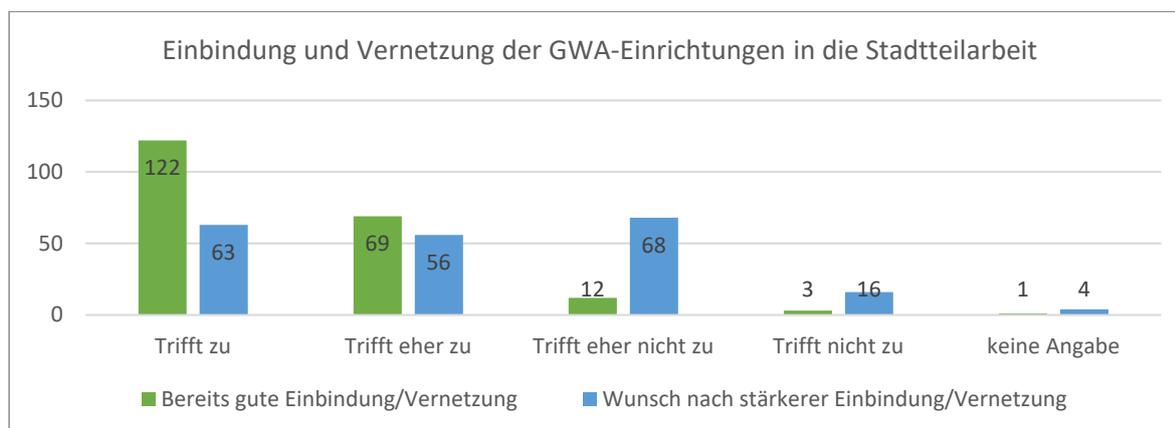


Abbildung 19: Einbindung und Vernetzung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in die Stadtteilarbeit (eigene Erhebung, n=207)

Es erfolgt auch eine Einschätzung, welche Arten von Einrichtungen noch stärker in die Stadtteilarbeit eingebunden werden sollten (Abb. 20). Hier wurden vor allem Kinder- und Jugendzentren (22) sowie Bildungseinrichtungen (31) genannt. Aber auch zielgruppenspezifische Angebote und Einrichtungen wie Senioreneinrichtungen, Einrichtungen der Eingliederungshilfe

sowie Integrationsangebote und Migranteneinrichtungen oder Kirchengemeinden wurden im Weiteren angeführt. Hinzu kommen offene Einrichtungen wie Begegnungsorte und Familienzentren, die in einigen Programmgebieten noch Potenzial zur stärkeren Einbindung in die Stadtteilarbeit aufweisen.

Wichtigste Einrichtungsarten, die stärker in die Stadtteilarbeit einbezogen werden sollten



Abbildung 20: Welche vorhandenen Einrichtungen sollten noch stärker in die Stadtteilarbeit miteinbezogen werden? (eigene Erhebung, Gewichtung nach Häufigkeit der Nennung. Kategorie „blau“ $N \geq 20$, Kategorie „dunkelgrün“ $N \geq 10 < 20$, Kategorie „hellgrün“ $N \geq 5 < 10$, $n=224$)

Darüber hinaus konnten die Befragten angeben, welche zusätzlichen Einrichtungen im Quartier bislang noch fehlen. Hier wurden insbesondere Begegnungsangebote und zentrale Einrichtungen genannt, welche die unterschiedlichsten Angebote im Stadtteil bündeln sollten. Zudem wurde gefordert, dass sich kommunale Verwaltungseinrichtungen über die Lotsenfunktion hinaus in den Sozialraum öffnen und Hilfs- und Beratungsangebote beispielsweise über Außensprechstunden von Jobcentern oder Jugendämtern direkt vor Ort angeboten werden sollten. In einigen Fällen wurde auch davon berichtet, dass (ausreichend große) Veranstaltungsräume fehlten, wo u.a. (private) Feste gefeiert werden könnten, bzw. ggf. privatwirtschaftlich betriebene Lokale, Kneipen oder Gaststätten, die diesen Mangel abfedern könnten. Allerdings gab es ebenso eindringlich wie häufig Anmerkungen, dass es keiner zusätzlichen Angebote bedarf, sondern vor allem die bereits bestehenden Angebote, Einrichtungen und Netzwerke langfristig gestärkt sowie personell und investiv ausgebaut werden sollten.

Die größten Hemmnisse und Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit sehen die Befragten grundsätzlich in der fehlenden Finanzierungs- und Planungssicherheit bei einem gleichzeitig gestiegenen Koordinations- und Kommunikationsaufwand. Die Patchworkfinanzierung über Projektformate führe zu Verstetigungsproblemen. Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung benötige jedoch als ressortübergreifendes Querschnittsthema einen Austausch vieler verschiedener Akteure, wofür durch die prekäre Finanzierungssituation zu wenig zeitliche Ressourcen bereitstünden. Einige Antworten führen auch unterschiedliche Erwartungen der Akteure ins Feld, gerade im Verhältnis zwischen den Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit und den Quartiersmanagements als Auftragnehmern der Kommunen, wodurch es zu Problemen in der Vernetzung komme und Angebote eher parallel als gemeinschaftlich geplant würden. Des Weiteren gab es einige Einschätzungen, nach denen es manchen der bestehenden Einrichtungen und Trägern generell an Kooperations- und Gemeinwesenarbeitsverständnis mangle. Manche Einrichtungen werden dahingehend kritisiert, eine zu zielgruppenspezifische Angebotsorientierung (z.B. aufgrund räumlicher wie soziostruktureller Heterogenität des Programmgebiets, Ausrichtung der

Träger) aufzuweisen, wodurch die Stadtteilbewohnerschaft gar nicht angesprochen werde und die NutzerInnen eher aus anderen angrenzenden Stadtteilen kämen.

Aus der Praxis der Sozialen Stadt ist bekannt, dass häufig auch in der Nähe befindliche Infrastrukturen, die jenseits der Gebietskulisse liegen, für die Gebiete dennoch eine wichtige Versorgungsfunktion wahrnehmen können. Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit richten ihre Einzugsbereiche vor allem nach sozialräumlichen Bezügen aus, die nicht immer mit den Programmgebieten der Städtebauförderung übereinstimmen. Gefragt nach Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, die sich außerhalb der Sozialen Stadt-Programmgebiete befinden, wurden in gut 45 Prozent der Fälle (94 Antworten) 109 Einrichtungen frei benannt (Abb. 21).

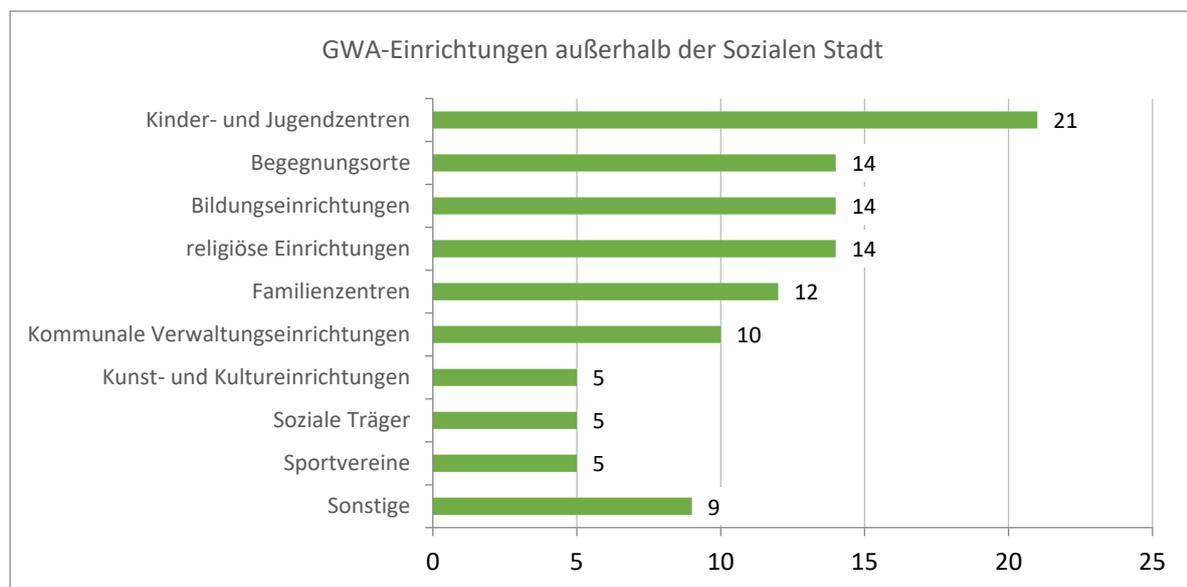


Abbildung 21: Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit außerhalb der Programmgebiete der Sozialen Stadt (eigene Erhebung, n=94)

Dabei entfiel knapp ein Fünftel der Nennungen auf Kinder- und Jugendzentren. Gleichauf mit jeweils 14 Nennungen folgen zielgruppenübergreifende Begegnungsorte, worunter Stadtteilzentren und Mehrgenerationenhäuser gefasst wurden, Bildungseinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten, sowie auch Bibliotheken oder Volkshochschulen, und religiöse Einrichtungen. Familienzentren (12) und kommunale Verwaltungseinrichtungen (10), z.B. kommunale Sozialdienste oder Quartiersmanagements in angrenzenden Stadtteilen, wurden etwa gleich häufig aufgezählt.

Die Einschätzung der Befragten zur quantitativen Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in den letzten zehn Jahren zeigt eindeutig in eine positive Richtung (Abb. 22). Über 85 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich die Anzahl der Einrichtungen in diesem Zeitraum erhöht hat (97 Nennungen) bzw. in etwa auf demselben Niveau geblieben ist (81).

Bei der Bewertung der finanziellen Entwicklung sieht es dagegen wesentlich uneinheitlicher aus (Abb. 23). Identische Angaben (jeweils gut 25 Prozent) liegen bezogen auf eine verbesserte wie auch eine in etwa gleichgebliebene Ressourcenausstattung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit vor. Immerhin fast 20 Prozent gehen allerdings von einer Verschlechterung der finanziellen Lage aus. Während einige Befragte angeben, die Kommune habe die Mit-

tel für die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit erhöht, berichten andere Befragte von Mittelkürzungen oder einer gleichbleibenden Mittelausstattung durch die Kommune bei gestiegenen Kosten für Personal und Betrieb. Mehr als ein Viertel der Befragten sah sich zudem gar nicht in der Lage, eine Einschätzung über die finanzielle Entwicklung dieser Einrichtungen abzugeben.

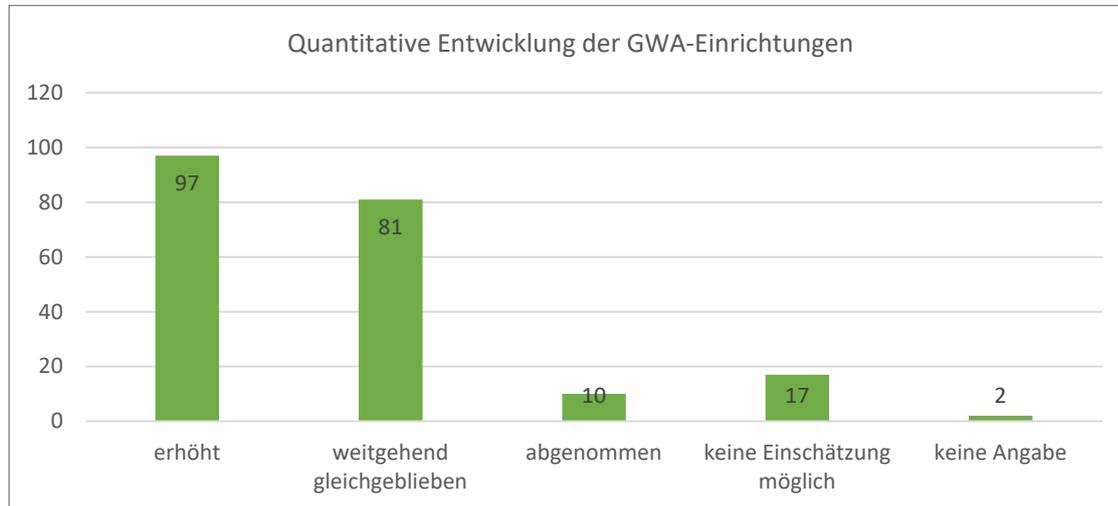


Abbildung 22: Einschätzung der quantitativen Entwicklung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in den letzten 10 Jahren (eigene Erhebung, n=207)

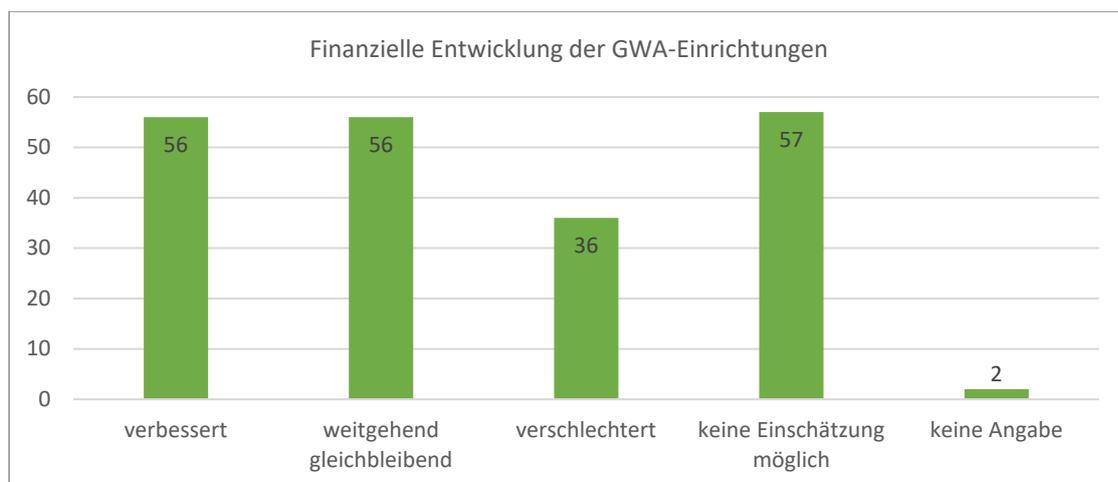


Abbildung 23: Einschätzung der finanziellen Entwicklung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in den letzten 10 Jahren (eigene Erhebung, n=207)

Obwohl fast die Hälfte der Befragten von einer weitgehend gleichgebliebenen bis verschlechterten Ressourcenausstattung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit ausgeht, nimmt eine Mehrheit (106 Nennungen) wahr, dass in den letzten zehn Jahren neue Schwerpunkte zur Arbeit der Einrichtungen dazugekommen sind (Abb. 24).

Inhaltliche Veränderungen der Gemeinwesenarbeit werden von den Befragten vor allem in der Arbeit mit Neuzugewanderten im Zuge der EU-Osterweiterung und der Zunahme der Geflüchteten 2015 gesehen. Einige Rückmeldungen zu dieser Fragestellung gehen auf eine Ausweitung der Aufgaben und Anforderungen (z.B. Inklusionsziele, mehr Koordinations- und Netzwerkarbeit) sowie neue Herausforderungen (z.B. Zunahme von Sprachbarrieren, geringere Ressourcen bei lokalen Vereinen, fehlender Generationenwechsel bei Ehrenamtlichen) bei gleichzeitig stagnierenden oder sogar geringeren finanziellen Mitteln ein. Daneben wird

konstatiert, dass Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas zunehmend ganzzeitig Betreuungsaufgaben übernehmen, wodurch Aufgaben der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit auf die Bildungseinrichtungen verlagert werden.

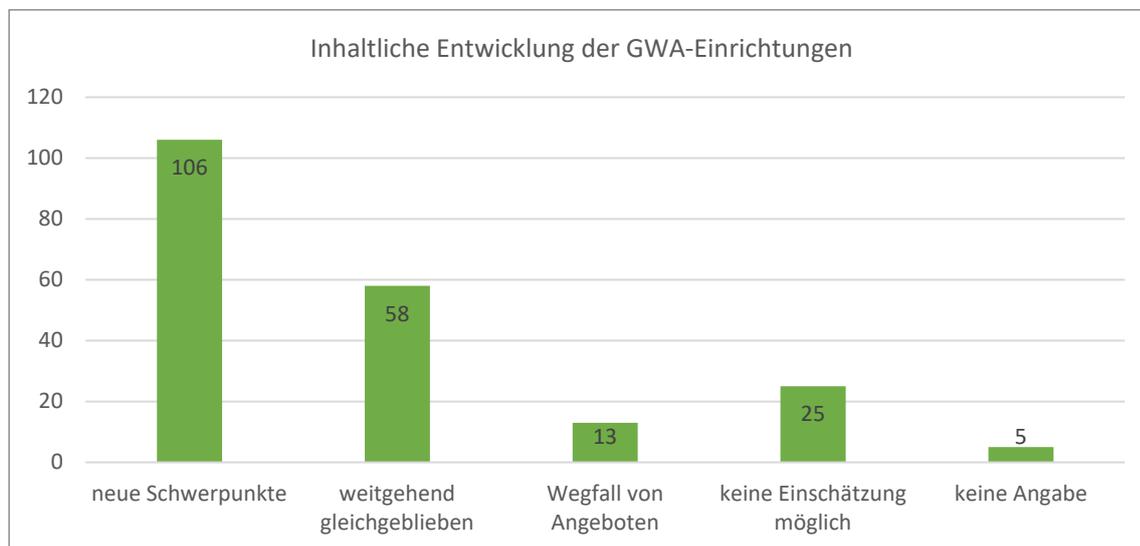


Abbildung 24: Einschätzung der inhaltlichen Entwicklung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in den letzten 10 Jahren (eigene Erhebung, n=207)

Positiv auffällig in Bezug auf die konzeptionelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit auf gesamtstädtischer Ebene ist, dass lediglich 28 der 207 (unter 15 Prozent) an der Befragung teilnehmenden Programmgebiete noch gar keine gesamtstädtische Verankerung von Gemeinwesenarbeit aufweisen (Abb. 25). In 118 Fällen existieren sozialraumorientierte Strategien und in 75 Fällen sogar eine gesamtstädtische integrierte Sozialplanung. Die positiven Zahlen sind nicht unbedingt aussagekräftig bezüglich der Qualität und deren Umsetzung. Vermutlich herrscht bei der Beantwortung der Frage auch ein gewisses Bias, da eventuell eher jene Programmgebiete und Kommunen teilgenommen haben, in denen Gemeinwesenarbeit bereits eine entsprechende Rolle spielt.



Abbildung 25: Gesamtstädtische konzeptionelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit (eigene Erhebung, n=207)

3.3 Zwischenergebnisse der Fragebogenerhebung

Zusammenfassend lassen sich aus der Fragebogenerhebung die folgenden Zwischenergebnisse zur Verankerung der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt festhalten:

a. Aufgaben, Trägerschaft und Finanzierung

Die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit sind vor allem Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhäuser, Stadtteil- und Begegnungszentren sowie Gemeinwesenarbeits- und Stadtteilvereine. Die Trägerschaft der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit liegt vornehmlich bei Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Trägern oder Stiftungen, gefolgt von Stadtteilvereinen und Trägerverbänden, oder sie befinden sich in direkter kommunaler Trägerschaft.

Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit zeichnen sich durch einen breiten Finanzierungsmix aus, der meist stark projekt- bzw. angebotsbezogen ist. Die am häufigsten genannte Finanzierungsquelle ist die Kommune. Daraus ist jedoch nicht zu schließen, ob die Hauptförderung aus kommunaler Quelle stammt. Die Möglichkeiten einer einzelfallbezogenen Finanzierung von Angeboten werden wenig wahrgenommen.

b. Relevanz für die Soziale Stadt

Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit werden als sehr wichtig für die Stadtteilentwicklung eingeschätzt. Die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit sind auch in die strategische Entwicklung über das Programm Soziale Stadt eingebunden, v.a. über Gremien- und Projektarbeit, und partizipieren auch finanziell. Die meisten Einrichtungen und Angebote der Gemeinwesenarbeit beteiligen sich aktiv an der Stadtteilarbeit und sind dort gut einbezogen und vernetzt. Einbindung und Vernetzung könnten zukünftig dennoch intensiviert werden. Vor allem Kinder- und Jugendzentren sowie Bildungseinrichtungen sollten noch stärker einbezogen werden; es fehlt ebenfalls an Begegnungsorten.

c. Verhältnis Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement

Aufgaben der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements weisen starke Überschneidungen auf. Das Quartiersmanagement übernimmt v.a. strategische Elemente der Gemeinwesenarbeit wie Koordinationsaufgaben und Netzwerkarbeit. Quartiersmanagement und Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit arbeiten in vielen Fällen intensiv und kooperativ zusammen.

d. Strukturelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit

Anzahl und Umfang von Einrichtungen und Angeboten der Gemeinwesenarbeit haben in den letzten zehn Jahren zugenommen. Die Finanzierung von Angeboten und Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit hat sich nach Einschätzung der Befragten in den letzten zehn Jahren leicht verbessert oder zumindest stabilisiert. Inhaltlich hat sich Gemeinwesenarbeit in den letzten zehn Jahren verändert, indem viele neue Schwerpunkte (neue Zielgruppen, erhöhte Anforderungen) hinzugekommen sind. Die größten Herausforderungen sind der zunehmend erhöhte Koordinationsaufwand und die fehlende Planungssicherheit. Nach Aussage der Antwortenden existiert in den meisten teilnehmenden Programmgebieten eine konzeptionelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit auf gesamtstädtischer Ebene über sozialraumorientierte Strategien und/oder eine integrierte Sozialplanung.

e. Weitere Bedarfe

Über die bestehenden Angebote hinaus sieht ein Teil der Befragten weiteren Bedarf an Begegnungsangeboten und zentralen Einrichtungen, welche die unterschiedlichsten Angebote im Stadtteil bündeln sollten. Zudem wurde gefordert, dass sich kommunale Verwaltungseinrichtungen stärker in den Sozialraum öffnen sollen. Allerdings wurde häufig auch angemerkt, dass es keine zusätzlichen Angebote brauche, sondern vor allem die bereits bestehenden Angebote, Einrichtungen und Netzwerke (langfristig) gestärkt sowie personell und investiv ausgebaut werden sollten. Vor allem die unsichere Patchworkfinanzierung über Projektformate führe zu Verstetigungsproblemen. Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung benötige als ressortübergreifendes Querschnittsthema einen kontinuierlichen Austausch vieler verschiedener Akteure, wofür durch die prekäre Finanzierungssituation zu wenig zeitliche Ressourcen bereitstünden. Einige Antworten geben auch Hinweise darauf, dass es in der Zusammenarbeit zwischen Gemeinwesenarbeitseinrichtungen und dem Quartiersmanagement u.a. aufgrund von Trägerkonkurrenzen zu Problemen in der Vernetzung komme und Angebote eher parallel als gemeinschaftlich geplant würden.

4. Gute Praxis der Gemeinwesenarbeit: Ergebnisse aus zwölf Fallstudien

In ausgewählten Fallstudien wurde die Praxis der Gemeinwesenarbeit vorrangig in Gebieten der Sozialen Stadt beleuchtet. Ziel war es, vor Ort Erfolgsfaktoren und Potenziale sowie Hemmnisse und Grenzen einer nachhaltigen Etablierung und systematischen Verankerung von sozialräumlicher Gemeinwesenarbeit aufzuzeigen. Insbesondere ging es dabei um das Verhältnis von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit in unterschiedlichen Träger- und Finanzierungszusammenhängen. Fokussiert wurde dabei auf die wichtigsten Einrichtungen für die jeweilige Stadtteilentwicklung, die sich und ihre Tätigkeiten in ihrer Selbstbeschreibung als Gemeinwesenarbeit definieren. Sofern Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe mit Sozialraumbezug vorhanden waren, wurden auch diese betrachtet.

In Ortserkundungen und Gesprächsterminen mit relevanten Akteuren, bei denen insbesondere die Perspektive der Gemeinwesenarbeit und zielgruppenübergreifenden sozialen Infrastruktur im Mittelpunkt standen, wurden die Fallstudien zwischen Ende 2018 und Sommer 2019 von location³ und dem ILS durchgeführt.

4.1 Fallstudien im Überblick

Die Auswahl von zwölf Beispielkommunen, in denen bereits stadtteilbezogene, gemeinwesenorientierte Arbeitsansätze etabliert sind, erfolgte über ein Rechercheraster, das eine Vielzahl von Indikatoren berücksichtigt. Dazu zählen räumliche Typologien (Größe und Einwohnerzahl des (Programm-) Gebiets, Bebauungsstruktur, Gemeindetyp, Bundesland), Fördertypologien im städtebaulichen Bereich (in bzw. außerhalb der Städtebauförderkulisse), Handlungsfelder der Quartiersarbeit (Einrichtungen und Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit), Trägerschaft sowie die Finanzierungsmodelle und Förderung von Gemeinwesenarbeit.

In neun Fallstudien wird Gemeinwesenarbeit im Kontext der Sozialen Stadt angeboten, in einer im Kontext des Städtebauförderungsprogramms Stadtumbau. Zwei Fallstudien beschreiben die Praxis der Gemeinwesenarbeit außerhalb der Städtebauförderung. Bei allen Fallstudien stehen die Besonderheiten der Träger- und Finanzierungsform sowie die Ansätze zur strukturellen Verankerung der Gemeinwesenarbeit im Quartier im Fokus. Bei den Fallstudien innerhalb der Städtebauförderkulisse werden darüber hinaus die wichtigsten Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier sowie die Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement zusammengefasst. Die zwölf Fallstudien (Abb. 26) werden im Folgenden vorgestellt.



Abbildung 26: Bundesweite Verortung der 12 Fallstudien

Fallstudie Berlin-Wassertorplatz Kreuzberg (Berlin)

Der Wassertorplatz in Berlin Kreuzberg ist seit 2005 Soziale Stadt-Gebiet; dieses wurde 2015 erweitert. Es ist durch Geschossbauten des sozialen Wohnungsbaus der 1960er, 1970er und 1980er Jahre geprägt. Insgesamt leben auf 57 ha etwa 10.000 Menschen, davon 70 Prozent MigrantInnen. Das Gebiet Wassertorplatz wurde im „Maßnahmenprogramm zur Sicherung und Verbesserung des Sozialgefüges im Sozialwohnungsbestand der Großsiedlungen“ des Senats von Berlin 2008 als „problematisches Gebiet“ ausgewiesen. Nach der offiziellen Statistik des Landes Berlin gehören der Wassertorplatz und der benachbarte Moritzplatz zu den ärmsten Quartieren Berlins (Platz 417 und 419 von 419 gemäß Sozialstrukturatlas). Fehlende Teilhabe angesichts komplexer Lebenslagen ist eine der Herausforderungen im Kiez.

Das Quartiersmanagement wird von einem lokalen Träger, dem Verein zur Förderung von demokratischen Entwicklungsprozessen e. V. (VDE e.V.), durchgeführt. Eine soziale Infrastruktur für Gemeinwesenarbeit ist zum großen Teil aus dem Stadtteil heraus entstanden und wurde entsprechend den kulturübergreifenden Anforderungen des Quartiers entwickelt. Diese Einrichtungen haben sich im Verlauf profiliert und mit weiteren Förderprogrammen und Vernetzungen etabliert, wobei die langfristige Finanzierung nicht abgesichert ist.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Trägerverein Wassertor e.V.

Der Verein Wassertor e.V. ist 2008 als Träger des MehrGenerationenHauses Wassertor (MGH) von KiezbewohnerInnen und lokal Engagierten initiiert worden und seitdem zum professionellen Verein für kulturübergreifende Nachbarschafts- und Projektarbeit herangewachsen. Der Verein setzt sich für die Kreuzberger Nachbarschaft ein, setzt niedrigschwellige sowie innovative Projekte um, koordiniert Räume, unterstützt und vernetzt Initiativen von Ehrenamtlichen, lokalen Gruppen und Vereinen. Neben dieser moderierenden, vernetzenden Rolle wurden immer mehr Angebote und Projekte selbst initiiert, um konkrete Lücken vor Ort zu schließen und dynamisch auf sich verändernde Bedarfslagen zu reagieren.

Ein ganzheitlicher Ansatz der Gemeinwesenarbeit ist der Kern der Arbeit. Das Team ist von einer fest angestellten Mitarbeiterin auf zwanzig gewachsen, die trotz Projektfinanzierungen möglichst langfristig angebunden werden sollen. Im Februar 2018 eröffnete in der sanierten ehemaligen Bona-Peiser-Bibliothek an der Oranienstraße ein neuer Ort für sozio-kulturelle Projekte im Kiez, das „Bona Peiser Sozio-kulturelle Projekträume“. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft WBM stellt diese Räume für Gemeinwesenarbeit zur Verfügung. Dort moderiert und gestaltet der Wassertor e.V. als Träger gezielt das Zusammenkommen von Alt- und NeubewohnerInnen, Akteuren der Kulturszene und einer florierenden lokalen Start-Up-Szene. Die großflächigen und offenen Räume sind flexibel gestaltet für Kurse, Workshops, Erzählcafés, Theater, Konzerte und vieles mehr. Mit lokal Engagierten, Nutzergruppen und externen Projekten wird ein buntes Kulturprogramm mit sozialem, integrativem Charakter zusammengestellt.

Familienzentrum Ritterburg – Verein Nestwärme e.V.

Das Familienzentrum wurde 2012 in der Ritterstraße 35 in Kreuzberg eröffnet. Neben der Kita und der Kinderfreizeitstätte, die sich am gleichen Standort befinden, bietet der Verein Familien rund um den Wassertorplatz und Moritzplatz einen großen Garten mit Wasserspielplatz und Raum, in dem sie Anregungen und Unterstützung von der Schwangerschaft bis zum Schulbeginn finden und andere Familien kennenlernen können. Angebote sind ein großer Bewegungs- und Kreativraum, in dem morgens fast täglich Eltern-Kind-Gruppen stattfinden, die Möglichkeit für Familien, Spiele und Bücher auszuprobieren und auszuleihen sowie Spielzeug und Kleidungsstücke zu tauschen. Offene Experimentier-, Bastel- und Musikangebote sowie der Bewegungs- und Kreativraum können kostenfrei genutzt werden. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule führt das Familienzentrum Elternangebote im Rahmen der Elternakademie durch. Die Kita Ritterburg ist eine Inklusionskita und betreut derzeit bis zu 105 Kinder. Durch die Eröffnung der Kita Ritterburg konnte der Verein seine Angebotspalette erweitern und den Sozialraum des Ritterkiez mit einer stets offenen Tür für Familien in allen Lebenslagen bereichern.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Quartiersmanagement begreift sich im Gebiet Wassertorplatz als „Katalysator“, der die vorhandenen sozialen und weiteren Akteure im Stadtteil mittelfristig für die Verstetigung, auch

nach Auslaufen der Förderung durch das Programm Soziale Stadt vernetzt, ihre Aktivitäten bündelt und ihre infrastrukturellen Rahmenbedingungen ausbaut und qualifiziert. Dies kann als ein komplementäres Verhältnis von Quartiersmanagement und Träger der Gemeinwesenarbeit bezeichnet werden. Das bedeutet, dass z.B. das MehrGenerationenHaus Wassertor als Ankerpunkt der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt baulich gefördert und auch konzeptionell durch das Quartiersmanagement unterstützt wird. Im Wassertorkiez ist das MehrGenerationenHaus ein wichtiger Partner der Quartiersentwicklung, auch in der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit. Diese bringt in regelmäßigen Abständen alle Einrichtungen der Nachbarschaftsarbeit an einen Tisch, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu besprechen, das Handeln miteinander abzustimmen und Informationen auszutauschen. Je nach Thema der Sitzung werden zusätzlich weitere KooperationspartnerInnen – beispielsweise Vertreterinnen der Wohnungsbaugesellschaften oder des ansässigen Gewerbes – eingeladen.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Der Verein erhält zur Koordinierung des Kiez-Netzwerks Kreuzberg Mittel aus dem Programm Soziale Stadt zur Finanzierung einer halben Personalstelle. „Kiez-Netzwerk Kreuzberg – Gemeinsam für einen starken Kiez“ ist eine Plattform für gemeinwohlorientierte Kooperationen zwischen den ansässigen Gewerbetreibenden, Freiberuflern, sozialen Organisationen und Bildungseinrichtungen in Kreuzberg-Nord, mit inzwischen 43 Mitgliedern. In der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktzugang wurde u.a. ein Kooperationsprojekt „Blitzjobs“ für die Jugendlichen vor Ort entwickelt. Hier wird auf innovative Weise versucht, die Dynamik der Gewerbeentwicklung in einem Teilgebiet (Ritterstraße, Moritzplatz) als Chance und Potenzial für die Jugendlichen vor Ort zu kanalisieren.

Die Ritterburg als Familien- und Nachbarschaftszentrum des Vereins Nestwärme e.V. ist mit der Vernetzung im Bildungsnetzwerk Südliche Friedrichstadt (Deutscher Kita-Preis 2019) innerhalb der Übergänge in der Bildungskette an der Förderung frühkindlicher Bildung beteiligt. Mit dem ressortübergreifend angelegten Landesprogramm „Berliner Familienzentren“ unter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (vormals Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft) wurden seit 2012 schrittweise mittlerweile 42 Familienzentren gefördert, darunter auch das Familienzentrum Ritterhaus. Im Rahmen dieses Programms unterstützt der Senat die sozialräumlich ausgerichtete Entwicklung von Familienzentren, insbesondere an Kindertagesstätten. Dabei sind Familienzentren unter Nutzung der vorhandenen Angebots- und Versorgungsstrukturen entstanden. Mit dem Landesprogramm wurden auch Träger angesprochen, die bereits vor Programmstart Familienzentren betrieben haben und ihr bestehendes Leistungsangebot erweitern wollten.

Fallstudie Eching (Bayern)

Das Beispiel Eching steht für die Übertragung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge, hier in den Bereichen der Altenhilfe und Pflege, an einen bürgerschaftlich getragenen Verein, der auf diese Weise auch eine generationenübergreifende Quartiersarbeit aufgebaut hat. Die Gemeinde Eching liegt im Landkreis Freising, direkt an München angrenzend. Mit 14.000 Ein-

wohnerInnen ist sie laut Typisierung der Bertelsmann Stiftung eine „prosperierende Kommune im Umfeld dynamischer Wachstumszentren“, Bezüge zum Programm Soziale Stadt gibt es nicht.

Im Rahmen einer BewohnerInnenbefragung durch die Gemeinde Eching wurde 1989 als breiter Wunsch geäußert, möglichst zuhause älter werden zu können – mit maßgeschneiderten Angeboten für die Versorgung im gewohnten Umfeld des Quartiers. Unter den Vorzeichen eines generellen Strukturwandels in der Altenhilfe hin zur „Versorgungskette“ (sozialräumliche – ambulante – stationäre Versorgung) wurde in der Ortsmitte das AltenServiceZentrum (ASZ) aus der Philosophie der Gemeinwesenarbeit mit einem sozialraumorientierten Konzept entwickelt und 1995 eröffnet. Seit 2008 ist es auch ein als Familienzentrum fungierendes Mehrgenerationenhaus im Bundesprogramm². Das Zentrum hat sich zu einem gemeinwesen-zentrierten Quartierskonzept entwickelt, das inzwischen fest in der Gemeinde etabliert ist und nicht auf Projektförderung basiert.

Der Verein tätigt Aufgaben im Bereich Wohnen, Pflege und Soziales im AltenServiceZentrum in der Ortsmitte. Es sind die Leistungsbereiche nach SGB XI (Pflegeversicherung), V (Gesetzliche Krankenversicherung) und XII (Sozialhilfe), nicht zugelassen sind die Eingliederungshilfe oder Hilfen zur Erziehung. Dazu gehören z.B. betreute Wohnungen, ambulante Pflege, mobile soziale Hilfsdienste, eine Wohngemeinschaft für dementiell Erkrankte, eine Begegnungsstätte für Ältere und ein Rehabilitationszentrum. Das ASZ ist ein bilanzierender Betrieb: Etwa 75 Prozent der Einkünfte stammen aus Dienstleistungen (z.B. Mieten, ambulante Krankenpflege) und einem Finanzierungsmix aus Kranken- und Pflegekassen, Selbstzahlern, dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend mit der Förderung der Mehrgenerationenhäuser und dem Europäischen Sozialfonds.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Der Trägerverein „Älter werden in Eching e.V.“ mit 430 Mitgliedern, darunter vielen älteren BürgerInnen ist einen langfristigen Dienstleistungsvertrag mit der Kommune eingegangen. Laut Vertrag erbringt der Verein für die Kommune bestimmte Leistungen, die dann von der Kommune vergütet werden. Der Verein ist somit über den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Kommune verbunden, gleichzeitig ist er so strukturiert, dass neben dem geschäftsführenden Vorstand in seinem Gesamtvorstand alle am Ort tätigen Institutionen mit je einer Stimme vertreten sind. Damit wird im Verein der Ort vernetzt. Der Geschäftsbesorgungsvertrag durch die Gemeinde Eching für die Hilfe- und Betreuungsstruktur und nicht refinanzierbare Leistungen macht etwa 25 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Das heißt, dass vom Verein Personal für qualifizierte leistungserschließende Beratungsaufgaben vorgehalten wird; dies wäre ansonsten eine kommunale Aufgabe. Die Gemeinde Eching hat diese daher an das AltenServiceZentrum /MehrGenerationenHaus übertragen und langfristig finanziert.

² Das Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus wurde 2006 durch die Bundesregierung ins Leben gerufen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert derzeit rund 540 Mehrgenerationenhäuser. Querschnittsziele sind: generationenübergreifende Arbeit, freiwilliges Engagement und Sozialraumorientierung (www.mehrgenerationenhaeuser.de).

In zentraler Lage unmittelbar neben dem Rathaus und dem Bürgerhaus bietet das ASZ/MGH ein öffentliches Restaurant und Café im großen glasüberdachten Foyer sowie ein Kulturprogramm für alle Interessierten in der Gemeinde. Etwa 100 Ehrenamtliche engagieren sich regelmäßig. Die Entwicklung zu einem dauerhaften sozialraumorientierten Quartierskonzept wird als politisches Projekt verstanden, das sich dafür einsetzt, die Leitlinien der „sorgenden Gemeinschaft“, der Mehrgenerationenhäuser, des Quartiers und der Gemeinwesenarbeit zusammenzudenken und weiterzutragen.

Am Beispiel Eching wird auch die Rolle der Mehrgenerationenhäuser verdeutlicht. Sie sind von ihrer Idee her auf Kooperation angelegt. Ihre Funktion ist die Prävention, was bedeutet, die Hilfe- und Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder so lange wie möglich hinauszuzögern. Wenn in einem Quartier niedrigschwellige Strukturen geschaffen werden, können frühzeitig Situationen erkannt werden, in denen Hilfenetze aufgebaut werden können. Der demografische Wandel betrifft fast alle Kommunen, sie müssen in ihrer Daseinsvorsorge darauf reagieren. Für die Mehrgenerationenhäuser wird derzeit im BMFSFJ in Richtung einer Regelförderung diskutiert, die mit einer deutlich höheren Förderung und dem Anliegen, dass die Mehrgenerationenhäuser zukünftig Schaltstellen im Quartier werden können, verbunden wäre.

Fallstudie Emden-Port Arthur/Transvaal (Niedersachsen)

Der Stadtteil mit ca. 6.000 Einwohnern, der aus einem ehemaligen Wohnquartier für Hafendarbeiter entstanden ist, ist seit 2015 Programmgebiet der Sozialen Stadt. Programmschwerpunkt hinsichtlich der investiven Maßnahmen ist die Umnutzung und Reorganisation des Geländes der ehemaligen Ültje-Fabrik über groß aufgelegte Bürgerbeteiligungsprozesse. Die kommunale Gemeinwesenarbeit spielt mit ihrer präventiven Funktion im Gebiet eine große Rolle. Über das kommunale Projekt „Quartiersbrücken“ wird die Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen Barenburg, Borssum und Port Arthur/Transvaal gemeinsam konzeptionell zusammengeführt; dies wird aus dem niedersächsischen Landesprogramm „Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung“ finanziert. Dabei übernimmt die Stadt Emden traditionell wesentliche Aufgaben der sozialen Arbeit in den Stadtteilen neben weiteren Akteuren wie z.B. freien oder kirchlichen Wohlfahrtsträgern. Die Gemeinwesenarbeit ist in einer Organisationseinheit der Stadtverwaltung zusammengeführt und wird von der Kommune aus Eigenmitteln und diversen nicht-städtischen Projektmitteln finanziert.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Stadtteiltreff „Unner de Boomen“

Mit dem Stadtteiltreff „Unner de Boomen“ existiert ein Treffpunkt für die BürgerInnen in unmittelbarer Nähe zu einem Stadtteilbüro in kommunaler Trägerschaft an zentraler Stelle im Stadtteil. Derzeit sind hier die kommunale Stelle für Gemeinwesenarbeit, die Flüchtlingssozialarbeit, das Sanierungsmanagement und eine energetische Beratung zusammengefasst. In Zukunft wird zudem das Quartiersmanagement der Sozialen Stadt im Stadtteilbüro untergebracht werden. Aus den Erfahrungen aus dem früheren Soziale Stadt-Gebiet Barenburg sowie bei der Beratung im Rahmen des Aufbaus des kommunalen Fachdienstes Gemeinwesen

wurde festgelegt, dass die verschiedenen stadtteilbezogenen Angebote möglichst zentral örtlich gebündelt werden sollen, um Synergien zu schaffen und Schnittstellen zwischen den unterschiedlichen Arbeitsfeldern zu minimieren.

Bürgerverein Port Arthur/Transvaal

Daneben besteht mit dem Bürgerverein Port Arthur/Transvaal e.V. ein bewohnerschaftlich initiiertes und getragener Verein, der ehrenamtliche Gemeinwesenarbeit an verschiedenen Orten im Stadtteil anbietet. Der 1978 gegründete Verein ist eine wichtige Institution im Programmgebiet und wird von der Kommune eng in die Entwicklung des Stadtteils einbezogen. Das Verhältnis zwischen Kommune und Träger ist produktiv, kann aber aufgrund unterschiedlicher Rollenverständnisse und Aufgaben auch spannungsgeladen sein. Positiv im Hinblick auf die kontinuierliche Arbeit und Zukunftsfähigkeit des Bürgervereins wurde in den Gesprächen vor Ort konstatiert, dass ein Generationenwechsel im Verein gelungen ist.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Das Quartiersmanagement war bis Ende 2019 noch nicht beauftragt. Bislang existieren lediglich Stellen für Gemeinwesenarbeit, Flüchtlingssozialarbeit, Sanierungsträger und die energetische Beratung. Alle Angebote und Dienste sind im Stadtteilbüro/Stadtteiltreff vereint und gebündelt. Ziel und möglicher Erfolgsfaktor ist das Definieren eines Gesamt-Aufgabenspektrums, das vor Ort abgedeckt werden muss (Analyse). Erst danach erfolgt die Aufteilung der unterschiedlichen Aufgaben auf die eingesetzten Personen. Die Grenzen zwischen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit sind dabei nicht als „scharf“ anzusehen, es geht vielmehr um die Identifizierung und Definition von Schnittmengen und Schnittstellen. Die Ansätze können je nach personeller Besetzung (aufgrund des persönlichen Hintergrunds, der Erfahrung oder Profession) in den verschiedenen Quartieren daher auch unterschiedlich aussehen. Eine „integrierte“ Bearbeitung von Aufgaben soll durch die Zusammenführung der Verantwortlichkeiten im Fachdienst der Verwaltung und durch die Zusammenführung unterschiedlicher Förderlinien und -zugänge gewährleistet werden. Dafür wird eine gute Abstimmung untereinander als Voraussetzung gesehen.

Die Zusammenarbeit im Stadtteil wird dadurch begünstigt, dass es sich um einen kleinen, kompakten Stadtteil („kurze Wege“) mit langjähriger guter Vernetzung der kommunalen, intermediären und zivilgesellschaftlichen Akteure handelt sowie viele Funktionen in einem Stadtteilbüro gebündelt werden. Vom Selbstverständnis sieht sich Gemeinwesenarbeit einerseits als sozialraumorientierte Vertretung der Kommune und gleichzeitig als „Sprachrohr“ der Bewohnerschaft, wobei die Verantwortlichen der Gemeinwesenarbeit auch vermittelnd zwischen beiden Perspektiven agieren. Gemeinwesenarbeit soll die Institution vor Ort mit unmittelbarem Kontakt zur Bewohnerschaft darstellen, die in die sozialen örtlichen Netzwerke eingebettet ist und die bewohnerschaftlichen Aktivitäten unterstützen und begleiten soll. Quartiersmanagement soll mit einem externen Blick vorrangig für das Projektmanagement, den Aufbau und die Entwicklung von Strukturen sowie die Programmumsetzung und Projektmittelakquise verantwortlich sein. Als gemeinsame Aufgabe ist z.B. die Öffentlichkeitsarbeit definiert. Bewusst wurde die Stelle mit einem im Stadtteil bekannten und verankerten „Quereinsteiger“

besetzt, der zuvor keine professionelle Fachkompetenz im Feld der Gemeinwesenarbeit besaß, aber das Vertrauen der Bewohnerschaft vor Ort genießt.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Als Besonderheit in Emden ist der Aufbau eines eigenen Fachdienstes Gemeinwesen innerhalb der Stadtverwaltung zu sehen, mit dem die Kommune ihre originäre Zuständigkeit für die Gemeinwesenarbeit untermauert. Der Fachdienst ist im Fachbereich Soziales der städtischen Verwaltung angesiedelt. Er verfügt über eine Doppelspitze: ein administratives und inhaltliches Leitungsteam besetzt mit einem Diplomverwaltungswirt und einer Diplomsozialpädagogin für eine strategisch-koordinative und inhaltlich-pädagogische Leitung. Über das Projekt „Quartiersbrücken“ gab es eine zusätzliche Stelle für die Koordination der drei Gemeinwesenarbeit-Programmgebiete Barenburg, Borssum und Port Arthur/Transvaal. Erfolgsfaktoren für die Zusammenarbeit in der Verwaltung sind vor allem die übersichtlichen Strukturen einer kleinen Stadtverwaltung mit meist guten persönlichen Kontakten sowie einem erfahrenen und gut vernetzten Fachdienstleitungsteam. Hinzu kommt eine gute Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Fachbereichen und eine breite politische Rückendeckung, die Gemeinwesenarbeit zu einer kommunalen Aufgabe und Zuständigkeit erklärt. Es handelt sich also um einen sozialstaatlich koordinierenden Ansatz der Gemeinwesenarbeit.

Über den Aufbau des Fachdienstes wurde auch das ressortübergreifende Verständnis gestärkt, indem die Identifizierung von Schnittstellen und die Entwicklung von Schnittstellenkonzepten im Fokus standen. Hinzu kam die parallel fortgeführte Entwicklung des Aufbaus einer gesamtstädtischen integrierten Sozialraumanalyse und -planung. Beim Aufbau des neuen Fachdienstes wurde auch auf eine wissenschaftliche Begleitung zurückgegriffen, mit der die Organisationsstruktur reflektiert wurde und worüber Fortbildungen der Mitarbeiterschaft durchgeführt wurden. Diese wurde über das Niedersächsische Landesprogramm anteilig finanziert. Ziel ist es, die bislang aus dem Landesprogramm finanzierten Gemeinwesenarbeiterstellen in den Gebieten der „Quartiersbrücken“ unter anderem über kommunale Eigenmittel nach Ende der Förderlaufzeit dauerhaft zu verstetigen.

Fallstudie Frankfurt (Oder)-Innenstadt-Beresinchen (Brandenburg)

Frankfurt (Oder) ist seit 2008 mit dem Gebiet Innenstadt-Beresinchen im Städtebauförderprogramm Soziale Stadt. Mit ca. 228 ha und etwa 16.500 EinwohnerInnen ist das Programmgebiet weitläufig und reicht von der Innenstadt über ein Gründerzeitquartier bis zum industriell errichteten Wohnungsbau. Das erste Handlungskonzept wurde angesichts eines sehr hohen Kinderarmutsanteils maßgeblich vom Amt für Jugend und Soziales geschrieben, für die Durchführung ist das Baudezernat zuständig. Neben einer Wohnungsgenossenschaft spielt das kommunale Wohnungsunternehmen eine wichtige Rolle. Es hat aus der Erfahrung mit dem Programm Soziale Stadt ein eigenes Sozialmanagement aufgebaut; dies betrifft die Zugänge zum Mietwohnungsmarkt für marginalisierte Gruppen und auch die Unterstützung von Strukturen der Gemeinwesenarbeit. Das in der Innenstadt gelegene Ladenlokal für die Nachbarschaftsagentur des Vereins Miteinander Wohnen e.V. wurde vom Wohnungsunternehmen zur Verfügung gestellt.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

MIKADO Mehrgenerationenhaus

Das Mehrgenerationenhaus ist ein wichtiger Ort der Begegnung, für alle Generationen mit bedarfsorientierten Angeboten im Gebiet Innenstadt-Beresinchen. Dies wird auch im integrierten Entwicklungskonzept Soziale Stadt 2015-2020 unterstrichen. Aus einem ursprünglichen Kinder- und Jugendzentrum entstand eine Plattform für ein lebendiges, bewusstes und interkulturelles Miteinander mit ca. 35 wöchentlichen Angeboten und Kursen, einem Jugendclub sowie einer kostengünstigen Mittagsversorgung. Es beherbergt eine Vielzahl unterschiedlicher sozial-integrativer Träger und Projekte und stellt mit der Erweiterung der Angebote einen offenen Knotenpunkt für bürgergesellschaftlichen Austausch, Information und Beratung dar. 2007 wurde die Einrichtung in das Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser des BMFSFJ aufgenommen. Das MIKADO arbeitet in Trägerschaft der Stiftung SPI, dem Sozialpädagogischen Institut Berlin „Walter May“ des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt Berlin e. V.; seit 2008 führt die Stiftung auch das Quartiersmanagement durch. Kommunal zuständig für das MIKADO ist das Dezernat Soziales und Jugend.

Nachbarschaftsagentur Miteinander Wohnen e.V.

Die Nachbarschaftsagentur Miteinander Wohnen e.V. hat einen Nachbarschaftstreff in der Innenstadt als niedrigschwelligen, konkreten Ort der Begegnungen, Hilfe und Vernetzung geschaffen und bietet Unterstützung und bedarfsorientierte Beratung für Menschen mit multiplen Problemlagen. Geleistet wird unter anderem Hilfe zur Selbsthilfe für von Wohnungslosigkeit Bedrohte, um das eigenständige Wohnen strukturell zu fördern; auch die dezentrale Unterbringung Geflüchteter gehört zu den Aufgaben. Ziel ist die Entwicklung stabiler Bewohnerstrukturen. Sprachenvielfalt (neun Sprachen) und Kompetenzaufbau in wichtigen Lebensbereichen werden hier angeboten: Wohnen, Schule, Behörde, Nachbarschaft und Beruf / Lehre / Ausbildung.

Armutssensible Unterstützungsstrukturen in Kindertagesstätten

Familie ist die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinstanz und Eltern sind die wichtigste Ressource für die kindliche Entwicklung. Daraus folgt die Notwendigkeit, elterliche Beziehungs-, Erziehungs-, Fürsorge-, Bildungs- und Alltagskompetenzen zu stärken. Laut der ifb-Elternbefragung (Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg 2015) sind 44,6 Prozent der Eltern in Fragen, die die Erziehung ihrer Kinder betreffen, manchmal, häufig oder immer unsicher. Den Eltern ist in diesem Zusammenhang am wichtigsten, dass sie nur dann Informationen erhalten, wenn sie sie selbst anfordern und eine persönliche Beratung möglich ist. Ein Kernelement ist die Niedrigschwelligkeit dieser Angebote. Wenn Eltern in ihren Fähigkeiten, sich ihren Kindern unterstützend zuzuwenden, gestärkt sind, können diese auch die Bildungsverläufe ihrer Kinder angemessen gestalten und unterstützen. Es ist daher Aufgabe von pädagogischen Fachkräften, Bildungszugänge für Kinder zu fördern und Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit zu stärken. Armutsprävention sollte primär darauf ausgerichtet sein, (noch) vorhandene Ressourcen der Betroffenen wahrzunehmen und zu sichern bzw. auszubauen. Zusätzlich zu den Regelstrukturen der Kindertagesbetreuung wurde daher an neuen, bedarfsge-

rechten Unterstützungsstrukturen, insbesondere für die Elternberatung/-begleitung in Kindertagesstätten gearbeitet. Das Projekt zur modellhaften Schaffung armutssensibler Unterstützungsstrukturen wurde in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt von Ende 2017 bis September 2019 in insgesamt vier Kitas in der Gebietskulisse durchgeführt. Dabei wurden folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt: Stärkung der Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungskompetenzen durch Angebote der Elternberatung; Weiterentwicklung bestehender pädagogischer Ansätze und Konzepte der beteiligten Kindertagesstätten, um den Folgen sozialer Benachteiligung zu begegnen; Weiterentwicklung von Beteiligungsrechten und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Kindertagesstätte; Förderung elterlichen Engagements und ihrer Mitwirkung im Rahmen ihrer Beteiligungsrechte.

Beteiligt waren die folgenden Kitas: Kita „Hilde Coppi“, Wichern Diakonie Frankfurt (Oder); Kita „Bambi“, PEWOBE gGmbH; Hort „Fröbelsternchen“ und Kita „Regenbogen“, Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH. Um den guten Projektanlauf durch die Förderung auch nach Ablauf des Projektzeitraums weiterzuführen, wurde dieser thematische Schwerpunkt von der neu eingerichteten städtischen Kita-Fachberatung übernommen.

Verein Flexible Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e.V., Jugendhilfestation

Der Verein ist seit 1998 im Stadtteil Altberesinchen aktiv. Er leistet und unterstützt die soziale Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen und deren Familien in ihrem Lebensumfeld, unter anderem mit etwa 80-85 Hilfen zur Erziehung, die als Leistungen mit individuellem Rechtsanspruch nach SGB VIII erbracht werden. Die Jugendhilfestation bietet ein neues Modell mit individuellen präventiven Hilfsangeboten für Familien, die verhindern sollten, dass Kinder und Jugendliche im Heim untergebracht werden müssen. Die Jugendhilfestation erhält Zuwendungen vom Deutschen Hilfswerk. Personal- und Sachkosten für offene Straßensozialarbeit (Streetwork) wurden nach einer Anschubfinanzierung durch die Soziale Stadt bis 2015 in den Jugendförderplan übernommen. Inzwischen arbeitet der Verein mit über 40 MitarbeiterInnen im gesamten Stadtgebiet. Der Verein nimmt regelmäßig an den Stadtteilkonferenzen teil und nimmt in Altberesinchen eine wichtige Funktion ein.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Das 2008 gestartete Frankfurter Quartiersmanagement stellt eine der zentralen Einrichtungen der Stadtteilkoordination in der Gebietskulisse Soziale Stadt dar und hat eine bündelnde Funktion als Schnittstelle für Kommunikation, Vernetzung und Kooperation im Programmgebiet. Das Quartiersmanagement vernetzt die zahlreichen Akteure und Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, die in den verschiedenen Teilgebieten agieren. Das Quartiersbüro ist im Mehrgenerationenhaus verortet und hat damit einen direkten Zugang zu einem der wichtigen Akteure der Gemeinwesenarbeit. Beide gehören demselben Träger an.

Das Mehrgenerationenhaus MIKADO kann als Drehscheibe zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement für die Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit und ein etabliertes Netzwerk zahlreicher sozialer Dienste bezeichnet werden. Das Quartiersmanagement unterstützt die BewohnerInnen dabei, sich in die Gestaltung ihres Stadtteils und des Zusammenlebens mit den Nachbarn einzubringen z.B. bei der Umsetzung von Projektideen. Dabei zeigt es Wege auf,

berät, informiert, öffnet Zugänge, motiviert, sammelt Ideen, bringt Partner zusammen und hilft, Finanzierungen zu organisieren. Außerdem bündelt das Quartiersmanagement Aktivitäten im Stadtteil und stimmt sie aufeinander ab.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Das Quartiersmanagement versteht sich als Vernetzer der zahlreichen Akteure und Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, was sich angesichts der Größe der Gebietskulisse und der Heterogenität der Teilgebiete als notwendig erweist. Mit nur einer Personalstelle ist die Ausstattung des Quartiersmanagements gering. Seit Ende 2018 wird es durch das Teilprojekt „KiezKöner – gemeinsam stark für Altberesinchen“ in Trägerschaft der Stiftung SPI mit einer halben Personalstelle, welche zudem vernetzend und unterstützend mit Akteuren im Stadtteil Altberesinchen arbeitet, unterstützt. Die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit sind zwar meist hochmotiviert, jedoch mit ihren fachlichen Aktivitäten mehr als ausgelastet und haben keine (bezahlten) Kapazitäten für Vernetzungsarbeit. Die Soziale Stadt hat dort ein Erproben neuer Ansätze ermöglicht, weil es die Netzwerke vernetzt. Durch das Quartiersmanagement wurde z.B. ein Bürgernetzwerk für die Innenstadt, das Stadtteilforum Mitte, eingerichtet.

2018 gab es mit einem Oberbürgermeisterwechsel eine umfassend erneuerte Verwaltungsspitze, auch mit einem neu geschaffenen Dezernat, das Bürgerbeteiligung als Querschnittsthema für Verwaltung und BürgerInnen bearbeitet. Die Dezernentin für Kultur, Bildung, Sport, Bürgerbeteiligung und Europa war zuvor langjährige Quartiersmanagerin. Damit ist mehr als ein Grundverständnis für die Belange der Sozialen Stadt und der Bedeutung einer Infrastruktur der Gemeinwesenarbeit und Teilhabe in der Kommune verankert.

Fallstudie Hamburg-Mitte Altona Q8 (Freie und Hansestadt Hamburg)

Das Beispiel Hamburg-Mitte Altona Q8 steht für inklusive Quartiersarbeit in einer der größten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen in Hamburg und liegt nicht in der Förderkulisse der Sozialen Stadt. Die Evangelische Stiftung Alsterdorf als großer örtlicher Träger der Eingliederungshilfe führt dort selbstfinanziert, nicht im Auftrag der Stadt, Quartiersarbeit durch, um das inklusive Zusammenleben im Quartier zu verbessern. Die Stiftung engagiert sich in acht Lebensbereichen für Inklusion im Quartier (= Q8) und stellt eine KoordinatorIn, die als Intermediäre tätig ist, über mindestens fünf Jahre für die Vernetzung der BewohnerInnen, Unternehmen und Institutionen zur Verfügung.

Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Altona mit 13 ha für ca. 1.600 Wohneinheiten (2018-2020) sowie der Verlagerung des Bahnhofs Altona auf ca. 16 ha mit ca. 1.900 Wohneinheiten in der zweiten Phase (ab 2025) wird eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Hamburgs realisiert. Neben der Arbeit in mehreren Bestandsstadtteilen hat die Stiftung Alsterdorf in der Mitte Altona erstmalig einen Q8-Begleitprozess für ein Neubauquartier initiiert. Der Ansatz ist an den Prinzipien der Gemeinwesenarbeit orientiert und will langfristig einen Haltungswandel in den sozialen Dienstleistungen über die Zielgruppenorientierung hinweg erzielen. Innerhalb der Stiftung finden parallel auch umfangreiche Fortbildungen und eine fachliche Begleitung für MitarbeiterInnen zur Qualifizierung zum sozialräumlichen und personenzentrierten Handeln statt.

Der Q8-Ansatz wurde 2011 im Zuge dieses grundlegenden Paradigmenwechsels hin zur so genannten Ambulantisierung und Sozialraumorientierung der Eingliederungshilfe entwickelt und projektförmig aus den Mitteln für die fallübergreifende Arbeit, Eigen- und Projektmitteln des Trägers sowie durch eine Förderung der Nordmetall-Stiftung finanziert. Vor diesem Hintergrund und der Erkenntnis, dass eine sozialräumliche Aufstellung der Arbeit nicht aus der bisherigen Praxis der Einzelfallhilfe finanziert werden kann, hatten die Evangelische Stiftung Alsterdorf und drei weitere große Träger der Eingliederungshilfe 2010 dazu ein singuläres Finanzierungsmodell entwickelt und mit dem Hamburger Senat als Leistungserbringer vereinbart: Dieser zahlt einen „Sozialraumzuschlag“ auf jede Dienstleistung der fallbezogenen Eingliederungshilfe, die in Hamburg ein jährliches Volumen von 300-400 Mio. Euro umfasst.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Der Q8-Ansatz kombiniert in gewisser Weise die Qualitäten von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement. Das intermediäre Format wurde aufgebaut, um die Idee des Community Care zu unterstützen, die den Fokus auf einzelne Zielgruppenorientierung überwindet. Die Notwendigkeit einer integrierten Perspektive im Spannungsfeld zwischen Parteilichkeit und einer intermediären, vermittelnden Position wird in dieser Fallstudie deutlich. In Altona wurden in einem Beteiligungs- und Aktivierungsprozess unter dem Stichwort „Inklusion“ die Interessen und Belange von Menschen mit Unterstützungsbedarf in Bezug auf Barrierefreiheit beim Wohnen, aber auch bei der Mobilität, der Nutzbarkeit des öffentlichen Raums und dem Zusammenleben konkret adressiert. Dazu dienten auch Methoden der Gemeinwesenarbeit. Gleichzeitig wurden die Verbindungen und Beziehungen zur für die integrierte Stadtentwicklung zuständigen Verwaltung und Politik aufgebaut. Damit entsteht ganz konkret unter anderem ein bisher einzigartiges Wohnprojekt für blinde, sehbehinderte und sehende Menschen, verbunden mit einem Leitsystem und der Gestaltung öffentlicher Plätze im Quartier. Ein mit dem Bauvorhaben über eine Investitionsumlage entstandenes Quartiersmanagement unterstützt vor allem den Aufbau eines Mobilitätsmanagements und die weitere inklusive Entwicklung des Stadtteils.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Mit ihren Aktivitäten und den Vernetzungsansätzen hat die Stiftung Alsterdorf neue Themenschwerpunkte und Partizipationsansätze im Bereich Inklusive Quartiersentwicklung in die Stadtentwicklung eingebracht, sowohl bei der zuständigen Landesbehörde als auch auf Bezirksebene. In Altona wurden in einem frühen Planungsstadium der großen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme BewohnerInnen und interessierte Akteure mit der Q8-Moderation im Forum „Eine Mitte für alle“ koordiniert. Daraus wurden 30 Ziele und Etappen inklusiver Stadtentwicklung formuliert, die dann in den Städtebaulichen Vertrag der Hamburger Stadtentwicklungsbehörde (BSU) mit den Investoren eingeflossen sind. Ausgehandelt wurde von der BSU auch eine Investorenumlage, die für zehn Jahre ein Quartiersmanagement für die Neubaumaßnahme finanziert. Dieses Quartiersmanagement wurde während der Bauphase installiert und hat folgende Schwerpunkte: Nachbarschaft, Inklusion und Mobilität. Das benachbarte Gelände der Holstenbrauerei wird inzwischen auch auf Grundlage der Erfahrungen mit Q8 vom Bezirk Altona als „inklusives Holstenquartier“ mit einer ressortübergreifenden

Planungsgruppe entwickelt, die sich aus dem Forum „Eine Mitte für alle“ heraus gebildet hat und die Erfahrungen in dem neuen Quartier weiterentwickelt.

Zur Weiterentwicklung des Leistungssystems der Eingliederungshilfe werden in Hamburg innovative Formen und Strukturen entwickelt und umgesetzt, die den Weg zu sozialräumlich orientierten, vernetzten und personenzentrierten Leistungen ebnet. Bei den Rahmenvereinbarungen 2014-2018 mit der zuständigen Hamburger Behörde wurde gemeinsam mit vier Trägern, darunter die Stiftung Alsterdorf, ein innovatives „Trägerbudget“ (kein Sozialraumbudget) vereinbart, als Pauschalbetrag für die Dienstleistungen, also nicht einzelfallbezogen abgerechnet. Im Hintergrund läuft die einzelfallbezogene Kalkulation weiter, damit für die KlientInnen gemäß dem Wunsch- und Wahlrecht ein Wechsel zu einem anderen Träger auch weiterhin möglich ist. Nach fünf Jahren wurde im Senat Bilanz über den Einsatz der Gelder gezogen (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration 2016): Bei den Verhandlungen für die Fünfjahresperiode 2019-2023 wurde aufgrund der positiven Erfahrungen das pauschale Trägerbudget, das einen Mitteleinsatz aus der Regelförderung für fallunabhängige Arbeit ermöglicht, im Rahmen einer Folgevereinbarung in die Regelabläufe überführt.

Neben diesen sozialpolitischen Öffnungen findet auf Landesebene in Hamburg auch ein Prozess hin zur ressortübergreifenden Quartiersentwicklung statt, der diese Erfahrungen in einer sozialräumlichen Leitorientierung auch über das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) hinaus aufnehmen kann. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat 2019 die „Quartiersinitiative Urbanes Leben“ gestartet, mit der sieben Bezirksämter gemeinsam mit mehreren Fachbehörden und der Senatskanzlei neue Ansätze und Verfahren ressortübergreifender Quartiersgestaltung entwickeln. Diese werden an jeweils einem Beispielquartier im Bezirk erprobt.

Fallstudie Hamm-Norden (Nordrhein-Westfalen)

Hamm-Norden wurde 1994 als eines der ersten Gebiete in das nordrhein-westfälische Soziale Stadt-Vorgängerprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ aufgenommen. Als eine der ersten zentralen Maßnahmen wurde 1994 das Stadtteilzentrum Hamm-Norden eröffnet, in dem auch räumlich im Stadtteil verortete Arbeitsbereiche zusammengeführt wurden. In der Folgezeit wurde der Stadtteil bis 2010/11, im Rahmen des Programms Soziale Stadt über Landes- und Bundesmittel sowie zwischen 2007 und 2014 über Mittel für Modellprojekte, durch verschiedene Soziale Stadt-Begleitförderprogramme wie z.B. „Stärken vor Ort“ gefördert. Aktuellster Entwicklungsschritt des Programmgebiets ist die energetische und behindertengerechte Sanierung sowie der Ausbau des Stadtteilzentrums Hamm-Norden, welcher im Jahr 2018 fertiggestellt wurde.

Zentraler Akteur einer gemeinwesenorientierten Sozialarbeit ist das Stadtteilbüro Hamm-Norden, welches von der Arbeiterwohlfahrt und dem Katholischen Sozialdienst e.V. gemeinsam betrieben wird und durch die Stadt Hamm und Eigenmittel der Träger finanziert wird. Das Arbeitsfeld wird als Daueraufgabe betrachtet, da es trotz erfolgreicher Stabilisierung auch künftig soziale Herausforderungen gibt; hier leben weiterhin besonders Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen und es herrscht eine hohe Fluktuation. Beispielsweise ist der vermehrte Zuzug südosteuropäischer Familien und / oder geflüchteter Menschen ein neuer

Aufgabenbereich, bei dem man auf vorhandene Strukturen in der langjährigen Stadtteilarbeit zurückgreifen kann.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Stadtteilbüro

Die Aufgaben des Stadtteilbüros liegen in der Koordinierung und Vernetzung der zentralen Akteure (Kindertagesstätten, Schulen, Kirchengemeinden, Initiativen, Verbände, Vereine, Selbsthilfegruppen), dem Projekt- und Fördermanagement durch das Einwerben von Projektmitteln, der umfassenden Beteiligung der Stadtteilbewohner sowie der sozialräumlichen Sozialarbeit (beispielsweise Elternbildung, Beratung, Fördergruppen, erzieherische und kulturelle Angebote) an zwei weiteren Standorten und an einer Grundschule im Stadtteil, sowie der Begleitung von Migrantenvereinen und der intensiven Kooperation mit dem „Kulturverein der Sinti in Hamm/Westfalen e.V.“ Die Arbeit des Stadtteilbüros wird von einer städtischen Stadtteilkoordination flankiert, die als Schnittstelle zur städtischen Verwaltung fungiert und die Zusammenarbeit der städtischen Akteure bezogen auf den Stadtteil koordiniert.

Familienzentren

Weitere sozialraumorientierte Einrichtungen mit Funktionen im Bereich der Gemeinwesenarbeit sind die beiden Familienzentren im Stadtteil, in denen insgesamt acht Kindertageseinrichtungen unterschiedlicher Träger zusammengeschlossen sind. Über die Familienzentren findet eine Vernetzung von Angeboten untereinander statt. Zudem bestehen diverse Kooperationsbeziehungen zu anderen Einrichtungen und Akteuren im Stadtteil (z.B. Grundschulen, Sport- und Kleingartenvereine). Über die Kindertageseinrichtungen und Schulen erfolgt eine starke Identifikation von Kindern und Eltern mit dem Stadtteil. Räumlichkeiten der Einrichtungen können auch als Treffpunkt für den Stadtteil genutzt werden. Die Finanzierung der Familienzentren erfolgt im Rahmen der Regelförderung für Familienzentren durch das Land Nordrhein-Westfalen und in begrenztem Umfang durch zusätzliche Projektmittel (z.B. Bundesmittel zur Sprachförderung).

Das Stadtteilbüro und eines der beiden Familienzentren sind im durch das Programm Soziale Stadt finanzierten, neu- bzw. umgebauten Stadtteilzentrum untergebracht. In diesem Zentrum werden verschiedene sozialraumorientierte Angebote des Stadtteils räumlich zusammengefasst.

Jugendarbeit Hamm-Norden

Eine weitere sozialraumbezogene Einrichtung mit Aufgaben im Bereich der Gemeinwesenarbeit ist der Jugendkeller, der in die Vernetzungsstrukturen des Stadtteils eng eingebunden ist. Die Einrichtung wird als gemeinsamer Verein „Jugendarbeit Hamm-Norden“ durch eine intensive Zusammenarbeit von evangelischer und katholischer Kirchengemeinde sowie der Friedrich-Wilhelm-Stift gGmbH als Jugendhilfeträger getragen. Zentrale Zielsetzung ist die sozialraumorientierte Beratung und Aktivierung von Jugendlichen sowie die ortsnahe Einbindung in Hilfsangebote. In der Einrichtung existiert ein dezidiert sozialraumbezogener Ansatz der Hilfen

zur Erziehung für benachteiligte Jugendliche und ihre Familien. Dafür stellt die Stadt die Finanzierung aus verschiedenen Töpfen der Jugendhilfe im Rahmen von jährlichen Leistungsvereinbarungen zur Verfügung. Daneben akquiriert der Verein eigenständig weitere Projektmittel.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement sind in Hamm-Norden eine Einrichtung: das Stadtteilbüro. Über die Jahre gewachsen und durch das Stadtteilbüro koordiniert, ist so ein dichtes Netzwerk der sozialen Einrichtungen im Stadtteil entstanden, das von einem gemeinsamen, integrierten Verständnis gemeinwesenorientierter Stadtteil- und Sozialarbeit geprägt ist. Dabei erfüllt das Stadtteilbüro eine zentrale, koordinierende Rolle im Bereich der Vernetzung, ist aber auch selbst in der Gemeinwesenarbeit aktiv. Wichtiger Anlauf- und Ankerort im Stadtteil ist das multifunktionale Stadtteilzentrum Hamm-Norden, in dem neben dem Stadtteilbüro verschiedene Angebote der Bereiche Jugend- und Familienhilfe und Integrationsarbeit räumlich gebündelt sind.

Durch die Unterstützung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt konnten diese intensiven Kooperations- und Vernetzungsstrukturen mit Förderung des Quartiersmanagements, von Beteiligungsprozessen und diversen Modellförderungen und der Schaffung von sozialer und kultureller Infrastruktur ermöglicht und dauerhaft geschaffen werden. So existieren verschiedene Angebote unterschiedlicher freier Träger im Stadtteil, die gut koordiniert und über Gremien vernetzt sind.

Die gute Zusammenarbeit über diese Netzwerke bildet sich auch in der Förderung ab, für die sich freie Träger bei Förderaufrufen zusammentun. Die vorhandenen Gremien dienen als gute Basis zur Absprache von Bedarfen und gemeinsamen Konzepten. Das Stadtteilbüro empfindet sich auch hier als „Fördermanager“, indem verschiedene neue Förderzugänge erschlossen werden, so dass die gemeinwesenorientierte Stadtteil- und Sozialarbeit über die Bündelung kommunaler Mittel mit verschiedenen Förderzugängen abgesichert wird. Wobei auch hier die Förderungen häufig nur befristet sind und insofern, für eine dauerhafte Absicherung, als unsicher gelten müssen.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Durch die Förderstrukturen der Sozialen Stadt und die finanzielle Absicherung des Quartiersmanagements ist in Hamm-Norden eine tragfähige Kooperationsstruktur verschiedener freier Träger im Bereich der Gemeinwesenarbeit und darüber hinaus entstanden, die von Seiten der Stadt im Rahmen von Zielvereinbarungen über kommunale Förderung gestützt und strukturell abgesichert wird. Die positiven Lernerfahrungen im Bereich der Vernetzung der Akteure und der integrierten Zusammenarbeit in Hamm-Norden dienen der Stadt Hamm dazu, ähnliche sozialraumbezogene Konzepte auf andere Stadtteile zu übertragen und städtische Angebotsstrukturen zu verändern. Seit nunmehr zwei Jahren existieren in allen neun Sozialräumen der Stadt Vor-Ort-Stadtteilkoordinationen und Stadtteilzentren. Dazu werden die vorhandenen städtischen Jugendzentren zu Stadtteilzentren umfunktioniert und personell durch Angebote

freier Träger verstärkt. Durch die Bündelung von sozialen Leistungen im Bereich der Jugendhilfe und Sozialarbeit mit gemeinwesenorientierter Ausrichtung entsteht ein stadtweites System sozialraumbezogener Angebotsstrukturen.

Die Arbeit in den Stadtteilen wird über das Jugendamt durch Zielvereinbarungen mit den Trägern gesteuert. Allerdings werden die Angebote und Inhalte zuvor in den Vernetzungsgremien gemeinsam entwickelt und besprochen bzw. durch jährliche Zielvereinbarungsgespräche koordiniert (bottom-up). Im Rahmen dieser Zielvereinbarungen erfolgen dann jährliche Bewilligungen aus unterschiedlichen Fördertöpfen der Kommune, auch unter Einbeziehung von Landesmitteln (z.B. Soziale Stadt).

Fallstudie Jena-Winzerla (Thüringen)

Die Großwohnsiedlung Jena-Winzerla besteht seit über fünfzig Jahren, sie entstand in Hanglage in drei Bauabschnitten, die mit jeweils unterschiedlichen Problemlagen einhergehen. Neben der Siedlung mit einem Mietwohnungsbestand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft und von Genossenschaften gibt es den alten namensgebenden Dorfkern Winzerla sowie eine Eigenheimsiedlung. Gemeinwesenarbeit, die sich an den Lebens- und Bedarfslagen orientiert, wird in Winzerla seit 2001 ehemals durch Hilfe vor Ort e.V. und seit 2015 durch den Verein mittendrin e.V. betrieben. Der Verein ist auch Träger des Stadtteilbüros. Winzerla wurde 2003 in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Seitdem ist das Quartiersmanagement bei dem Stadtteilbüro angesiedelt.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

mittendrin e.V. Winzerla

Durch die Vereinstätigkeit wird seit 2001 zielgruppenübergreifende Gemeinwesenarbeit in Winzerla geleistet. Die 1,875 Vollzeitäquivalente sind derzeit auf drei Personen aufgeteilt. Neben der Öffentlichkeitsarbeit und Projektarbeit ist die Vernetzung mit weiteren Akteuren und Vereinen ein Schwerpunkt. Mittendrin e.V. wirbt als Verein auch weitere Projektmittel ein, wie z.B. die Förderung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge für gemeinwesengetragene Projekte zur Flüchtlingsintegration.

Das Stadtteilbüro ist auch Sitz der beiden Koordinatoren für das Landesprogramm ThINKA – Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation, Aktivierung. Der Quartiersmanager ist als Vorstandsmitglied in der Thüringer Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (ThASG) e.V. aktiv. Die Arbeitsgemeinschaft orientiert sich am Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit und will das Quartiersmanagement in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sowie darüber hinaus strukturell und fachlich auf Kommunalebene in Thüringen etablieren.

Streetwork Winzerla

Die Stadt Jena betreibt in eigener Trägerschaft im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe Streetwork in Winzerla. Angedockt an das Jugendzentrum Hugo beinhaltet Streetwork sowohl die

Begleitung von Jugendlichen in der Einzelfallhilfe wie auch aufsuchende Arbeit. Somit gibt es eine Möglichkeit für Jugendliche, in Problemsituationen direkt Hilfe zu erhalten.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Das Quartiersmanagement hat eine wichtige Funktion zwischen Quartier und Stadtverwaltung; durch die Anbindung an den Verein in Winzerla kann das Quartiersmanagement auch die notwendige Expertise in der Gemeinwesenarbeit einbringen. Unterstützt werden investitionsvorbereitend bauliche, soziale und kulturelle Projekte, auch im Bildungsbereich. Dazu gehört u.a. ein Stadtteilgarten, der sich in den letzten Jahren als Ort der Begegnung etabliert hat.

Gemeinwesenarbeit wird von kommunaler Seite als ein Instrument gesehen, das vor allem die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft insbesondere bei Planungswerkstätten initiiert und unterstützt. Mit dem Quartiersmanagement wird die Verbesserung der sozialen Infrastruktur intendiert. Der Verein mittendrin e.V. deckt beide Bereiche ab, die Gemeinwesenarbeit und das Quartiersmanagement (Stadtteilarbeit). Die Stadtteilarbeit ist an das kommunale Stadtentwicklungsamt angedockt, identifiziert aber eigenständig die Bedarfe und Belange der Bewohnerschaft vor Ort. Dies wird von den dort Tätigen als Spagat zwischen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit bei eher fehlenden Zielvorgaben wahrgenommen.

In Vorbereitung des 50-jährigen Jubiläums der Siedlung werden Erzählcafés mit den BewohnerInnen organisiert, um mit Zeitzeugen aus verschiedenen Perspektiven auf Winzerla zu schauen. Beim jährlich stattfindenden Projekt „Wasserachsenspiele“ kooperieren verschiedene Einrichtungen, darunter auch das Jugendzentrum Hugo, und wirken gemeinsam im Sozialraum. Stadtteilspezifischen Themen wird über die Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit mehr Aufmerksamkeit und "Gewicht" im gesamtstädtischen Kontext verliehen. Mit dem Stadtteilbüro gibt es einen konkreten Anlaufpunkt für BewohnerInnen, um verschiedene Anliegen zu vermitteln oder zu lösen.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit im Quartier

In Thüringen könnten, so die Einschätzung des Quartiersmanagers, der auch in der Thüringer Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit aktiv ist, die Potenziale der Stadtteilbüros strategisch stärker für die Sozialplanung genutzt werden. Ein Ziel auf Landesebene gegenüber dem oft zu verzeichnenden erhöhten Leerstand sowie der sozialen Isolierung in den Wohngebieten ist die Verhinderung sozialer Missstände. Dafür wären die Ansätze der Gemeinwesenarbeit stärker zu integrieren. Für die strukturelle Anbindung war die Vereinsgründung von „Hilfe vor Ort. Verein für Soziale Arbeit e.V.“ Mitte der 1990er Jahre Initialpunkt.

Ein Stadtteilzentrum in Winzerla fehlt in der Wahrnehmung der Befragten. Die räumlichen Möglichkeiten im Stadtteilbüro und darüber hinaus sind sehr beengt. Wie aus den anderen Fallstudien deutlich wird, kann ein solches Zentrum als Ankerpunkt einer übergreifenden Gemeinwesenarbeit für alle BewohnerInnengruppen große Vorteile bieten.

Fallstudie Magdeburg-Neu Olvenstedt (Sachsen-Anhalt)

Seit 2011 wird in Magdeburg-Neu Olvenstedt Stadtteilmanagement und die Vernetzung der Akteure im Stadtumbau unter der Bezeichnung „Büro für Stadtteilarbeit Neu Olvenstedt“ betrieben, beauftragter Träger vor Ort dafür ist der Internationaler Bund (IB). Neu Olvenstedt ist ruhendes Soziale Stadt-Gebiet und seit 2002 im Städtebauförderprogramm Stadtumbau³, wober auch das Stadtteilmanagement gefördert wird. Mit dem massiven Wegzug und Rückbau von ca. 6.500 Wohneinheiten in der Nachwendezeit waren soziale Umbrüche im Stadtteil zu verzeichnen, in den 1990er Jahren gab es auch Probleme mit rechtsradikalen Übergriffen und dem sich daraus verfestigenden negativen Image. Die Einwohnerzahl ging von ursprünglich 30.000 auf 10.000 BewohnerInnen zurück. Viele investive Mittel wurden mit dem Stadtumbau-Programm für die Weiterentwicklung der Großwohnsiedlung eingesetzt. Dazu wurde auch das Stadtteilmanagement mit Büro im Stadtteil eingerichtet, was im Stadtumbau-Programm sonst nicht die Regel ist. Das Stadtteilmanagement im Rahmen von Stadtumbau soll in Neu Olvenstedt zur Aufwertung des Stadtteils, Revitalisierung von Branchen, Qualifizierung von Wohnquartieren, Anpassung städtischer Infrastrukturen sowie – durch die Stärkung der Bestandsentwicklung – zur Reduzierung von Flächenverbrauch beitragen. Zu den Aktivitäten des Stadtteilmanagements gehören regelmäßige Sprechzeiten, Vernetzungs- und Beteiligungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Angebote von Partizipation und Moderation, Begleitung der Sitzungen der Gemeinwesenarbeit, Beratung zu Fördermöglichkeiten und Projektunterstützungen sowie eine allgemeine Anlaufstelle für private Belange und vor allem für Vereine und Akteure, ausgestattet mit einem kleinen Budget. Über so genannte Quartiersvereinbarungen in verschiedenen Stadtteilen wurde Stadtteilentwicklung, insbesondere das Rückbaugeschehen und die damit verbundenen Umzüge, systematisch von der Stadtverwaltung und der Wohnungswirtschaft begleitet. Inzwischen ist der Wohnungsmarkt entspannter, die Runden finden nicht mehr statt. Durch Zuzüge in neu entstandene Ein- und Zweifamilienhäuser ist die Bewohnerzahl inzwischen auf ca. 11.200 gestiegen.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Spielwagen e.V. – Verein zur Förderung eines kinder- & jugendgerechten Lebens in der Stadt

Im Rahmen offener Kinder- und Jugendarbeit betreibt der Träger Spielwagen e.V. finanziert nach § 11 SGB VIII (Jugendarbeit) zwei Einrichtungen in Neu Olvenstedt mit unterschiedlichen inhaltlichen Profilen, die zur Bereicherung der sozialen Infrastruktur beitragen. Es geht um Häuser, Orte, Plätze, Treffpunkte, die zu verbindlichen, verlässlichen Öffnungszeiten von Kindern und Jugendlichen besucht werden können. Der Verein sieht sich als Einrichtung, die sich für die Menschen im Stadtteil öffnet und sie einlädt, die vielfältigen Möglichkeiten zu nutzen. Die zeitlichen Ressourcen sind begrenzt. Der Verwaltungsaufwand für die jährliche Beantragung der Pauschalen für die offene Kinder- und Jugendarbeit einschließlich einer Verwaltungspauschale ist hoch, eine recht stabile Ausstattung durch das Jugendamt ist in den letzten zehn Jahren jedoch zu verzeichnen.

³ Das neue Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“ enthält die bisherigen Förderziele des Stadtumbau-Programms, geht jedoch im Sinne nachhaltiger Erneuerung darüber hinaus (z.B. Klimafolgenanpassung) und setzt einen Schwerpunkt bei der Brachflächenentwicklung zur Unterstützung des Wohnungsbaus bzw. zur Entwicklung neuer Quartiere.

Bauspielplatz Mühlstein

Der Bauspielplatz Mühlstein besteht seit 1994 in Trägerschaft des Spielwagen e.V. und hat eine Brachfläche zu 3.000 qm abgegrenzter Freifläche mit Garten-, Tier-, Bau- und Werkstattbereich umgewandelt. Dabei musste der Verein zunächst der Skepsis begegnen und nach eigener Aussage „das Gemeinwesen für sich einnehmen“. Der gesamte Platz wird für Kinder- und Jugendarbeit als öffentlicher Raum für Aktivitäten und sozialpädagogisch nutzbarer Raum verstanden und genutzt. Die verschiedenen, auch z.T. multifunktionalen Flächen und Räume sind wandel- und gestaltbar und schaffen für die unterschiedlichen Zielgruppen Freiräume. Der Bauspielplatz ist als kind- und jugendgerechte Freizeiteinrichtung konzipiert, die insbesondere die sozialräumliche Aneignung und vielseitige Bildung der Heranwachsenden befördert.

Kinder- und Jugendtreff Mühle

Die Mühle wurde 1991 aus dem ehemaligen Jugendclub eröffnet und ist ebenfalls in Trägerschaft des Spielwagen e.V. eine regionale stadtteilorientierte Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung für junge Menschen von 6 bis 26 Jahren mit einem breit gefächerten Angebot. Die Einrichtung versteht sich aktiv als Alternative zu kommerziellen Freizeit-, Konsum- und Medientrends und ist auf eine lebendige gemeinsame Lebens- und Freizeitgestaltung mit den jungen Menschen ausgerichtet. Viel Wert wird gelegt auf das Treffen in der Gleichaltrigengruppe, soziales Lernen, die Förderung von Selbstbestimmung, Selbstvertrauen, Kreativität und Phantasie.

Die Brücke gGmbH

Der Verein Die Brücke e.V. wurde 1991 gegründet und hat sich zu einem breit aufgestellten Träger mit Angeboten vor allem in Neu Olvenstedt entwickelt. Trotz der Hauptausrichtung des Trägers in Aufgabenfelder der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe spielen gemeinwesenorientierte und generationsübergreifende Angebote für alle BewohnerInnen eine wesentliche Rolle. Seit 2007 ist Die Brücke gemeinnützige GmbH. Das vielfältige Angebotsspektrum ermöglicht den BewohnerInnen eine Nutzung auch über einen längeren Zeitraum. Auch eine Ergänzung niedrigschwelliger Angebote mit intensiveren Hilfeformen ist bei Bedarf möglich.

Familien- und Jugendzentrum „Die Brücke / Kümmelsburg“

Das Familienzentrum ist ein Ort des Austausches und der Informationsvermittlung. Es möchte Familien bei der Gestaltung des Alltags und der Bewältigung sozialer Herausforderungen begleiten. Vorgehalten werden offene Angebote wie zum Beispiel lockere Spielstunden, feste Kurse mit unterschiedlichen Schwerpunkten, entwicklungspsychologische Beratung für junge Eltern mit Kindern bis zum dritten Lebensjahr, allgemeine Einzelberatung und gemeinsame Feste und Veranstaltungen. Kinder und Jugendliche finden hier einen offenen, niedrigschwelligen Ort, an dem sie ihre Freizeit individuell verbringen können. Angebote in den Richtungen Kultur und Bildung, Sport, Musik, Bewegung, Kreativ und Werken, Kochen und Backen, werden vorgehalten. Projektarbeit, Tagesausflüge und Kurz- und Ferienfreizeiten ergänzen das Angebot.

Trägerstandort „Die Brücke / Stadtteilzentrum Neu Olvenstedt“

Im Stadtteilzentrum, das ebenfalls durch den Verein Die Brücke gGmbH getragen wird, ist ein großes Spektrum an Angeboten und Diensten untergebracht, von der Kindertagesstätte über die sozialpädagogische Jugendwerkstatt bis zu ambulanten Erziehungshilfen. Ein Stadtteiltreff bietet generationenübergreifende Angebote und Kurse an, in einem Väterzentrum werden soziale Begegnungen von Vätern und deren Kindern ermöglicht und Handlungskompetenzen eingeübt. Im Marte-Meo-Zentrum Magdeburg wird ein videogestütztes Beratungsangebot zur Entwicklungsförderung von Kindern bereitgestellt.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Aufgaben des Stadtteilmanagements sind die Imageverbesserung des Stadtteils, aber auch der Umgang mit den aus den Rückbaumaßnahmen resultierenden Wohnungsumsetzungen der BewohnerInnen. Es gibt viele langzeitarbeitslose Menschen, wenig Zugang zu Bildung und beruflicher Perspektive und den damit verbundenen sozialen Belangen. Auch Kinder und Jugendliche sind davon betroffen. Deshalb gibt es Kooperationen mit Jugendeinrichtungen, Schulen und Kitas. Kunst im öffentlichen Raum, die für die damalige Vorzeigesiedlung installiert wurde, wird durch Stadtteilarbeit über kreative Prozesse auch als Identifikationspotenzial für die BewohnerInnen genutzt. Beispielsweise wurde im Projekt „Mapping Olvenstedt“ (www.mapping-olvenstedt.de) ein Stadtteilplan gemeinsam mit den Menschen vor Ort mit Unterstützung von ExpertInnen Orte der Baugeschichte, Kunst und Architektur kartiert. Hier kooperiert das Stadtteilmanagement mit den gemeinwesenorientierten Einrichtungen der Jugendarbeit und aktiven Akteuren.

Die Herausforderung liegt darin, mit den Instrumenten des Stadtumbaus und der Sozialen Stadt Menschen zu erreichen und miteinander in Verbindung zu bringen. Partizipative Demokratie und das Empowerment der BewohnerInnen sind Ziele, doch mit den dortigen personellen Ressourcen nur ansatzweise bzw. als Impulse einzubringen. Die Träger der Gemeinwesenarbeit in Neu Olvenstedt sehen in diesem Zusammenhang Bedarf für ein weiterreichendes zielgruppenübergreifendes Gemeinwesenzentrum, das eine nachhaltige Förderung über alle SGB-Bücher erhält, und bspw. auch starker Familien, Alleinstehende sowie die NutzerInnen des Alten- und Servicezentrums einbezieht. Es brauche mehr Orte im Stadtteil, an denen man sich aufhalten kann, Nachbarschaftstreffs für die Wohnerschaft, gerade auch für die Jugendlichen. In diesem Feld sind die genannten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit unverzichtbare Partner des Stadtteilmanagements.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Seit 1998 arbeiten in der Landeshauptstadt Magdeburg die „Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit“ – kurz: Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit (AG GWA). Diese wurden offen für alle Interessierten stadtweit in 22 Stadtteilen installiert, auch in Neu Olvenstedt. Das Stadtteilmanagement und die lokalen Gemeinweseneinrichtungen nehmen an den Sitzungen regelmäßig teil. Die Gestaltungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Struktur sind jedoch beschränkt. Kommunal angegliedert ist diese Gemeinwesenarbeit, die als

stadtteilbezogene Sozial- und Kulturarbeit definiert wird, an die Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung. Der Magdeburger Stadtrat stellt jährlich zur Förderung von Stadtteilprojekten einen „Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ in Höhe von 51.200 Euro für die gesamte Stadt bereit. Anträge auf Förderung können in der jeweiligen AG GWA gestellt werden. Regelmäßige Treffen (bis zu zehnmal/Jahr) finden öffentlich statt, dort wird über die Mittelvergabe aus dem Initiativfonds abgestimmt. Eine solche flächendeckende freiwillige Struktur der Gemeinwesenarbeit ist eine bundesweit einzigartige Säule der Bürgerbeteiligung. Sie wird aus Stadtplanungsperspektive als sinnvolle Vernetzung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit und der Bewohnerschaft, aber nicht als ausreichend für Stadtteile mit besonderen Bedarfen gesehen.

Fallstudie Marburg-Ockershausen / Stadtwald (Hessen)

Durch die Universitätsstadt Marburg werden insgesamt drei Träger der Gemeinwesenarbeit gefördert, die in den Stadtteilen Richtsberg, Waldtal und Ockershausen/Stadtwald verortet sind. Trotz Plänen seitens der Kommune und der lokalen Träger seit Anfang der 2000er Jahre wurde das Gebiet Ockershausen/Stadtwald erst 2014 für zehn Jahre ins Programm Soziale Stadt aufgenommen. Begleitend konnten Projektfördergelder über die Programme JUSTIQ und BIWAQ⁴ eingeworben werden. Zusätzlich gibt es seit 2014/15 wieder eine hessische Landesförderung für Gemeinwesenarbeit, die allerdings nach zehnjähriger Pause konzeptionell anders ausgestaltet ist als das Vorgängerprogramm und sich eher auf Geflüchtetensozialarbeit konzentriert sowie mit weitaus geringeren Mitteln ausgestattet ist. Darüber hinaus werden die drei historisch gewachsenen Träger der Gemeinwesenarbeit in Marburg durch kommunale Förderung unterstützt. Die Höhe des Zuschusses ist vertraglich geregelt und wird jedes Jahr in Höhe des Beschlusses der Jugendhilfekommission angepasst. In den jährlichen Leistungsgesprächen wird die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit besprochen.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit e.V. (IKJG)

Die IKJG ist der jüngste der drei kommunal geförderten Träger der Gemeinwesenarbeit in Marburg. Entstanden ist der Verein Mitte der 1980er Jahre aus einer Hausaufgabenbetreuung und einer Frauengruppe in einer Wohnung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Über einen Bus und einen Pavillon vergrößerte sich das Angebot des Vereins weiter, so dass er immer wieder aufgrund von Kapazitäts- und Raumpengpässen umziehen musste, bis schließlich der heutige Standort auf dem ehemaligen Kasernengelände gefunden wurde. Der Träger hat sich durch das „Aufspringen auf Förderwellen“ entsprechend der Förderlogiken und der Bedarfe im Stadtteil entwickelt. Heute hat die IKJG ein jährliches Budget von rund einer Million Euro, davon sind 70 Prozent kommunale Förderung, 30 Prozent werden über Kleinprojekte, u.a. eine halbe Personalstelle für das Soziale Stadt-Quartiersmanagement, finanziert. Die IKJG versteht

⁴ „JUSTIQ – Jugend stärken im Quartier“ ist ein ESF-Modellprogramm von BMFSFJ und BMI (<https://www.jugend-staerken.de/just/programme/jugend-staerken-im-quartier>). Das ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ (BMI) ist Partnerprogramm des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt (https://www.biwaq.de/BIWAQ/DE/Home/home_node.html).

ihre Rolle als „Brückenbauerin“ zwischen den unterschiedlichen Teilgebieten und Bevölkerungsgruppen einerseits sowie andererseits zwischen der Zivilgesellschaft und dem professionellen System aus Politik und Verwaltung.

Bettina-von-Arnim-Schule / Verein für Heilende Erziehung Marburg e.V.

Die Bettina-von-Arnim-Schule wurde 1977 als Förderschule mit Waldorf-Konzept gegründet und ist seit 2007 am jetzigen Standort auf dem ehemaligen Kasernengelände im Stadtwald ansässig. Der Trägerverein leitet noch ein Wohnheim für Menschen mit Behinderung im Umland von Marburg. Heute bietet die Bettina-von-Arnim-Schule eine Förderschule für Kinder mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, körperliche Behinderung, geistig-emotionale Entwicklung und Lernen von der ersten bis zur 13. Klasse. Des Weiteren wurden 2015 eine inklusive Regelgrundschule sowie 2019 ein inklusives Kindergarten-Angebot gegründet, bei denen jeweils rund ein Drittel der Kinder Förderbedarf aufweisen. Als privater Bildungsträger wird die Schule über das Ersatzschulfinanzierungsgesetz (90 Prozent der Mittel, die das Land in staatlichen Schulen aufbringt) finanziert sowie ein jährlicher kommunaler Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro gewährt und Schulgeld von 50 bis 300 Euro pro Monat pro Kind erhoben. Die Bettina-von-Arnim-Schule wurde von der Stadt bei der Suche nach dem heutigen Standort sowie über die Gewährung eines zinslosen Darlehens für den Erwerb des Grundstücks und den Bau der Räumlichkeiten unterstützt. Im Selbstverständnis sieht sich die Schule als integraler Bestandteil des Stadtteils. Allerdings kommt die Mehrheit der Kinder von außerhalb des Stadtteils. Beliebt ist die Schule im Stadtteil v.a. aufgrund ihres Schulgeländes. Der Schulhof steht der Stadtteilbevölkerung auch nach Schulende offen, so dass der dort vorhandene Spielplatz und ein Streichelzoo vor allem von Familien mit kleinen Kindern nachmittags und am Wochenende genutzt werden können.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Gemeinwesenarbeit sowie Quartiersmanagement werden im Stadtteil von der IKJG geleistet. Die Unterschiede werden dabei als „schwimmend“ bezeichnet. Nach Absetzung der hessischen Landesförderung für Gemeinwesenarbeit wurde die Stadtteilarbeit kleinräumig über Projekte versucht aufrechtzuerhalten, aber gleichzeitig weiter die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt vorangetrieben. Das Quartiersmanagement wurde dann an den Träger der Gemeinwesenarbeit angegliedert und nicht extern besetzt. Laut den Akteuren vor Ort hat dies Vor- und Nachteile. Mit dem Einsatz der IKJG und deren langjähriger Erfahrung waren von vornherein eine enge Verzahnung zur Kommunalverwaltung und detailliertes Wissen über die Strukturen und Netzwerke im Stadtteil gegeben. Allerdings ist gerade auch im Bereich der Evaluation und Analyse ein externer Blick hilfreich, u.a. für die politische Lobbyarbeit. Wichtig war den lokalen Akteuren jedoch, dass das Quartiersmanagement nicht nur die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts aus stadtplanerischer Sicht vorantreibt, sondern die Perspektive der Bewohnerschaft miteinbezieht. Für den Träger bedeutet das eine Doppelrolle, die aber personell aufgeteilt wurde und historisch über getrennte Förderung gewachsen ist. Dies ist v.a. für die Außenwirkung z.B. in Moderationsprozessen wichtig, weil dadurch andere Akteure oder die Bewohnerschaft die Perspektiven des Trägers der Gemein-

wesenarbeit und des Quartiersmanagements als Moderatorin und Interessenvermittlerin besser voneinander unterscheiden können. Generell wird Gemeinwesenarbeit als „Sprachrohr“ der Zivilgesellschaft und Lobbyistin der Bewohnerschaft und auch als „Brückenbauerin“ zwischen Bewohnerschaft sowie Politik und Verwaltung gesehen. Das Quartiersmanagement ist dabei zusätzlich als „vermittelnde Zwischensteuerung“ vor Ort tätig, die alle Interessen einzu-beziehen und auszugleichen versucht.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Die strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit in Marburg ist über die jährlichen Leistungsgespräche als dialogisches Verfahren von Trägern und Stadtverwaltung seit 2003 institutionalisiert. Als Grundlage für die Gespräche dienen die Jahresberichte der Träger. Der Prozess wird als sehr ressourcen- und zeitintensiv, aber auch als enorm wichtig wahrgenommen, da über die Gespräche eine Vertrauensbasis und eine gute Zusammenarbeit geschaffen wurde und zudem die Flexibilität für dynamische Bedarfsentwicklungen gegeben ist. Zudem bietet das Verfahren eine zusätzlich abfedernde Wirkung bei politischen Veränderungen. Im Jahr 2018 gab es beispielsweise große politische Veränderungen durch einen neuen Magistrat sowie einen Generationenwechsel in der Verwaltung, wodurch neue Kommunikationsstrukturen entwickelt werden mussten und kurzzeitig starke Lobbyarbeit seitens der Träger der Gemeinwesenarbeit notwendig war, um die kommunale Förderung beizubehalten. Die Sicherung des Status quo war laut den Akteuren u.a. aufgrund der abfedernden Wirkung der regelmäßigen Kommunikation mittels der Dialogverfahren möglich. Der Wunsch nach und die Entwicklung hin zu mehr Transparenz seitens der politischen Entscheidungsträger sowie eine langfristige Finanzierungssicherheit der Träger sind die Ziele eines gemeinsamen Umstrukturierungsprozesses der Gemeinwesenarbeit. Dies soll über Rahmenverträge versucht werden zu gewährleisten. Die jährlichen Leistungsgespräche sollen aber weiterhin für bestimmte Themen als transparente Evaluationskriterien genutzt werden. Der zu starken Versäulung wird mit den Dialogverfahren entgegenzuwirken versucht. Jedoch wird beispielsweise die Aufgliederung, welche Zielgruppen erreicht wurden, als ein Erfolgskriterium in der Evaluation als notwendig erachtet. Die Gefahr von zu großen Abhängigkeiten durch die institutionalisierte kommunale Förderung wird durchaus kritisch beurteilt. Die Träger sind sich aber dessen bewusst und haben sich aufgrund ihres Selbstverständnisses und ihrer langjährigen Erfahrung ein Selbstbewusstsein erarbeitet, der Stadtverwaltung auf „Augenhöhe“ zu begegnen.

Fallstudie Schwäbisch Gmünd-Hardt (Baden-Württemberg)

Im innenstadtnahen Stadtteil Hardt leben rund 3.000 Menschen. Mit dem Zuzug russischer Aussiedler seit den 1990er Jahren leben dort viele kinderreiche, junge Familien. Der Migrationsanteil im Stadtteil beträgt über 70 Prozent. Der Anteil der Senioren wird laut städtischem Demografiebericht im kommenden Jahrzehnt stark zunehmen. Im Stadtteil gibt es ein Süd-Nord-Gefälle: An der Südlage des so genannten Sonnenhügels wohnen gut situierte BürgerInnen, im Norden liegen die Geschosswohnungsbauten aus den 1960er Jahren mit überdurchschnittlichem Anteil von SozialleistungsempfängerInnen. Die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit liegen im Stadtteil verteilt, eine besondere Rolle hat das Bildungs- und Familienzentrum, direkt neben der Grundschule. Auf dem Hardt entsteht auf dem ehemaligen Gelände der

Hardtkaserne das Baugebiet „Neues Wohnen am Sonnenhügel“, das mit neuen Bevölkerungsgruppen (z.B. durch Studierendenwohnungen der benachbarten Pädagogischen Hochschule, Mehrgenerationen- und Mehrkulturenhaus und Baugruppen), Infrastrukturplanungen und der Neuanlage von Verkehrswegen und Plätzen das Quartier verändern wird.

2016 wurde Schwäbisch Gmünd-Hardt in das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Die Stadtteilkoordination (Quartiersmanagement) auf dem Hardt betreibt die Aktivierung der Bewohnerschaft unter Beteiligung der Stadtspitze und in regelmäßigen Stadtteilforen. Es geht um Lebensqualität in der Nachbarschaft und den Aufbau einer generationenübergreifenden Gemeinschaft im Stadtteil, konkret auch um die Auseinandersetzung mit den Planungen und deren Auswirkungen auf das soziale Gefüge auf dem Hardt.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Bildungs- und Familienzentrums BiKiFa

Das BiKiFa Hardt ist ein Zusammenschluss der Grundschule Hardt, der Kita St. Elisabeth, des Familien- und Nachbarschaftszentrums FuN, des Jugendtreffs Hardt sowie der Stadtteilkoordination in konzeptioneller und räumlicher Hinsicht. Im Rahmen des Forschungsprojektes „Orte der Integration im Quartier“ (BMVBS/BBSR) wurde das BiKiFa von 2011 bis 2014 konzipiert, ab 2014 dann durch die Stadt Schwäbisch Gmünd aufgebaut. Anteilige Personalkosten für die Leiterinnen der Grundschule Hardt, der Katholischen Kindertagesstätte St. Elisabeth und der Stadtteilkoordinatorin Hardt werden für den Aufbau und Betrieb des Zentrums eingesetzt. Durch die Zusammenlegung im Zentrum des Stadtteils entstanden Synergieeffekte vor allem für Familien und deren Kinder, die „lückenlos“ von der Geburt bis zur weiterführenden Schule begleitet werden können. Das Stadtteilbüro des Quartiersmanagements (Stadtteilkoordination) befindet sich im ersten Stock des Bildungs- und Familienzentrums BiKiFa. Zur Verfügung stehen ein Büroraum, ein Besprechungsraum, ein Gruppenraum und – für größere Veranstaltungen – die Mensa der direkt benachbarten Grundschule.

Familien- und Nachbarschaftszentrum FuN

Das Familien- und Nachbarschaftszentrum, das derzeit noch in einem anderen Gebäude im Stadtteil untergebracht ist, bietet interkulturelle und integrative Arbeit auf dem Hardt an, darunter einen Mittagstisch und Deutsch-Sprachkurse. Es ist unter anderem eine erste Anlaufstelle für Beratung in verschiedenen Lebensfragen, auch bezüglich Behörden oder Arbeitslosigkeit. Träger ist der JuFuN e.V. – Verein für Jugend-, Familien- und Gemeinwesenarbeit, der auch Träger der Stadtteilkoordination und der Jugendarbeit im Stadtteil ist. Eine Mitarbeiterin übernimmt in Personalunion jeweils mit einer halben Stelle die Leitung des FuN sowie die Stadtteilkoordination.

Bürgerverein Starkes Hardt e.V.

In allen Stadtteilen von Schwäbisch Gmünd, in denen Quartiersarbeit gemacht wird, derzeit sieben Stadtteile, werden Bürgervereine mit eigener Rechtspersönlichkeit aufgebaut. Das ist auf dem Hardt ein seit 2010 bestehender ehrenamtlicher Zusammenschluss engagierter Bür-

gerInnen des Stadtteils. Der Verein versteht sich als Interessenvertretung des Hardts gegenüber der Stadtverwaltung mit dem Ziel, die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der BewohnerInnen zu verbessern. Er ist auch Ansprechpartner für die Kommune in Fragen, die den Stadtteil betreffen, zur Bündelung von Bürgermeinungen und Bürgerinteressen. Gleichzeitig führt er eigenverantwortlich Aktivitäten wie Baumaßnahmen zur Verschönerung des Stadtteils und Feste durch.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Bei der Stadtteilkoordination geht es um Lebensqualität in der Nachbarschaft und den Aufbau einer generationenübergreifenden Gemeinschaft im Stadtteil. Auf dem Hardt ist diese Aufgabe pragmatisch zwischen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit angelegt. Auch die Bezeichnung für die Tätigkeit ist eine andere, um die Verzahnung herzustellen und nicht Gefahr einer zu engen Zuschreibung zu laufen. Eine Bündelung der Aufgaben zusammen mit einer Verbesserung der sozialen Infrastrukturausstattung wird angestrebt. Dabei ist die (bauliche) Weiterentwicklung des Bildungs- und Familienzentrums mit der dann auch räumlichen Zusammenlegung mit dem Nachbarschaftszentrum und der Seniorenarbeit als einem Ort der Integration mit neuen Kooperationsmöglichkeiten beabsichtigt.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Am Beispiel von Schwäbisch Gmünd-Hardt wird eine starke kommunale Rolle mit anteiliger Regelfinanzierung der Quartiersarbeit deutlich. Die Rolle der Kommune ist in Schwäbisch Gmünd aktiv und gestaltend, sie hat ihr Steuerungsverständnis gleichzeitig aber auch erweitert: Die Steuerung erfolgt über die kommunale so genannte „Stadtteilkoordination“ (Quartiersmanagement), die seit 2013 beim Amt für Familie und Soziales angesiedelt ist und die sich aus der guten Erfahrung mit dem Quartiersmanagement der Sozialen Stadt in früheren und weiteren laufenden Programmgebieten in Schwäbisch Gmünd entwickelt und verstetigt hat.

Durch einen Beschluss des Gemeinderates im Februar 2018 ist die Stadtteilkoordination in den vier Kernstadtteilen, darunter auch das Hardt, dauerhaft verankert. In drei weiteren Stadtteilen wurden über Kooperationsverträge mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege StadtteilkoordinatorInnen installiert, mit finanzieller Unterstützung durch das Deutsche Hilfswerk DHW. Die Steuerung liegt auch hier in der Hand der Kommune. Die erfolgreiche Einwerbung weiterer Fördermittel zur Aufstockung der Personalstellen und die Aktivierung von Engagement dienen als Bereicherung der Themen und der Nachhaltigkeit der Gemeinwesenarbeit vor Ort. Allerdings ist der Aufwand für die zusätzliche Fördermittelakquise für das zuständige Amt, insbesondere die Amtsleitung, und die StadtteilkoordinatorInnen, erheblich. Als effektiver, wertschätzender und weniger belastend für die Beschäftigten werden Vollzeitstellen im Sinne der Daueraufgabe Quartiersarbeit von den Befragten der Fallstudie eingeschätzt.

Eine komplexe Projektsteuerung gilt in Schwäbisch Gmünd als wichtig, um ressortübergreifend und nachhaltig zu agieren. Ab 2020 wurden die vier städtisch finanzierten StadtteilkoordinatorInnen auf dauerhafte 75 Prozent-Stellen angehoben (bisher 50 Prozent-Stellen). Ziel für jedes Quartier sind 100 Prozent-Stellen; für die notwendige Aufstockung werden Drittmit-

tel eingeworben. Der Stellenanteil wird dann an die StadtteilkoordinatorInnen weitergegeben. Im Übrigen wird in Schwäbisch Gmünd aufgrund des sichtbaren Erfolges und der positiven Wahrnehmung der Quartiersarbeit in der Bevölkerung, der Politik und der Verwaltung versucht, die sieben derzeit vorhandenen Quartiersmanagement-Stellen dauerhaft abzusichern und dies auch in weiteren Stadtteilen umzusetzen. Eine dazu angedachte Option ist der Umbau der in elf Stadtteilen vorhandenen städtischen Ortsverwaltungen in Richtung der Übernahme von Aufgaben des Quartiersmanagements. Damit wäre eine flächendeckende und nachhaltige Versorgung mit Quartiersmanagement in allen 16 Gmünder Stadtteilen gewährleistet.

Fallstudie Sulzbach-Altenwald / Mitte (Saarland)

Seit 1999 ist Altenwald Programmgebiet der Sozialen Stadt im Rahmen des saarländischen Förderansatzes „Stadt-Vision-Saar“ (bis 2009), bei dem Städtebaufördermittel und EU-Strukturfonds-Mittel zusammengeführt wurden. Ein Jahr nach Vorlage des Handlungskonzeptes wurde das Programmgebiet Altenwald 2002 auf Antrag der Stadt Sulzbach um den Bereich Sulzbach-Mitte erweitert. Inhaltlich zeichnete sich das Konzept durch einen sehr breiten Handlungsansatz aus, der deutlich über rein städtebauliche Maßnahmen hinausging. Die Gemeinwesenarbeit in Sulzbach wird vom Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. getragen und hat eine lange Tradition in der Stadt. Die Gemeinwesenarbeit verläuft in unterschiedlichen Entwicklungsphasen: Über Jahre war der Wirkungskreis des seit 1987 in Altenwald aktiven Caritasverbands auf eine ehemalige Schlichtwohnungssiedlung am Rande des Programmgebiets beschränkt. 2001, kurz nach Start des Programms, wurde dieser bewusst auf den gesamten Stadtteil Altenwald ausgedehnt – „vom Brennpunktprojekt zum breiten Beteiligungsprojekt“. Unterstützt durch ESF-Mittel wurde im April 2001 ein Büro für Gemeinwesenarbeit unweit des Marktplatzes in Altenwald eröffnet. Seit 2015 sitzt die Gemeinwesenarbeit als Stadtteilbüro im Sulzbacher Zentrum und ist dort auch für neue Aufgabenfelder zuständig.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Stadtteilbüro Sulzbach

Die inhaltlichen Aufgaben liegen in der Sozialberatung, seit dem erhöhten Migrantenzuzug 2015 aber auch in der Migrationsberatung sowie in der Kinder-, Familien- und Jugendarbeit. Gegenwärtig arbeiten vier bis fünf Beschäftigte (4,5 Vollzeitäquivalente) im Stadtteilbüro der Gemeinwesenarbeit, betreuen nach eigenen Angaben ca. 320 Bedarfsgemeinschaften und bearbeiten jährlich rund 9.300 Kontakte (2018). Die Gemeinwesenarbeit Sulzbach wird finanziert durch den Regionalverband Saarbrücken, die Stadt Sulzbach und den Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. und übernimmt zunehmend auch gesamtstädtische soziale Dienstleistungsangebote und -aufgaben. Insofern hat sich in Sulzbach die Arbeit von der klassischen Gemeinwesenarbeit in einem überschaubaren benachteiligten Quartier hin zu einem umfassenden sozialen Dienstleistungsanbieter für die Stadt Sulzbach entwickelt.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Als Schnittstelle zwischen Stadtrat, Verwaltung und Programmgebiet und als „Gesicht“ für die Programmumsetzung wurde im Oktober 2000 ein Stadtteilmanager eingestellt, dessen Arbeit aber 2011 nach Auslaufen der Förderung und einer Übergangszeit endete. Innerhalb der Verwaltung war der Stadtteilmanager dem Bauamt unterstellt und arbeitete eng mit der örtlichen Gemeinwesenarbeit zusammen. Zu den wichtigsten Aufgaben des Stadtteilmanagers gehörten die Koordination und Umsetzung von Aktivierungs- und Beteiligungsaktivitäten (z.B. die Moderation des Stadtteilbeirats und der Stadtteilkonferenz), die Projektentwicklung vor allem in zusätzlich akquirierten Programmen, die Unterstützung der Stadtteilakteure (z.B. der Dorffinteressengemeinschaft Altenwald e.V.) und die Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Redaktion der Stadtteilzeitung). Zusätzlich wurde durch die Teilnahme an Stadtrats- und Ausschusssitzungen der direkte Kontakt zur Politik sichergestellt. Mit der Nicht-Weiterführung des Quartiersmanagements mussten viele beteiligungsorientierte Aufgaben, die bislang vom Quartiersmanagement in guter Aufgabenteilung mit der Gemeinwesenarbeit bearbeitet wurden, durch das Stadtteilbüro der Gemeinwesenarbeit übernommen werden.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Bis 2015 gab es eine trilaterale Vertragsbeziehung zwischen der Stadt Sulzbach, dem Regionalverband Saarbrücken als Landkreis und dem Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. als Träger. Diese Beziehung wurde aufgrund divergierender Vorstellungen über die Arbeitsbereiche der Gemeinwesenarbeit zunächst beendet. Seitdem fand zwar weiterhin eine Finanzierung der Gemeinwesenarbeit statt, allerdings nicht vertraglich abgesichert. Seit einem Ratsbeschluss im März 2019 und der Unterzeichnung im April 2019 gibt es neue, auf fünf Jahre festgelegte Finanzierungsverträge, mit denen sich die Kooperation zwischen der Stadt Sulzbach und der Gemeinwesenarbeit auch formell wieder intensiviert hat. Dass die Gemeinwesenarbeit sich vom anwaltlichen Vertreter benachteiligter Menschen in einer Nachbarschaft zu einem umfassenden sozialpolitischen Dienstleister für die Stadt entwickelt hat, ist auch auf strukturelle Veränderungen im Verwaltungsgefüge sowie politische Veränderungen an der Spitze der Stadt zurückzuführen. So wurden die bisherigen Aufgaben des städtischen Sozialamtes auf Kreisebene zentralisiert, so dass es in der Stadt selbst kein Sozialamt mit MitarbeiterInnen vor Ort mehr gibt. Dies hat die Tendenz verstärkt, die Gemeinwesenarbeit des Caritasverbands zu einem zentralen und ortsnahen Anbieter sozialpolitischer Angebote für die Stadt auszubauen, um diese Lücke zu füllen.

Aus Sicht der Gemeinwesenarbeit wäre für die Intensivierung der Netzwerkarbeit die (Wieder-)Schaffung einer Stelle für eine/n StadtteilmanagerIn eine deutliche Entlastung. Hieraus müsste sich eine gemeinsame neue Aufgabeneinteilung ergeben. Die Entlastung bestünde darin, nicht mehr der einzige Netzwerkverantwortliche zu sein. Die wesentliche Aufgabe eines Stadtteil-/Quartiersmanagements wäre die Koordinations- und Vernetzungsfunktion, besonders auch mit verschiedenen Feldern der Verwaltung, nicht nur der Spitze. Ein Quartiersmanagement könnte Bürgerbeteiligungen und -versammlungen, Bildungsforen und weitere Aufgaben in den Fokus nehmen, die von der Gemeinwesenarbeit derzeit nur punktuell geleistet werden können.

Fallstudie Trier-Nord (Rheinland-Pfalz)

Ein Teilgebiet des Stadtbezirks Trier-Nord ist seit 2000 Programmgebiet der Sozialen Stadt mit ca. 4.500 EinwohnerInnen, es galt bereits seit den 1970er Jahren u.a. aufgrund seiner prekären Wohnverhältnisse als sozial benachteiligt. Die Bevölkerung lebte überwiegend in großen ehemaligen preußischen Kasernen aus den Jahren 1910/1912, die notdürftig als Wohnungen hergerichtet waren. Der Bund als Eigentümer wollte diese Wohnungen verkaufen, es fand sich jedoch kein lokaler Interessent. Im Bürgerhaus Trier-Nord gab es seit Ende der 1970er Jahre Gemeinwesenarbeit, aus der heraus dann 1991 die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg eG (WOGEBE) mit dem Ziel gegründet wurde, die dort lebende Bevölkerung mit gutem Wohnraum zu versorgen. Grundlage war die Erkenntnis, dass soziale Arbeit mit allen Beratungsangeboten nicht ausreicht, sondern an den Lebensbedingungen der Menschen etwas in Form von baulichen Investitionen verändert werden musste. Zielsetzung war und ist es, soziale und städtebauliche Probleme strukturell anzugehen. Die Wohnungen waren marode, die Bewohnerschaft hatte auf dem Wohnungsmarkt kaum eine andere Perspektive. Die Aufnahme in das Programm Soziale Stadt war wichtig, da die WOGEBE über Fördermittel des Landes zwar Sozialwohnungen bauen, aber nicht darüber hinaus für die Infrastruktur sorgen konnte.

Wichtigste Angebote der Gemeinwesenarbeit im Quartier

Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg WOGEBE

Seit 2001 ist die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg WOGEBE die Trägerin des Quartiersmanagements, finanziert über das Programm Soziale Stadt. Innovativ war zu Beginn der 1990er Jahre die Verknüpfung des Handlungsfelds Wohnen mit der Perspektive einer integrierten sozialen Stadtteilentwicklung. Die WOGEBE sieht sich als „Stadtteilgenossenschaft“, hat heute ca. 650 Mitglieder und versorgt etwa 1.400 Personen mit Wohnraum. Sie verfügt über einen Bestand von 527 Wohnungen, davon sind 70 Prozent sozialer Mietwohnungsbau. Die Durchschnittsmiete beträgt 5,10 Euro/qm. Die Grundstücke sind per Erbbaurechtsvertrag von der Stadt Trier gepachtet, mit der es eine enge Abstimmung hinsichtlich der Strategien zur Wohnungsversorgung im Stadtteil Trier-Nord gibt. Die Wirtschaftlichkeit der Wohnungsgenossenschaft zu sichern – unter Berücksichtigung der schwierigen sozialen Lage der Bewohnerschaft – ist eine der komplexen Herausforderungen.

Bürgerhaus Trier-Nord

Im Bürgerhaus Trier-Nord e.V. als Einrichtung der Gemeinwesenarbeit wird die originäre Beziehungsarbeit in Gruppen geleistet. Gemeinwesenarbeit ist im Stadtteil bereits in den 1980er Jahren aus einer universitären Initiative heraus entstanden, 1983 wurde das Bürgerhaus eröffnet, das sich als Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe bis heute als Zentrum für Sozialarbeit, Kultur, Begegnung und Stadtteilentwicklung begreift. Dort finden zahlreiche Angebote für alle BewohnerInnen des Stadtteils, auch Familienberatung, statt. Es ist in eine gewachsene soziale Infrastruktur in Trier-Nord eingebettet: Entstanden sind drei Kindertagesstätten, zwei Kinderhorte, eine Baby- und Krabbelstube und ein Jugendzentrum. Keine Einrichtung befindet sich in städtischer Trägerschaft, meist sind es kleine Vereine, die aber finanziell in hohem Maße von der Stadt Trier finanziert werden.

transcultur e.V.

Im Rahmen des Modellvorhabens UTOPOLIS der Ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt⁵ wird in Trier-Nord das soziokulturelle Projekt KREAPOLIS des Vereins transcultur e.V. umgesetzt. Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Stadtteil werden in Kreativworkshops bei der Umgestaltung und Namensgebung des Vorplatzes vor dem Bürgerhaus in Trier-Nord einbezogen und „besetzen“ den öffentlichen Raum neu. Eine neu eingerichtete Kreativwerkstatt am Beutelweg hat eine wichtige aktivierende und identitätsstiftende Funktion für die Jugendlichen. Im März 2020 wurde der Vorplatz offiziell nach dem ehemaligen Trier-Norder kommunistischen Widerstandskämpfer, KZ-Lagerältesten von Buchenwald und Landtagsabgeordneten Hans Eiden benannt und heißt jetzt „Hans-Eiden-Platz“.

Kooperation von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement im Quartier

Das in der Wohnungsgenossenschaft angesiedelte Quartiersmanagement unterstützt die Kooperation vor Ort. Das lokale Netzwerk sozialer Akteure umfasst: Kitas, Horte, Schulen, Jugendarbeit, klassische Gemeinwesenarbeit (im Bürgerhaus Trier-Nord), Familienberatung, einen soziokulturellen Verein, Sozialarbeit der WOGEBE, die katholische Pfarrei, die Sozialarbeit der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende des Landes Rheinland-Pfalz und verschiedene Arbeitsgruppen. Gemeinsames Ziel dieses Netzwerks ist der Abbau individueller und struktureller Benachteiligung. Diese Kooperation als Mehrwert für die eigene Arbeit über lange Zeit zu erkennen ist nicht selbstverständlich. Viele der Trägervereine sind von kommunaler Förderung abhängig, was bei Kürzungen freiwilliger Leistungen zu Engpässen führt. Das Quartiersmanagement ist integriert in eine gewachsene Beteiligungsstruktur und fördert den gemeinsamen Blick auf Inhalte, Bedarfe und Entwicklungspotenziale, auch was gemeinsame Projektentwicklung angeht. Es versteht sich als Verbindung der städtebaulichen Strategien der Stadt Trier und der WOGEBE mit der Arbeit der sozialen Träger. Quartiersmanagement wird als strategische und langfristige Aufgabe verstanden und benötigt aus der Trierer Erfahrung immer auch einen Anteil Gemeinwesenarbeit, um das Wissen und Verständnis über die Lebenswelt der Menschen zu haben und daraufhin agieren zu können. Gleichzeitig sind Kenntnisse über Planungsprozesse und Verwaltungshandeln nötig.

Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Das Quartiersmanagement koordiniert und moderiert die Akteure der Gemeinwesenarbeit im Arbeitskreis Trier-Nord. Die VertreterInnen aus den lokalen sozialen Einrichtungen werden kaum für Koordinationstätigkeiten freigestellt, für Stadtteilentwicklung gar nicht. Von allen Beteiligten wird aber die Vernetzung dieser Akteure und die Bündelung ihrer Aktivitäten als wichtig erachtet. Daher wird derzeit diskutiert, wie man trotz auslaufender Programmförderung das bewährte Instrument der sozialen Stadtentwicklung für Trier weiterentwickeln kann. Das Programm Soziale Stadt ist im Amt für Soziales und Wohnen verortet. Die ganzheitliche und ressortübergreifende Sicht ist kommunal aufgrund von Einsparerfordernissen schwierig,

⁵ Das Bundeskabinett hat im August 2016 die Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt "Nachbarschaften stärken. Miteinander im Quartier" beschlossen. Die Bundesregierung stimmt auf dieser Grundlage Ressortprogramme stärker aufeinander ab und setzt sie mit Hilfe von Modellvorhaben für Stadtteile mit besonderen Integrationsanforderungen um (www.miteinander-im-quartier.de).

da Gemeinwesenarbeit im Gegensatz zur Jugendhilfe nicht Pflichtaufgabe ist. In Rheinland-Pfalz wurden 2016 Förderrichtlinien zur „Gewährung von Zuschüssen zur Bekämpfung von Armut und zugunsten von aufzuwertenden Stadt- und Gemeindeteilen“ erlassen, die die Förderung der Gemeinwesenarbeit skizzieren. Dies ist jedoch vor allem eine administrative Hilfestellung für die Kommunen und nicht mit Fördermitteln und Programmatik hinterlegt.

Das äußere Bild des Stadtteils hat sich bereits sehr verändert, inzwischen geht es darum, das Image so zu verbessern, dass sich auch Menschen aus anderen Stadtteilen für das Gebiet interessieren, ohne die ansässige Bevölkerung zu verdrängen. Zu diesen strategischen Überlegungen gibt es in der WOGEBE eine Steuerungsgruppe mit zwei Vorstandsmitgliedern (davon ist einer der Geschäftsführer), einem Architekten und Projektentwickler sowie der Quartiersmanagerin. Es ging in den letzten Jahren verstärkt darum, sich als „Stadtteilgenossenschaft“ auf Trier-Nord zu konzentrieren, eine bewusste Entscheidung, um durch Wohnungen Stabilität und Entwicklung für den Stadtteil anzustreben.

Die WOGEBE entwickelte als jüngstes Projekt das Neubauvorhaben „Wohnen im Quartier“ mit 37 barrierefreien Wohnungen, das 2019 mit einer Mischung aus geförderten und frei finanzierten Wohnungen (veränderte Förderung durch Land Rheinland-Pfalz) bezogen wurde. Der Bau eines Nachbarschaftscafés wurde mit Mitteln (für Investitionen) aus dem Programm „Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben“ des BMFSFJ in Kooperation mit dem Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. gefördert. Im selben Komplex ist ein Pflegedienst mit seiner Geschäftsstelle untergebracht, der im Haus als neues Angebot eine Tagespflege für SeniorInnen betreibt. Damit bleibt eine Orientierung an den Menschen vor Ort gewährleistet, gleichzeitig erfolgt die Öffnung für neue Gruppen von außerhalb gemäß dem Leitbild der Genossenschaft einer Entwicklung ohne Verdrängung.

4.2 Formen der Gemeinwesenarbeit

Im Folgenden wird überblicksartig zunächst auf die in den Fallstudien vorgefundenen Formen der Gemeinwesenarbeit eingegangen, dann auf das Verhältnis der Träger der Gemeinwesenarbeit zum Quartiersmanagement und schließlich die strukturelle Verankerung (Organisation und Finanzierung) dieser Angebote betrachtet.

In den zehn Fallstudien mit Programmen der Städtebauförderung waren überwiegend mehrere und unterschiedliche Einrichtungen vor Ort vorhanden, die Gemeinwesenarbeit durchführen. Darunter waren auch meist Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen der Eingliederungshilfe waren jedoch selten eingebunden. In den beiden Fallstudien, die außerhalb einer Städtebauförderkulisse liegen, sind jeweils spezielle Formen der Gemeinwesenarbeit, die aus zielgruppenspezifischen Fragestellungen heraus entwickelt wurden, vorzufinden, die von einem lokalen Bürgerverein (Mehrgenerationenhaus Eching) bzw. einem Träger der Eingliederungshilfe (Q8: Ev. Stiftung Alsterdorf Hamburg) getragen werden.

In den meisten Fallstudiengebieten spielen zielgruppenübergreifende Begegnungs- oder Nachbarschaftszentren bzw. Bürgerhäuser mit der Bündelung unterschiedlicher Angebote und Funktionen eine zentrale Rolle in der Gemeinwesenarbeit und der Stadtteilentwicklung. Häufig sind diese Einrichtungen auch Standorte des jeweiligen Quartiersmanagements. In ei-

nigen Fällen sind es Mehrgenerationenhäuser, die die Funktion von Ankerpunkten und „Stadtteil- oder Quartierszentren“ übernehmen. Durch bauliche Investitionen der Städtebauförderung sind solche multifunktionalen Einrichtungen in einigen Stadtteilen modernisiert oder neugeschaffen bzw. erweitert worden. Die investiven Möglichkeiten der Städtebauförderung führen hier zu einer infrastrukturellen Absicherung solcher Einrichtungen und tendenziell auch zu einer Bündelung und Zentralisierung von Angeboten in Gebäuden an einem Standort. Demgegenüber bleibt die Finanzierung der Personal- und Betriebskosten allerdings durchgehend prekär.

Die personelle Ausstattung mit oftmals nur anteiligen und befristeten Personalstellen ist fast immer unzureichend gegenüber den vielfältigen Anforderungen. In wenigen positiv hervorstechenden Fällen wurden die Investitionen in die Quartiersarbeit als zentral für eine positive Entwicklung des Gemeinwesens reklamiert und damit die Personalkosten langfristig gesichert (z.B. Schwäbisch Gmünd, Eching).

Die Trägerkonstruktionen dieser Einrichtungen sind ganz überwiegend von freien Trägern unterschiedlicher Art geprägt. Häufig sind es Vereine freier Initiativen mit unterschiedlich weit reichender Historie und Tradition bis hinein in die 1970er Jahre. Gleichermaßen relevant sind die freien Wohlfahrtsverbände als Träger oder in einigen Fällen auch als kooperierende Trägerverbände (z.B. Hamm). Nur in einem Fall (Fachdienst Gemeinwesen in Emden) tritt die Kommune als Träger der Gemeinwesenarbeitseinrichtung auf.

Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit starker Stadtteilorientierung stehen prototypisch für sozialraumbezogene Öffnungsprozesse in ihrer Fachdisziplin. Mit ihren lebenslagen- und sozialraumbezogenen Arbeitsweisen nehmen sie für ihre Zielgruppen und häufig auch über diese Zielgruppen hinaus wichtige Aufgaben und Funktionen für den Stadtteil bzw. das jeweilige Quartier als Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit wahr.

4.3 Verhältnis von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement

Zur Betrachtung der Beziehung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in den Fallstudien wurde auf drei Kategorien zurückgegriffen, die aus der Desk Recherche und den ExpertInnengesprächen resultieren (vgl. Kap. 2.3).

Unterschieden wurde zwischen

- einem komplementären Verhältnis (Arbeitsteilung),
- einem integrierten Ansatz (Zusammenarbeit) und
- einer oppositionellen Variante (Konflikt).

Basierend auf den Erhebungen und Einschätzungen wurde die Situation vor Ort jeweils einer Kategorie zugeordnet, in einzelnen Fällen war dies nicht eindeutig möglich. Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Zuordnung durch subjektive Einschätzungen beeinflusst ist.

Bei den Fallstudien überwiegt das integrierte Modell deutlich: Eine aktive und intensive Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement ist in der Mehrheit gegeben. Dies korrespondiert auch mit den Ergebnissen aus der Fragebogenerhebung. Die inten-

sive Zusammenarbeit macht sich beispielsweise an der strategischen Qualifizierung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit für die Stadtteilarbeit (Berlin-Wassertorplatz) oder an der räumlichen bzw. personellen Nähe der zuständigen Träger (Frankfurt (O.), Jena) fest. Die direkte Verankerung in den kommunalen Strukturen (Emden, Schwäbisch Gmünd) führt zu längerfristigem integrativem Handeln im Sinne personeller Verstetigung. Auch die historisch aus einem eher oppositionellen Verhältnis entstandenen Gemeinwesenarbeitsstrukturen (Marburg, Trier) sind in ein integriertes Verhältnis übergegangen, behalten aber durchaus ihren starken Eigensinn. Ein komplementäres Verhältnis liegt z.B. vor, wenn Gemeinwesenarbeit eigene Koordinationsstrukturen aufbaut (Arbeitsgruppen in Magdeburg), das Quartiersmanagement ausläuft und teilweise durch Gemeinwesenarbeit aufgefangen wird (Sulzbach) oder die inhaltlichen Schwerpunkte sich differenzieren (Hamburg Q8).

4.4 Strukturelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit

Hinsichtlich der strukturellen Verankerung der Einrichtungen und Angebote zeigt sich in den Fallstudiengebieten ein vielfältiges Bild (Abb. 27), das in etwa die Bandbreite der in der Desk Recherche erhobenen Varianten wiedergibt.

Als „strukturelle Verankerung“ wurden angesehen:

- die Einbettung in organisationale Arrangements und Trägerstrukturen,
- die inhaltliche Einbindung in Arbeits- und Geschäftsbereiche der Träger,
- die Form der Finanzierung und
- die Nachhaltigkeit der Absicherung, z.B. durch Vertragslaufzeiten und -modalitäten.

Einrichtung	Strukturelle Verankerung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit		
	Organisational (Trägerstruktur)	(Inhaltlicher) Schwerpunkt der Arbeit	Finanzierungsstruktur (verschiedene föderale Ebenen)
Berlin-Wassertorplatz			
MehrGenerationenHaus Wassertor	Wassertor e.V.	generationen- und kulturübergreifende Einrichtung, Sitz mehrerer Kiez-Initiativen, Koordination Kiez-Netzwerk	Finanzierungsmix: Kommune, Land, EU, Stiftungen/Kirchen, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Umbau/Neubau, Inneneinrichtung, Durchführung von Projekten); Landesprogramm Stadtteilzentren
Standort Ritterburg	Nestwärme e.V.	Kita, Kinderfreizeitstätte und Familienzentrum als Ensemble, niedrigschwellige Bildungs-, Beratungs-, Austausch- und Freizeitangebote	Finanzierungsmix: Kommune, EU, Stiftungen/Kirchen, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Umbau/Neubau, Inneneinrichtung, Durchführung von Projekten)
Soziokulturelle Projekt-räume „Bona Peiser“	Wassertor e.V.	Begegnungsort im nördlichen Erweiterungsgebiet (seit 2018)	Kommune, Soziale Stadt (Inneneinrichtung, Betriebs-/Personalkosten)
Eching			
MehrGenerationenhaus	Lokaler Bürgerverein	generationsübergreifende Begegnungsangebote (Treffpunkt)	Finanzierungsmix: Kommune, Kranken- und Pflegekassen, Selbstzahler, Bund: BMFSFJ (MGH-Förderung), ESF
Emden-Port Arthur/Transvaal			
Stadtteiltreff „Unner de Boomen“	Stadt Emden, Fachdienst Gemeinwesen	Bewohnertreff (zielgruppenübergreifend), Bündelung von Beratungsangeboten	Finanzierungsmix: Kommune, Land
Begegnungsstätte Pumpstation	Bürgerverein Port Arthur/Transvaal	Anlaufpunkt des Bewohnervereins für BewohnerInnen und Vereine aus dem Stadtteil	Finanzierungsmix: Kommune, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Umbau/Neubau)
Frankfurt Oder-Innenstadt / Beresinchen			
Nachbarschaftsagentur	Miteinander Wohnen e.V.	Kooperation mit Sozialmanagement des kommunalen Wohnungsunternehmens	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Bund, Stiftungen/Kirchen, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt-Mittel (Betriebs-/ Personalkosten, Durchführung von Projekten)
MehrGenerationenHaus MIKADO	Stiftung SPI Niederlassung Brandenburg Süd-Ost	zielgruppenübergreifende Begegnungsangebote (Treffpunkt)	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Bund, Soziale Stadt-Mittel (Umbau/Neubau)
Quartiersmanagement	Stiftung SPI Niederlassung Brandenburg Süd-Ost	Bürgernetzwerk für Innenstadt, Stadtteilforum Mitte	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Bund, Soziale Stadt-Mittel (Betriebs- & Personalkosten)
Hamburg-Mitte Altona Q8			
Q8 - Quartiere bewegen	Evangelische Stiftung Alsterdorf	Netzwerk/Quartierskoordination	Sozialraumzuschlag Land/Behörde Hamburg, Leistungsverträge (auf 5 Jahre) Trägerbudget, Stiftungsmittel

Hamm-Norden			
Stadtteilbüro Hamm-Norden	AWO/KSD	Quartiersmanagement, Vernetzung und Koordinierung, Beteiligungsprozesse, Öffentlichkeitsarbeit	Finanzierungsmix: Kommune, Stiftungen/Kirchen, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Umbau/Neubau, Betriebs-/Personalkosten, Durchführung von Projekten, ESF-Förderung)
Jugendarbeit Hamm-Norden	Jugendarbeit Hamm-Norden e.V.	Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung	Finanzierungsmix: Kommune, Stiftungen/Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Betriebs-/Personalkosten, Durchführung von Projekten)
Familienzentrum Hamm-Norden	Trägerverbund (6 Kitas)	Erziehungs- und Familienberatung	Land, Träger der einzelnen Einrichtungen
Jena-Winzerla			
Stadtteilbüro Winzerla	mittendrin e.V.	Quartiersmanagement, Vernetzung und Projektarbeit	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Bund, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Betriebs-/Personalkosten, Durchführung von Projekten)
Magdeburg-Neu Olvenstedt			
Büro für Stadtteilarbeit Neu Olvenstedt, Stadtteilmanagement & Stadtumbau	Internationaler Bund (IB), IB Mittag GmbH für Bildung und soziale Dienste, Niederlassung Sachsen-Anhalt, Betrieb Nord	Quartiersmanagement, Vernetzung, Moderation, Empowerment, städtebaulich-kulturelle Arbeit	Bund, Land, Kommune: Stadtumbau
Kinder- und Jugendtreff Mühle, Bau-spielplatz Mühlstein	SPIELWAGEN e.V. Verein zur Förderung eines kinder- & jugendgerechten Lebens in der Stadt	sozialpädagogische, generationsübergreifende, kulturelle und gemeinwesenorientierte Angebote	Kommune, Jugendamt: offene Kinder- und Jugendarbeit, Leistungsvereinbarung nach SGB VIII. Projektmittel
lokale Gemeinwesenarbeitsgruppe	Runder Tisch	seit 2000: alle 1-2 Monate Austausch und Vernetzung, langfristige Bürgerbeteiligung, Initiativen, Anwohner, soziale Träger, Stadtverwaltung, Stadtteilmanagement im Stadtteil	Kommune: Fondsverwaltung für aktive GWA-Gruppen (22 in Magdeburg)
Marburg-Ockershausen/Stadtwald			
IKJG	Initiative für Kinder, Jugend und Gemeinwesenarbeit e. V.	Quartiersmanagement, Träger der Kita, zielgruppenübergreifende Kultur- und Beratungsangebote	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Bund, EU, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Inneneinrichtung, Durchführung von Projekten, Quartiersmanagement, BIWAQ, JUSTIQ)
Schwäbisch Gmünd-Hardt			
Familien- und Nachbarschaftszentrum FuN	JuFuN e.V.	Quartiersmanagement, Stadtteilkoordination, Leitung Familien- und Nachbarschaftszentrum	Kommune, Sonstiges (Landkreis), Eigenmittel/Spenden. Fachverwaltung Soziales, Katholische Arbeitnehmerbewegung der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Bildungs- und Familienzentrums BiKiFa	Trägergemeinschaft	konzeptionelle und räumliche Zusammenlegung mit Grundschule, Kita, Familien- und Nachbarschaftszentrum FuN und Stadtteilkoordination	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Eigenmittel/Spenden, Sonstiges (Staatliches Schulamt Göppingen), Soziale Stadt-Mittel (Betriebs- & Personalkosten)
Bürgerverein Starkes Hardt e.V.	ehrenamtlich	Interessenvertretung gegenüber Verwaltung, Verbesserung Lebensqualität im Stadtteil	Eigenmittel/Spenden
Sulzbach-Altenwald / Mitte			
Stadtteilbüro Sulzbach	Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V.	Zielgruppenübergreifende Beratungsangebote, v.a. auch Kinder und Jugendliche, Geflüchtete	Stadt Sulzbach und Regionalverband Saarbrücken, Eigenmittel Caritasverband, jeweils Leistungsverträge (ca. 5 Jahre)
Trier-Nord			
Bürgerhaus Trier-Nord	Verein der Nutzer und Förderer des Bürgerhauses Trier-Nord e.V.	Familien-, Ehe-, Lebensberatung	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Eigenmittel/Spenden, Projektmittel, Soziale Stadt (Umbau/Neubau, Inneneinrichtung)
Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg	Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg e.G.	Quartiersmanagement, Sicherung Wohnraumversorgung	Finanzierungsmix: Kommune, Land, Bund, Eigenmittel/Spenden, Soziale Stadt (Betriebs-/Personalkosten, Durchführung von Projekten)
Kreapolis	Transcultur e.V.	Teilhabe an Bildung und Kultur, Aneignung eines neu gestalteten Platzes im Stadtteil mit Jugendlichen	Stiftungen/Kirchen, Eigenmittel/Spenden, Projektfinanzierung EU/Bund/Land, Soziale Stadt (Umsetzung Programm Utopolis)

Abbildung 27: Strukturelle Verankerung der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen in den Fallstudiengebieten

Die spezifischen Charakteristika der gesamtstädtischen strategischen Einbettung der Gemeinwesenarbeit an den zwölf Standorten verdeutlichen, dass diese immer passgenau auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmt werden muss. Eine direkte Übertragbarkeit ist kaum möglich. Teilweise wurden gesamtstädtisch Vernetzungsstrukturen etabliert, die einen expliziten Gemeinwesenarbeitscharakter haben (Magdeburg, Marburg, Schwäbisch Gmünd, Trier) und die Position stärken, teilweise hat das Quartiersmanagement auf Stadtteilebene diese Rolle übernommen (Frankfurt (O.), Jena) (Abb. 28).

Organisational zeigt sich, dass Gemeinwesenarbeit häufig von lokal verankerten Vereinen durchgeführt wird. Eine komplexe, aber effektive Struktur bilden Trägerverbände und -gemeinschaften, z.B. in Schwäbisch Gmünd-Hardt, oder ergänzend ehrenamtliche Strukturen in Magdeburg-Neu-Olvenstedt; eine Ausnahme stellt der Aufbau des kommunalen Fachdienstes Gemeinwesen in Emden dar.

Inhaltlich wird deutlich, dass Gemeinwesenarbeit entweder den Kern der Einrichtungen bildet oder als ergänzendes, vor allem auf die Angebotsvernetzung und -abstimmung abzielendes Element verstanden wird.

Finanziell ist ein breiter Finanzierungsmix zu erkennen. Vor allem die stadtteilbezogenen Vereine müssen oft auf mehrere Förderquellen zurückgreifen, um sich zu finanzieren. Sie werden von Kommunen beauftragt, zumeist über einrichtungs- und angebotsbezogene Förderung, die oft nicht dauerhaft abgesichert, sondern zeitlich befristet ist. Gemeinwesenarbeit wird in den Kommunen meist als freiwillige Leistung in unterschiedlicher Zuständigkeit finanziert. Eine

personell gut ausgestattete, langfristige Regelfinanzierung ist nicht zu finden, mit Ausnahme von Schwäbisch Gmünd.

Fallstudie	Gesamtstädtische konzeptionelle Einbettung
Berlin-Wassertorplatz	Ankerpunkt zur Verstetigung, u.a. stadtteilbezogene Plattform gemeinwohlorientierter Kooperationen (lokale Unternehmen)
Eching	Übertragung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge, Geschäftsbesorgungsvertrag, gemeinwesenorientiertes Quartierskonzept
Emden-Port Arthur/Transvaal	Gesamtstädtische Koordination: Einrichtung eines kommunalen Fachdienstes Gemeinwesen; Bündelung verschiedener Personalstellen in Stadtteilbüro, um Aufgabenspektrum zu bearbeiten (GWA, QM, Sanierungsberatung etc.)
Frankfurt Oder-Innenstadt/ Beresinchen	Quartiersmanagement mit Vernetzungsfunktion der zahlreichen GWA-Einrichtungen in den Teilgebieten
Hamburg-Mitte Altona Q8	Setzung neuer Themen und Partizipationsansätze (Inklusives Quartier) in Stadt(teil)entwicklung (Land/ Bezirk)
Hamm-Norden	Gesamtstädtische Sozialraumstrategie, vielfältige themen- und stadtteilbezogene Vernetzungsstrukturen
Jena-Winzerla	Themen- und stadtteilbezogene Vernetzungsstrukturen; landesweites Netzwerk
Magdeburg-Neu Olvenstedt	Gesamtstädtische Steuerung / Koordination von stadtteilbezogenen GWA-Arbeitskreisen
Marburg-Ockershausen / Stadtwald	Gesamtstädtischer Arbeitskreis aller GWA-Träger, Leitung GWA-Trägerkreis als Mitglied im Jugendhilfeausschuss, jährlicher Dialogprozess mit Trägern über kommunale GWA-Finanzierung
Schwäbisch Gmünd-Hardt	Systematischer Aufbau sozialraumorientierter Quartiersarbeit mit kommunaler Personalausstattung (Stadtteilkoordination)
Sulzbach-Altenwald / Mitte	Gemeinwesenarbeit des Caritasverbands als kommunaler sozialer "Dienstleister" für die Stadt
Trier-Nord	Gesamtstädtische Strategie stadtteilbezogener Vernetzungsstrukturen: Stadtteil AGs, separate GWA-Arbeitskreise

Abbildung 28: Gesamtstädtische konzeptionelle Einbettung der Gemeinwesenarbeit in den Fallstudien

Die Beispiele außerhalb der Städtebauförderungskulisse haben teilweise innovative Träger- und Finanzierungsmodelle entwickelt (Sozialraumzulage und Trägerbudget in Hamburg; Geschäftsbesorgungsvertrag in Eching), deren Transfer für eine Verstetigung gemeinwesenorientierter Quartiersarbeit im Detail noch zu betrachten ist.

4.5 Zwischenergebnisse der Fallstudienenerhebung

Aus der Fallstudienenerhebung lassen sich die folgenden Zwischenergebnisse zusammenfassen.

- a. Die Einrichtungen und Angebote der Gemeinwesenarbeit in den betrachteten Fallstudien haben viele Facetten und Ausprägungen, sie decken wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge ab und arbeiten konkret an den zentralen Fragestellungen, die das Zusammenleben im Quartier betreffen. Für diese Arbeit stehen meist jedoch weder ausreichende zeitliche

Ressourcen noch eine gesicherte Finanzierung zur Verfügung. Leistung und Bedeutung der Gemeinwesenarbeit sind nicht sofort sichtbar und werden häufig unterschätzt.

- b. Eine enge Bindung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement, räumlich oder in der Trägerschaft, wirkt sich für die Handlungsfähigkeit in den Quartieren zuträglich aus. Voraussetzung dafür ist, dass die jeweiligen Kompetenzen geklärt sind und von allen Seiten als Mehrwert wahrgenommen werden. Die Schaffung und Koordination eines Rahmens für die konkrete Bearbeitung der sozialen und städtebaulichen Missstände sowie die Einbindung in die Kommune sind wichtige Aufgaben, die vor allem durch das Quartiersmanagement gewährleistet werden. Deutlich wird, dass die Ankerpunkte der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen als Orte des sozialen Lebens für die Beziehungsarbeit und den Aufbau stabiler sozialer Netze in vielfältiger Weise, z.B. bei Verzahnung und Pooling der Rechtsfelder, Aktivierung von Engagement und neuen inhaltlichen Anforderungen, Unterstützung benötigen.
- c. Mit dieser strukturellen Kooperation einhergehen sollte eine systematische Einbindung der Akteure der Gemeinwesenarbeit, um dem zielgruppenübergreifenden, befähigungs- und emanzipationsorientierten Anspruch gerecht zu werden.
- d. Die gesamtstädtische Unterstützung in Form einer strategischen Stadtteilkoordination, einer integrierten kommunalen Sozialplanung bzw. von innovativen Trägermodellen der Daseinsvorsorge erweist sich als Impuls für die nachhaltige Förderung von aufsuchender Gemeinwesenarbeit und einer quartiersbezogenen sozialen Infrastruktur.

5. Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten von Gemeinwesenarbeit

Als „strukturelle Verankerung“ werden in dieser Studie die organisationale Einbettung in Trägerstrukturen, die inhaltliche Einbindung in fachliche Konzepte und Aktivitäten sowie die finanzielle Absicherung dieser Aktivitäten verstanden. Die empirischen Erhebungen haben die Vielfalt der Verankerungen gezeigt und die Zusammenhänge zwischen diesen drei Dimensionen verdeutlicht.

Im Folgenden wird der Fokus vor allem auf die finanzielle Absicherung gerichtet, um auszuloten, wie die materielle Grundlage von Gemeinwesenarbeit gestärkt werden kann. Dazu werden die öffentliche Förderlandschaft und mögliche Ansatz- bzw. Ankerpunkte systematisch vorgestellt. Zunächst werden Bund, Länder und Gemeinden betrachtet, infolge dann Ansätze der Wohlfahrtsverbände, Wohnungswirtschaft und Stiftungen. Grundlage für diese Darstellung sind v.a. die Desk Recherche und ExpertInnengespräche sowie die Diskussionen im fachlichen Projektbeirat, der diese Studie begleitet hat (siehe Beiratszusammensetzung im Anhang).

5.1 Förderangebote von Bund, Ländern und Kommunen

Folgende Forschungsfragen sollen hier beantwortet werden:

- Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es auf unterschiedlichen föderalen Ebenen für die Gemeinwesenarbeit in ihrer ganzen Breite?
- Welche Bundesressorts bieten konkrete Unterstützungsangebote für kommunale Gemeinwesenarbeit?

Bundesebene

Das aus dem Programm Soziale Stadt ab 2020 weiterentwickelte Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ hebt noch stärker auf das gemeinschaftliche integrierte Handeln ab, wie bei der Bilanz nach 20 Jahren Sozialer Stadt unterstrichen wurde (BMI 2020b). Dazu gehört die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in verbindlicheren und langfristigen Allianzen auf der Grundlage integrierter Handlungs- und Entwicklungskonzepte, aber auch die stärkere (Finanzierungs-) Beteiligung der Fachbehörden bei der Umsetzung sozialer Aktivitäten und Infrastrukturen.

Mit dem ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ werden seit 2008 quartiersbezogen lokale Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktprojekte und städtebauliche Maßnahmen im Programm Soziale Stadt durchgeführt. Seit 2015 werden mit dem ESF-Modellprogramm von BMFSFJ und BMI „JUSTIQ – Jugend stärken im Quartier“ Angebote für junge Menschen von 12 bis 26 Jahren mit besonderem Unterstützungsbedarf geschaffen. Die Jugendsozialarbeit koordiniert in den Modellkommunen Maßnahmen am Übergang zwischen Schule und Beruf. Mikroprojekte mit Nachbarschaftsbezug sind sozialräumlich einzubetten und dienen auch dazu, einen konkreten Mehrwert für Gebiete der Sozialen Stadt zu schaffen.

Die 2016 im Kabinett beschlossene „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt. Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ auf Bundesebene bietet einen wichtigen Ansatzpunkt zur Förderung der Gemeinwesenarbeit. Städtebauförderung benötigt Andockpunkte an andere Ressorts, um in diesem Aushandlungsprozess von Interessen und Akteuren das Zusammenleben vor Ort zu stärken. In der Umsetzung soll der Sozialraum gemeinsam unterstützt werden. Dies wird durch das BMI bereits mit verschiedenen Nachbarressorts praktiziert, beispielsweise in den Modellprogrammen „UTOPOLIS – Soziokultur im Quartier“ (mit der Beauftragung der Bundesregierung für Kultur und Medien), „Jugendmigrationsdienst im Quartier“ (mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), „Verbraucher stärken im Quartier“ (mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz) und „Mehr gesundheitliche Chancengleichheit im Quartier der Sozialen Stadt“ (mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft).

Mit der Verankerung im Baugesetzbuch haben sich „die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen“ (§ 1, Abs. 6, Nr. 2 BauGB) als Grundsätze der Bauleitplanung etabliert. Unterschiedliche Ressorts und Facherfahrungen sind notwendig, um die Qualität der kommunalen Arbeit für diese Grundsätze, insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen, zu stärken. Die dort verzeichnete räumliche Bündelung sozialer Problemlagen korreliert mit einer höheren sozialen Segregation, die sowohl städtebau- als auch sozialpolitisch relevant ist (vgl. Helbig, Jähnen 2018: 90f.).

Seit einigen Jahren, nicht zuletzt auch durch die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (1999-2002), das Internationale Jahr der Freiwilligen (2001) und das Europäische Jahr zur Förderung der Freiwilligentätigkeit (2011) hat sich die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als eigenständiges Politikfeld etabliert. Sie bildet einen weiteren wichtigen Rahmen für Gemeinwesenarbeit. Das Programm Engagierte Stadt wurde 2015 durch das BMFSFJ zusammen mit mehreren großen Stiftungen (Bertelsmann, BMW, Robert Bosch, Quandt, Körber) und dem Generali Zukunftsfonds aufgelegt. Derzeit fördert es in der dritten Runde lokale Kooperationen unterschiedlicher Akteure, wie z.B. Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Seniorenbüros, um gemeinsame Engagementstrategien lösungsorientiert zu entwickeln (www.engagiertestadt.de).

Im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung wird für die Daseinsvorsorge der Quartiersbezug deutlich formuliert: „Gerade dann, wenn es um soziale Nachbarschaften, um ‚sorgende Gemeinschaften‘, um örtlichen Gemeinsinn geht, werden, so vorhanden, die Identifikationsräume der Bürgerinnen und Bürger unter dem Aspekt der Kohäsion relevant.“ (BMFSFJ 2017: 382) Deshalb wird verstärkt lokales Engagement eingefordert. Die „Bedingungen guten Lebens sind vor Ort zu gestalten“ (ebda.: 76).

Die Errichtung der "Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt" mit Gesetz vom 25. März 2020 bedeutet eine weitere Stärkung in dieser Hinsicht; das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben die Stiftung gemeinsam auf den Weg gebracht. Sie dient dazu, das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt in Deutschland zu stärken, insbesondere in den strukturschwachen und ländlichen Räumen, und will Serviceangebote für die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt bereitstellen, die Vernetzung vor Ort unterstützen, ehrenamtlich Tätige bei der Digitalisierung unterstützen und begleitende Forschungsvorhaben fördern.

In einzelnen Fachdebatten werden Raumbezug und Quartiersentwicklung in strategischen Diskursen, aber auch in Förderprogrammen zunehmend anschlussfähig gemacht. Die Diskurse über Konzepte und Handlungsansätze laufen aber häufig in parallelen fachlichen und praxisorientierten Netzwerken; die Quartiersdimension wird in den Ressorts aus der jeweiligen Logik von Zielgruppen und Handlungsfeldern unterschiedlich interpretiert, was aber insgesamt übergreifende Anknüpfungspunkte im Sinne der Verzahnung der Kompetenzen und des integrierten Handelns bietet (Abb. 29).

Ressorts auf Bundesebene	Ausgewählte Strategien und Programme mit Quartiers-/Raumbezug
BMAS	<p>Bundesteilhabegesetz BTHG bis 2020, personenzentrierte Leistungen der Eingliederungshilfe für Inklusion und Teilhabe, Bedarf an sozialräumlich orientierten und ambulanten Wohnformen</p> <p>„Initiative SozialraumInklusiv – ISI“ (2018), Gestaltung eines inklusiven Sozialraums: barrierefreie Mobilität, Bauen und Wohnen, barrierefreie Gesundheits-, Pflege- und Rehabilitationsleistungen, Kultur und Freizeit sowie neue Wohnmodelle (www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de)</p>
BMFSFJ	<p>Setting-Ansatz in Kinder- und Jugendhilfe, verstanden als alltägliche Lebensumwelt: Mit der Öffnung für informelle und non-formelle Bildung werden Bildungslandschaften, öffentlicher Raum und Quartiersdimension anschlussfähig (Deinet 2010).</p> <p>Das ESF-Partnerprogramm JUSTIQ (mit BMI) ist als sozialraumbezogene Jugendsozialarbeit (12-26 Jahre) in Soziale Stadt-Gebieten konzipiert.</p>
BMFSFJ	<p>„Bedingungen guten Lebens sind vor Ort zu gestalten“ (BMFSFJ, 2. Engagementbericht 2017): Hier wird eine essentielle und damit förderungswürdige Rolle des bürgerschaftlichen Engagements für die Quartiersentwicklung betont.</p>
BMFSFJ	<p>„Hybride Wohlfahrtsproduktion“ (BMFSFJ, 7. Altenbericht 2016): Der Mix aus professioneller Arbeit der sozialen Träger, bürgerschaftlichem Engagement und „sorgender Gemeinschaft“ (caring community) im Wohnquartier für Gesundheit, Prävention und Pflege bedeutet eine Öffnung von der einzelfallbezogenen Sicht zum Nahraum als Handlungsfeld.</p>
BMG	<p>Setting- und Lebenswelt-Ansatz in der Gesundheitspolitik (Präventionsgesetz). Das „Setting Kommune“ betrifft kommunale Gesundheitsförderung sozial Benachteiligter. Gemeinwesenarbeit und benachteiligte Quartiere werden dabei neu nach Zielgruppe und Bedürftigkeitslagen eingeordnet und gefördert.</p>
BMI	<p>Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ (2017-2020). Gefördert werden bauliche Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von sozialer Infrastruktur im Wohnumfeld und deren Weiterqualifizierung zu Orten des sozialen Zusammenhalts und der Integration; auch Förderung von Integrationsmanagement ist enthalten. Teil der Ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt.</p>
BMI, BMFSFJ, BMEL	<p>Gründung Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt, Neustrelitz (2020), Servicestelle und Beratung zu Innovationen im bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt, schwerpunktmäßig im Bereich Digitalisierung, Forschungsvorhaben zu Engagement.</p>
BKM	<p>Bundesprogramm „Utopolis – Soziokultur im Quartier“ mit BMI (seit 2018): Neue Beteiligungsformate für soziokulturelle Zentren zeigen Rolle von Kunst und Kultur für das Zusammenleben der Gesellschaft in den Stadtteilen der Sozialen Stadt in Modellprojekten auf.</p> <p>Modellprojekte Kulturelle Bildung (2020): Zugänglichkeit von Kultureinrichtungen und Gedenkstätten als Bildungs- und Vermittlungseinrichtungen für Integration soll gestärkt werden.</p>

Abbildung 29: Strategien und Programme mit Quartiers-/Raumbezug in ausgewählten Bundesressorts

Landesebene

In einigen Bundesländern (z.B. Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg) werden Förderansätze für Quartiersentwicklung mit unterschiedlichen Profilen und Zielstellungen aufgelegt, die dann auch die jeweiligen Begrifflichkeiten mitprägen und auf ihre Potenziale für eine strukturelle Verankerung überprüft wurden. In Hessen und Niedersachsen werden Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung explizit verknüpft (Abb. 30).

Bundesländer	Strategien und Programme mit Gemeinwesenarbeits-/ Quartiersbezug
Baden-Württemberg	Landesstrategie „Quartier 2020 – Gemeinsam.Gestalten“ (seit 2017). Fortsetzung als „Quartier 2030“ (Juli 2020) www.quartier2030-bw.de Kommunaler Ideenwettbewerb zur Neuorganisation des Zusammenlebens der Generationen und des Lebens im Alter bei steigendem Bedarf an Pflege- und Unterstützungsstrukturen, administrativer Öffnungs- und Qualifizierungsprozess mit „Gemeinsamem Kommunalem Kompetenzzentrum Quartiersentwicklung“ (GKZ.QE) von Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag
Hessen	Förderprogramm „Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen / Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen“ (seit 2015, 2. Förderrichtlinie 2019: bis 2026). www.gemeinwesenarbeit-hessen.de Maßnahmen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit, die zur Überwindung sozialer Problemlagen beziehungsweise zur Bearbeitung der besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen in den ausgewählten Quartieren beziehungsweise Stadtteilen einen wesentlichen Beitrag leisten. Auf- und Ausbau eines Quartiersbüros, orientiert an den Hessischen Qualitätsstandards für Gemeinwesenarbeit (2019)
Niedersachsen	Wettbewerb „Gute Nachbarschaft - Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ (seit 2016), Aufnahme in Wohnraumförderungsgesetz i.V. (2020). www.gwa-nds.de Modellhafte Projekte der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements zur Unterstützung der Teilhabe in Quartieren und Wohngebieten mit besonderen sozialen, demografischen sowie integrativen Herausforderungen

Abbildung 30: Gemeinwesenarbeits-/Quartiersbezüge in Strategien und Programmen ausgewählter Bundesländer

Der Fokus in den Förderansätzen setzt teilweise an den Sozialen Stadt-Gebieten und Fragen der Verstetigung an, eine prioritäre Verknüpfung mit der Gebietskulisse der Sozialen Stadt ist jedoch eher nicht zu finden. In den Landesprogrammen ist eine breite flächendeckende Beteiligung gefragt, beispielsweise in Projekten, „die dem Auf- und Ausbau von Strukturen der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements dienen“ bzw. „bei denen ehrenamtliche oder professionelle Strukturen der Gemeinwesenarbeit oder des Quartiersmanagements bereits etabliert sind“ (Ausschreibung in Niedersachsen, 2016).

In *Niedersachsen* wurde 2016 angesichts der Flüchtlingszuwanderung ein breites Bündnis gebildet, initiiert von den großen Kirchen, Gewerkschaften und der Landesregierung. Dieses Bündnis machte es sich zur Aufgabe, konstruktive Wege zu finden, wie die Integration von Geflüchteten, das Wohnen und die Integrationschancen in der Nachbarschaft gefördert werden können. Daraus entstand unter anderem das Landesprogramm „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“. Damit war intendiert, in den besonders von der Zuwanderung be-

troffenen Quartieren, dort, wo sich Vorbehalte und Konfliktpotential zeigen oder soziale Infrastrukturen überlastet werden könnten, schnell und präventiv handeln zu können und die besonderen Bedarfssituationen aufzufangen.

Nach einem zwischenzeitlich erfolgten Wechsel ins Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und den ersten Runden des Wettbewerbsverfahrens mit je 1,5 Mio. Euro wurde die Mittelausstattung für 2019 und 2020 auf je 4 Mio. Euro erhöht. Für die Modellförderung „Gute Nachbarschaft“ wird auf Kontinuität hingearbeitet (Niedersächsisches Ministerium 2019). In Niedersachsen soll das Wohnraumförderungsgesetz geändert werden, um die Förderung von Maßnahmen zur Entwicklung von Wohnquartieren aufzunehmen und das Programm damit zu verstetigen (Niedersächsische Staatskanzlei 2020).

Die Handlungsfelder der Gemeinwesenarbeit wurden dabei an den Zielsetzungen der Sozialen Stadt orientiert, die Förderung von bisher 74 modellhaften Projekten geht aber über die Gebietskulisse hinaus. Es geht um die Unterstützung von Teilhabe in Quartieren und Wohngebieten mit besonderen sozialen, demografischen und integrativen Herausforderungen und ökonomischen, sprachlichen, kulturellen, gesundheitlichen und sozialen Benachteiligungen. Um Konflikten vorzubeugen und eine Unterversorgung an sozialer Infrastruktur zu verhindern, soll die Einrichtung von Räumen für die soziale Begegnung, Beratung und Unterstützung gefördert werden. Mögliche Antragsteller sind: Gemeinden, Samtgemeinden, Landkreise, juristische Personen des öffentlichen Rechts, Verbände der Wohlfahrtspflege, kirchliche und gemeinnützige Organisationen sowie Kammern. Dabei muss eine Unterstützung durch die Kommune nachgewiesen werden.

Positive Effekte dieser auf sozial-integrative Bezüge ausgerichteten quartiersbezogenen Förderprogramme können auch auf die bisherige Förderpraxis auf Landesebene ausstrahlen. Zum Programm Soziale Stadt benannte der Niedersächsische Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 2018 Optimierungsbedarfe in Richtung einer institutionalisierten, ressortübergreifenden und gebietsbezogenen Zusammenarbeit und Abstimmung der Programme auf Landesebene (Niedersächsischer Landesrechnungshof 2018: 204 ff.).

Das Land *Hessen* hat 2015 mit der Richtlinie zur „Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen / Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen“ (GWA-Förderrichtlinie) ein landesweites Programm zur Förderung von Gemeinwesenarbeit an Kommunen aufgelegt. An diesem Landesprogramm waren in der ersten Förderperiode bis 2019 51 Kommunen in 77 Fördergebieten in Hessen beteiligt. In ca. 39 Prozent der geförderten Kommunen wird ebenfalls das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt umgesetzt, jedoch nicht immer in denselben Quartieren. Auf Landesebene war ähnlich wie in Niedersachsen der Umgang mit den neuen Anforderungen der Flüchtlingsversorgung in Erstaufnahmeeinrichtungen ein konkreter und akuter Anlass für die Richtlinie, die Ende 2019 auslief. Eine zweite Förderrichtlinie für die Periode 2020-2026 trat am 02.12.2019 in Kraft (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2019).

In einer von der LAG Soziale Brennpunkte Hessen durchgeführten Kurzevaluation zur GWA-Förderrichtlinie aus dem ersten Programmjahr 2016 äußerten 60 Prozent der beteiligten Standorte, das Fördermodul habe die Ausgangslage im Fördergebiet positiv beeinflusst. Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Akteure hätten stattgefunden, Anlaufstellen für die benachteiligten BewohnerInnen würden installiert. Als wichtiger Befund gilt auch, dass

über Gemeinwesenarbeit ein Zugang der BewohnerInnen auch zu anderen sozialen Dienstleistungsangeboten zu verzeichnen sei. Der Bedarf einer integrierten Handlungsweise und zielgruppenübergreifenden Fördermittelbündelung steht für die ExpertInnen im Mittelpunkt, die Umsetzung findet jedoch nur ansatzweise statt. Im Rahmen der zweiten Evaluation mit Stand 2019 wurde deutlich, dass vor allem Mittel- (43 Prozent) und Kleinstädte (31 Prozent) auf das Programm zurückgreifen. Nur knapp ein Fünftel (19 Prozent) der Fördergebiete liegt in Großstädten. „Der Grund für die geringere Wahrnehmung in Großstädten liegt an den Förderhöchstsummen; viele Großstädte hätten Interesse weitere Quartiere mit in die Förderung zu nehmen, haben die Förderhöchstsummen aber bereits ausgeschöpft.“ (LAG Soziale Brennpunkte Hessen 2020: 24) Das von der LAG Soziale Brennpunkte Hessen formulierte und empfohlene Prinzip einer „besonderen Aufmerksamkeit“ für die Soziale Stadt wurde nur teilweise erreicht; mit den Mitteln des GWA-Programms können Impulse gesetzt werden, aber keine Umsteuerung erzielt werden.

In *Baden-Württemberg* wurde 2017 die Quartiersstrategie „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten“ als lernende Strategie mit unterschiedlichen Förderbausteinen und Adressaten sowie einer kommunalen Anlaufstelle entwickelt: Es ist vor allem als administrativer Öffnungs- und Qualifizierungsprozess mit einem „Gemeinsamen Kommunalen Kompetenzzentrum Quartiersentwicklung“ (GKZ.QE) von Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag angelegt. Die Rolle der Kommunen wird dabei als „Motor im Sozialraum“ gesehen, Quartierskoordination liegt in der Verantwortung der Kommune. „Quartier 2020“ wurde im Sozialministerium in einem um Quartiersentwicklung erweiterten Referat Pflege angesiedelt. Der Impuls für diese Erweiterung kam aus der Enquete-Kommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ (2014-2016). Ein Schwerpunkt in den dort entwickelten Handlungsempfehlungen lag in der Stärkung des Quartiersbezugs (Landtag von Baden-Württemberg 2016). Der Erhalt lebendiger Strukturen, die Übernahme von wechselseitiger Verantwortung, die Versorgung älterer Menschen (ambulant/stationär) waren Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens der Generationen.

Die in einem anderen Landesressort angesiedelten Städtebauförderkulissen standen dabei nicht im Vordergrund und waren auch nicht bei der Strategieentwicklung eingebunden, die Bedeutung des öffentlichen Raums und von begegnungsfördernden Orten wird jedoch betont: „Quartiersentwicklung ist ganzheitlich zu verstehen und geht über städtebauliche Maßnahmen hinaus: Dazu gehören bedarfsgerechte Wohn- und Nahversorgungsangebote und eine wohnortnahe Beratung genauso wie Begegnungsorte, eine tragende soziale Infrastruktur, eine gesundheitsförderliche Umgebung und ein wertschätzendes, von bürgerschaftlichem Engagement getragenes gesellschaftliches Umfeld.“ (Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg 2017). Der zeitliche Rahmen der Strategie wurde jüngst unter dem Namen „Quartier 2030“ erweitert; mit besonderem Fokus auf den ländlichen Raum sollen zukünftig die Generationen- mit der Seniorenpolitik verzahnt sowie die relevanten Akteure im Quartier stärker integriert werden (so der zuständige Minister für Soziales und Integration Luchta beim Dritten Fachtag Quartiersentwicklung am 16.07.2020).

In *Rheinland-Pfalz* wurden Förderrichtlinien zur „Gewährung von Zuschüssen zur Bekämpfung von Armut und zugunsten von aufzuwertenden Stadt- und Gemeindeteilen“ erlassen, die die Förderung der Gemeinwesenarbeit skizzieren. Dies ist jedoch vor allem eine administrative

Hilfestellung für die Kommunen und nicht mit Fördermitteln und Programmatik hinterlegt (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie Rheinland-Pfalz 2016).

In *Nordrhein-Westfalen* sind aus Perspektive der Integrationspolitik über ein Landesprogramm für partnerschaftliches Handeln zwischen Kommunen und freier Wohlfahrtspflege die Integrationsagenturen (Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW) zu nennen: Hier werden kommunale Integrationszentren mit Integrationsagenturen aufgebaut, die durch die freie Wohlfahrtspflege betrieben werden und nicht Einzelfallberatung anbieten, sondern Strukturen für integrative Quartiere aufbauen, darunter auch sozialräumliche Arbeit.

Das Programm „Miteinander und nicht allein“ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW hat zum Ziel, bestehende Pflegeeinrichtungen zu Ankerpunkten im Quartier, für mehr Teilhabe älterer Menschen in der direkten Nachbarschaft, auch über die Schaffung von sozialräumlichen Partnernverbänden, zu öffnen.

Das Städtenetz Soziale Stadt NRW, ein auf Landesebene strategisch agierender Zusammenschluss von derzeit 39 Kommunen, hat in einem mehrjährigen Prozess in einer zehnteiligen Werkstattreihe mit seinen Mitgliedern Aspekte der Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze für die Stadt- und Quartiersentwicklung thematisiert und die integrierte Stadtteilentwicklung als Daueraufgabe herausgestellt (Städtenetz Soziale Stadt NRW 2019a). In einem Positionspapier zur Weiterentwicklung und Restrukturierung der Städtebauförderung fordert das Städtenetz eine Wiederaufnahme der nicht-investiven Förderung für die Bewohnerschaft mit flankierenden Maßnahmen aus weiteren Ressorts, wie sie von 2006 bis 2010 in Form von Modellvorhaben ermöglicht wurde (Städtenetz Soziale Stadt NRW 2019b).

In den Stadtstaaten *Bremen*, *Hamburg* und *Berlin* werden ressortübergreifende Quartiersstrategien entwickelt. Eine lange Tradition hat das Bremer Landesprogramm „Wohnen in Nachbarschaften WiN“, das seit 1999 das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt ergänzt und Fördermittel für nicht-investive Maßnahmen zur Verfügung stellt. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat 2019 die „Quartiersinitiative Urbanes Leben“ gestartet, mit der sieben Bezirksämter gemeinsam mit mehreren Fachbehörden und der Senatskanzlei neue Ansätze und Verfahren ressortübergreifender Quartiersgestaltung entwickeln. Diese werden an jeweils einem Beispielquartier im Bezirk erprobt (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2019). Mit der Berliner „Gemeinschaftsinitiative: Quartiere stärken“ (Senatsbeschluss vom 30.10.2018) sollen alle Senatsressorts zur Sozialen Stadt (nicht ganz überlappend mit der Gebietskulisse) ihre Förderprogramme abgleichen. Die BewohnerInnen sozial benachteiligter Quartiere „brauchen eine besonders leistungsfähige Infrastruktur, sehr gute Bildungseinrichtungen sowie nachhaltige öffentliche Dienstleistungen und sozio-integrative Angebote“ (Pressemitteilung der Senatskanzlei vom 30.10.2018). Zunächst entwickeln die Senatorinnen für Stadtentwicklung und Wohnen, Bildung, Jugend und Familie sowie Integration, Arbeit und Soziales in sozial benachteiligten Quartieren passgenaue Angebote zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und -chancen. Weitere Ressorts haben ihre Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert. Ziel ist, geteilte Verantwortung für benachteiligte Quartiere in allen Ressorts zu erzeugen und die Strahlkraft durch Kooperation und Mittelbündelung zu vergrößern. Im Land Berlin wird des Weiteren in einem Regelfinanzierungsansatz für Gemeinwesenarbeit das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren durchgeführt, das soziokulturelle Arbeit und gemeinwesenori-

enterte Maßnahmen für BürgerInnen verbindet und in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales liegt. Jeder Bezirk kann eine begrenzte Zahl von Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern fördern.

Für viele quartiersbezogene Förderansätze auf Landesebene wird das Dilemma der Zielgruppenorientierung deutlich: Finanziert werden teilweise QuartiersentwicklerInnen, die dann aber vorwiegend im Sinne der jeweiligen Zielgruppe oder Thematik (Ältere, Behinderte, Gesundheitsprävention etc.) agieren. Die befragten ExpertInnen sehen hier den Bedarf einer Weiterentwicklung mit ressortübergreifenden am Sozialraum orientierten Logiken.

Kommunale Ebene

In der Einschätzung der Förderung von Gemeinwesenarbeit auf kommunaler Ebene wurde in vielen ExpertInnen-Gesprächen darauf hingewiesen, dass die Spielräume so genannter freiwilliger sozialer Leistungen, zu denen die Gemeinwesenarbeit zählt, weitgehend ausgeschöpft sind. Viele ExpertInnen verweisen auf abnehmende Regelförderung und Personalausstattung der quartiersbezogenen sozialen Arbeit, sowohl auf kommunaler Seite als auch in den Verbänden. Sie bestätigen das Bild, das sich auch aus der Desk Recherche (vgl. Becker 2016) und den Fallstudien abzeichnet: Gemeinwesenarbeit wird nicht als Pflichtleistung gesehen und wird in ihrer Wirksamkeit nicht sichtbar, obwohl sie den Bedarf einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit hätte; meist ist sie auf projektbasierte Patchworkfinanzierung angewiesen.

In einigen Gesprächen wurde neben den Stadtstaaten die ausgeprägte Tradition der Gemeinwesenarbeit in Hessen betont, aus der heraus auch einige kommunale Förderstrukturen entstanden sind (vgl. auch die Fallstudie Marburg). Als Beispiele gelten u.a. das Programm „Aktive Nachbarschaft“ in Frankfurt und ein Programm für Stadtteilzentren in Kassel. Initiativen in Marburg, Gießen, Darmstadt, Wiesbaden und Limburg sind jeweils aus der Auflösung von Obdachlosensiedlungen heraus entstanden und haben sich oft trotz geringer Mittelausstattung als wichtige Träger der Quartiersentwicklung etabliert.

5.2 Förderansätze der Sozial- und Wohnungswirtschaft

Wohlfahrtspflege und Soziallotterien als Förderallianz im Quartier

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege wie auch der Deutsche Caritasverband haben sich in Positionspapieren zur Ausrichtung an der Sozialraumorientierung bekannt: Darunter wird in diesem Zusammenhang ein als am Willen und den Zielen der leistungsberechtigten Menschen angelegtes Fachkonzept der Sozialen Arbeit verstanden, das bestehende und bewährte Ansätze und Methoden zu einem Gesamtkonzept, z.B. Lebensweltorientierung, Empowerment und Ressourcenorientierung zusammenführt (vgl. BAGFW 2015, Deutscher Caritasverband 2017, Fürst, Hinte 2017). Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge definierte zuvor Sozialplanung in den Kommunen als „politisch legitimierte, zielgerichtete Planung zur Beeinflussung der Lebenslagen von Menschen, der Verbesserung ihrer Teilhabechancen sowie zur Entwicklung adressaten- und sozialraumbezogener Dienste, Einrichtungen und Sozialleistungen in definierten geografischen Räumen (Sozialraumorientierung).

Sie geht über die dem Sozialwesen direkt zuzuordnenden Leistungen, Maßnahmen und Projekte hinaus.“ (Deutscher Verein 2011)

Während die Freie Wohlfahrtspflege ihr Engagement in der Gemeinwesenarbeit lange Zeit vor allem auf öffentliche Finanzierung und Eigenmittel stützte, hat sich über die bundesweiten Soziallotterien eine weitere Säule der Finanzierung etabliert, dazu zählen beispielsweise Aktion Mensch, GlücksSpirale und die Deutsche Fernsehlotterie. Seit einigen Jahren sind im Rahmen der Debatte um eine sozialräumliche Dimension auch Quartiersprojekte im Fokus der Vergabe der Lotteriemittel. Zugangsvoraussetzung ist für gewöhnlich die Mitgliedschaft in einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege. Die Stiftung Deutsches Hilfswerk (DHW) nutzt seit 2012 Mittel der Fernsehlotterie für Projekte der Altenhilfe mit einem Ansatz zur Quartiersentwicklung in mittlerweile 307 Quartiersprojekten. So hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) zahlreiche Quartiersmanagement-Projekte über diese Förderung umgesetzt und eine eigene Koordinationsstelle dafür geschaffen (Kremer-Preiß, Mehnert 2018: 16).

Die Förderung für „QuartiersentwicklerInnen“ läuft jeweils drei Jahre; inzwischen sind zwei Jahre Verlängerung möglich, was dem prozesshaften und partizipativen Ansatz der Quartiersentwicklung mit Aktivierung der BewohnerInnen entgegenkommt. Grundlage ist ein integriertes Konzept, mit der Perspektive „Ältere leben im Quartier“. Die Fokussierung, Menschen im Alter lebenslang im Quartier wohnen zu lassen, war mit der Zielgruppenorientierung und der relativ kurzen Laufzeit in der ersten Förderphase einschränkend (altengerecht, 60+, Altenheim, das sich in den Stadtteil öffnet), wie bei der ExpertInnenbefragung mehrfach kritisch angemerkt wurde.

Der generationenübergreifende Blick wurde inzwischen Teil der Strategie und der Förderlogik des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe KDA. Das KDA hat die Umsetzung für die DHW-Förderung bis 2017 betreut (vgl. Mehnert, Kremer-Preiß 2017, Kremer-Preiß, Mehnert 2018). Die Förderprogramme gehen meist von einer Förderquote von 70-80 Prozent aus und erwarten Eigenanteile der Träger. Dabei geht es um Neueinstellungen oder Aufstockungen, nicht um die Refinanzierung von bestehendem Personal. Als weiterhin prekäre Rahmenbedingung wird seitens der ExpertInnen genannt, dass strukturbildende Aktivitäten, die nicht über KlientInnen abgerechnet werden können, wie eben auch die Quartiersarbeit, als erste wieder aufgegeben werden, wenn keine verlässlicheren Finanzierungen hinzukommen. Aktion Mensch fördert inzwischen die inklusive Quartiersentwicklung zu 90 Prozent (mit einem auf 10 Prozent verringerten Eigenanteil). Dies wird von den ExpertInnen als Signal begrüßt. Als Herausforderung und dringende Aufgabe wird angesehen, die verschiedenen Fördermöglichkeiten inhaltlich und administrativ zu koordinieren.

Wohnungswirtschaft und Gemeinwesenarbeit

Zahlreiche kommunale, genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsgesellschaften arbeiten an der Quartiersentwicklung mit den Kommunen zusammen und sind auch an Stadtteilzentren beteiligt (vgl. vhw 2020, BBSR 2019, BAG Soziale Stadtentwicklung 2010). Eine Handlungshilfe der Niedersächsischen Wohnungswirtschaft zur Quartiersentwicklung plädiert für die gemeinsame Schaffung von Strukturen im sozialen Nahraum mit anderen Akteuren und bindet Mieterbund, Kranken- und Pflegekassen, kommunale Spitzenverbände, Freie Wohlfahrtspflege und Wissenschaft in die Diskussion ein (vdw Niedersachsen 2017).

Zu den konkreten Maßnahmen aus den wohnungswirtschaftlichen Aktivitäten heraus können Sozial- und Mieterberatung (beispielsweise ausgehend von Mietverschuldung) ebenso zählen wie die Bereitstellung von Räumlichkeiten für nachbarschaftliche und Vernetzungsaktivitäten. Die Möglichkeiten, Mieteinnahmen für die Quartiersarbeit einzusetzen, sind jedoch v.a. für kommunale Wohnungsunternehmen begrenzt.

Auch die Fallstudien bestätigen das Potenzial der Wohnungswirtschaft für Gemeinwesenarbeit über Concierge-Tätigkeiten hinaus. Regelmäßige Quartiersvereinbarungen der Kommune mit den Wohnungsunternehmen und weiteren Akteuren in Magdeburg, die auch die sozialen Umbrüche der BewohnerInnen betrafen, gehören dazu, ebenso wie die kommunale Wohnungsgesellschaft in Frankfurt (Oder), die ein eigenes Sozialmanagement aufgebaut hat. Dies betrifft die Zugänge zum Mietwohnungsmarkt für marginalisierte Gruppen wie auch die Unterstützung von Strukturen der Gemeinwesenarbeit. Im Fallbeispiel Berlin-Wassertorplatz stellt das kommunale Wohnungsunternehmen die Geschäftslokale einer ehemaligen Stadtteilbibliothek für ein soziokulturelles Zentrum zur Verfügung.

5.3 Ansatzpunkte für fallübergreifende quartiersbezogene Zusammenarbeit

Neben einer sozialrechtlichen Einordnung für exemplarische fallbezogene Helfefelder der Sozialgesetzgebung (vgl. Kapitel 6) wurden auch die ExpertInnen zu folgenden Forschungsfragen zu Rate gezogen:

- Welche sozialraumorientierten Ansätze fallbezogener Hilfen (insbesondere nach SGB) gibt es?
- Wie können raumbezogene, planerische Ansätze vor Ort mit sozialraumorientierten Ansätzen der fallbezogenen Hilfe zusammengebracht werden? Wo liegen Potenziale und wo Grenzen?
- Wo können Schnittstellen im Sinne einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit für benachteiligte Quartiere verbessert werden?

Als wichtiges Element im Kontext der Förderung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung werden von einigen ExpertInnen die Entwicklungen in der Förderlandschaft bewertet, die sich explizit an Träger und die freie Wohlfahrtspflege richten (bspw. die oben dargestellten Soziallotterien), und die sich ausgehend von zielgruppenorientierten Fragestellungen zunehmend dem Bereich der Quartiersentwicklung und -koordination öffnen (vgl. DStGB, Netzwerk SONG, KDA 2019). Dabei wird neben einer durchweg positiven Würdigung dieser Entwicklung kritisch angemerkt, dass der ursprüngliche und lange etablierte Zielgruppenbezug als „Pfadabhängigkeit“ die Öffnung in den Stadtteil auf die Zielgruppenlogik verengen kann.

Ressortübergreifende Kooperationen, die oft dezidiert in politischen Programmen proklamiert und gefordert werden, scheinen nach wie vor angesichts beharrlicher Ressortlogiken unterentwickelt. So zeigt sich zum Beispiel in Hessen, dass trotz Strukturen wie der HEGISS, der GWA-Förderrichtlinie und der langen Tradition der Gemeinwesenarbeit in einigen Kommunen nach wie vor jedes Programm seine eigenen Förderlogiken und Managementstrukturen schafft. Es gibt inzwischen Schnittstellen, die aber nicht im Bewusstsein sind, obwohl diese

Synergien ein Ziel der Programme sind. Erwartet wird, dass man sich breit vernetzt, gleichzeitig stehen in den öffentlichen Verwaltungen (Land und Kommune) für Austausch und Fortbildung meist wenig Ressourcen zur Verfügung.

Die integrierte Quartiersentwicklung kann den Blickwinkel auf sozialraumbezogene Programme und Organisationsmodelle aus anderen Ressorts ermöglichen. Dabei geht es um methodisches Vorgehen, vor allem aber um Werte und Haltung. Erst so lassen sich Strategien entwickeln, wie das Gemeinwesen in einem größeren Zusammenhang gestärkt werden kann. In Baden-Württemberg wurde z.B. für die Initiative Quartier 2020 im Sozialministerium das für Pflege zuständige Referat um Quartiersentwicklung erweitert, was thematisch eine stärkere Auseinandersetzung mit sich bringt als eine Sonderstruktur auf Zeit. Auch an die Landesförderprogramme in Hessen und Niedersachsen wurde eine solche Erwartung geknüpft. In Niedersachsen wird das Programm diesbezüglich als Lernprozess und „Ermöglichungsstrategie“ gesehen. Um am Programm teilzunehmen, sind Kooperationen erforderlich; diese entstehen innerhalb der Verwaltung, zwischen sozialer Entwicklung und räumlicher Planung, sowie zwischen Verwaltung und anderen Trägern.

Kommunal werden unterschiedliche Ansätze erprobt und umgesetzt, die sozialraumorientiert und quartiersbezogen, auch über Gebietskulissen hinaus agieren. Integrierte Handlungsansätze werden gesamtstädtisch und ressortübergreifend entwickelt. Erfordernisse dafür zeigen sich verwaltungsstrukturell, es geht aber auch um die Herstellung einer interdisziplinären Offenheit sowie lernende Verwaltungen. Kommunale Wirtschaftsförderung, Planungs-, Jugend- und Sozialressorts kooperieren mancherorts verstärkt und beziehen benachteiligte Sozialräume in integrierte Konzepte ein. Das entsprechende kommunale Handeln ist jedoch nur teilweise institutionalisiert.

Auch in der Trägerlandschaft werden innovative Konzepte erprobt, vor dem Hintergrund einer stärker sozialräumlichen Aufstellung der Arbeit, die aus der Einzelfallhilfe so nicht finanzierbar ist. Das Finanzierungsmodell, das die Evangelische Stiftung Alsterdorf und drei weitere große Träger der Eingliederungshilfe in Hamburg 2010 mit dem Leistungserbringer, dem Hamburger Senat, vereinbart haben, sah vor, dass der Leistungserbringer auf jede Dienstleistung der Eingliederungshilfe einen „Sozialraumzuschlag“ zahlt, der dann für fallübergreifende Quartiersansätze eingesetzt wird. Zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe wurde über die fünfjährige Laufzeit der Vereinbarung 2014-2018 modellhaft ein Trägerbudget mit fixen Jahresbeträgen eingesetzt. Mit diesem Spielraum wurden weitere stabile Rahmenbedingungen für sozialräumliche Arbeit ermöglicht und auf Basis einer Evaluation im Rahmen der Folgevereinbarung 2019-2023 in die Regelabläufe überführt (vgl. Fallstudie Hamburg-Mitte Altona Q8).

Um nachhaltige stadtteilbezogene Kooperationen einzugehen und integrierte Handlungsstrategien mit anderen Ressorts und Partnern zu entwickeln, erweist sich die Vermittlung des Mehrwerts und Beitrags sozialräumlichen, quartiersbezogenen Handelns als unabdingbare Voraussetzung. Allerdings bestehen dabei die in Kapitel 2.1 erwähnten methodischen Schwierigkeiten der Messbarkeit solcher positiven Effekte.

6. Rechtsgutachten zu SGB-Regelleistungen für quartiersbezogene soziale Arbeit

Neben den geschilderten Bausteinen wurde im Rahmen der Studie ein Rechtsgutachten erstellt, das sich ressortübergreifend und anhand zweier Hilfefelder der Sozialgesetzgebung mit folgender Ausgangsfrage befasste: Was können einzelfallbezogen finanzierte Leistungen der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe zu einer quartiersbezogenen sozialen Infrastruktur und ihrer Finanzierung beitragen?

Für diese einzelfallbezogen finanzierten Leistungen wenden die öffentlichen Träger bundesweit über 30 Mrd. Euro jährlich auf. Die Eingliederungshilfe ressortiert beim BMAS, die Kinder- und Jugendhilfe beim BMFSFJ. Schließlich sind für Kinder- und Jugendhilfe durchgängig die Kommunen zuständig. Die Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe liegt teils bei den Ländern, teils bei den Kommunen. Diese beiden Bereiche des Systems sozialer Leistungen sind damit

- hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung,
- im Rahmen der im Bundeskabinett beschlossenen Ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt und
- unter dem Aspekt der Handlungsoptionen der Kommunen

ein relevanter Untersuchungsgegenstand.

Eine ausführliche Fassung des Rechtsgutachtens, das Roland Rosenow durchgeführt hat, ist im Rahmen der Studie als Buchveröffentlichung in Vorbereitung (Rosenow 2020). An dieser Stelle erfolgt eine Zusammenfassung des Gutachtens.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Frage, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die einzelfallbezogen finanzierten Leistungen der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe einen wirtschaftlichen Beitrag zur Verstetigung des Quartiersmanagements und anderer Institutionen quartiersbezogener sozialer Infrastruktur leisten können, die zumeist objekt- und projektbezogen gefördert werden. In der Regel kommt dabei Zuwendungsrecht zur Anwendung.

Die Untersuchung beschränkt sich auf diejenigen Leistungen nach dem 2. Teil des SGB IX in der zum 1.1.2020 in Kraft getretenen Fassung (Eingliederungshilfe) und nach dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe), die im geschlossenen sozialleistungsrechtlichen Dreiecksverhältnis einzelfallbezogen finanziert werden – mit anderen Worten: auf diejenigen Leistungen, die jedenfalls in aller Regel im Einzelfall durch Verwaltungsakt bewilligt werden, bevor sie erbracht werden.

Die Eingliederungshilfe und die Kinder- und Jugendhilfe weisen in den letzten 15 Jahren einen deutlichen Anstieg der Ausgaben auf, was beide Leistungssysteme politisch unter Druck gebracht hat. Beide unterliegen einem gesetzlich normierten grundsätzlichen Nachrang, der bei Berücksichtigung des Gesetzesvorbehaltes der Verwaltung zunächst zum Ergebnis führt, dass es den Leistungsträgern nicht gestattet ist, soziale Einrichtungen außerhalb der unmittelbaren Aufgaben der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe finanziell zu unterstützen.

Dieser Eindruck ändert sich jedoch grundlegend, wenn nicht nur die Frage nach einem Beitrag der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe zur sozialen Infrastruktur gestellt wird, sondern wenn umgekehrt gefragt wird, in welcher Weise Eingliederungshilfe und Kinder-

und Jugendhilfe von quartiersbezogener sozialer Infrastruktur, beispielsweise von Quartiersmanagement, profitieren können – oder, noch weitergehend: ob sie infrastrukturelle Leistungen sogar brauchen, um ihre Aufgaben so zu erfüllen, wie das Gesetz das verlangt. Einzig und allein ein Beitrag quartiersbezogener sozialer Infrastruktur zur Erfüllung der Aufgaben der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe kann – wegen der Grundsätze des Nachranges und des Gesetzesvorbehaltes – umgekehrt einen Beitrag der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe zur Finanzierung quartiersbezogener sozialer Infrastruktur begründen.

6.1 Anforderungen an Inhalt und Qualität der einzelfallbezogen finanzierten Leistungen

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch sind umfassend, zügig und „in zeitgemäßer Weise“ zur Verfügung zu stellen. Das regelt der übergreifende und vorrangig zu beachtende (§ 37 Satz 2 SGB I) Sicherstellungsauftrag zur Konkretisierung der Leistungen, den § 17 SGB I normiert. Die Formulierung „in zeitgemäßer Weise“ ist zu lesen als eine „State-of-the-art-Klausel“, die den jeweils aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen der für soziale Leistungen einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen (Medizin, Sozialarbeitswissenschaft, Pflegewissenschaft, Heilpädagogik u.a.) normative Geltung verschafft.

Das zentrale Paradigma der Sozialen Arbeit ist Inklusion versus Exklusion, ihre Aufgabe (Re-) Integration. Bereits auf einer abstrakten Ebene spricht vieles dafür, dass die Erfüllung dieser Aufgabe unter den gegenwärtigen sozialen Rahmenbedingungen regelmäßig ein Zusammenwirken einzelfallbezogener und quartiersbezogener Leistungen und Angebote erfordert.

Die Förderung gesellschaftlicher (Re-) Integration ist eine Aufgabe, die, unabhängig davon, ob man von „Inklusion“ oder „Integration“ spricht, im Kernbereich der Aufgaben der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe liegt. Wenn Exklusionsprozesse aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive nicht mehr als isolierte Folgen individueller Beeinträchtigungen, sondern als komplexe soziale Prozesse mit vielen Beteiligten verstanden werden, folgt daraus, dass die Förderung der (Re-) Integration sich nicht auf individuelle Förderung der von Exklusion Betroffenen beschränken kann. Diese hier sehr abstrakt zusammengefasste Überlegung führt dazu, dass die Eingliederungshilfe und die Kinder- und Jugendhilfe nach aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand mehrdimensional agieren müssen. Es genügt nicht unbedingt, leistungsberechtigte Personen individuell zu fördern. Daneben können auch quartiers- bzw. raumbezogene Maßnahmen und oft auch die Verzahnung beider Ebenen erforderlich sein.

Dies kann dazu führen, dass die Leistungserbringer individueller Hilfen mit Institutionen quartiersbezogener sozialer Infrastruktur kooperieren müssen, um Leistungen umfassend und in zeitgemäßer Weise erbringen zu können. Wenn dies aus der Perspektive der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplin erforderlich ist, ist es auch rechtlich geboten, denn das Recht der Eingliederungshilfe wie auch der Kinder- und Jugendhilfe konstituiert einen individuellen Rechtsanspruch auf zeitgemäße Leistungen.

Rechtliche Konkretisierung der Leistungen

Leistungen der Eingliederungshilfe sind wie die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Gesetz überwiegend auf relativ hohem Abstraktionsniveau normiert. Gleichwohl werden sie jedenfalls überwiegend als Sachleistungen bewilligt. Das erfordert eine Konkretisierung der im Gesetz zum Teil nur durch eine Zielbestimmung normierten Leistungen. Die gesetzliche Konzeption sieht vor, dass diese Konkretisierung durch die Leistungsvereinbarung erfolgt, die in beiden Systemen einzelfallbezogen finanziert Leistungen der Regelfall ist. Die zentrale Bedeutung der Leistungsvereinbarung wird jedoch in der Praxis bislang nicht in ausreichendem Maß wahrgenommen. Die rechtswissenschaftliche Literatur hat sich bislang kaum mit der Leistungsvereinbarung befasst. Im Zentrum steht meist isoliert die Vergütungsvereinbarung.

Soweit die Kooperation des Leistungserbringers mit Trägern quartiersbezogener sozialer Infrastruktur aus fachlicher Sicht geeignet oder gar geboten ist, muss sie sich im Rahmen der Konkretisierung der Leistungen in der Leistungsvereinbarung entsprechend niederschlagen. Die Leistungsvereinbarung ist der rechtliche Ort, an dem die Kooperation des Leistungserbringers mit Dritten verbindlich zu fixieren ist.

6.2 Kooperation der einzelfallbezogenen Leistungen mit sozialer Infrastruktur

Kooperationen von Leistungserbringern der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe mit Dritten sind nichts Neues. Beispiele für etablierte Kooperationen sind die Außenarbeitsplätze der Werkstätten für Menschen mit Behinderung (Kooperation mit einem Betrieb) oder die Schulbegleitung (Kooperation mit der Schule). Eine strukturell verankerte (zum Beispiel vertraglich vereinbarte) Kooperation von Leistungserbringern mit Trägern quartiersbezogener sozialer Infrastruktur jedoch kommt in der Praxis, wenn überhaupt, allenfalls vereinzelt vor.

Vor dem Hintergrund des sozialleistungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses, das im Recht der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe für die Finanzierung der einzelfallbezogenen Leistungen verbindlich vorgegeben ist, untersucht das Gutachten, wie eine Kooperation zwischen einzelfallbezogenen und quartiersbezogenen Leistungen rechtlich gestaltet werden kann. Dafür stellt das Gutachten fünf Varianten verbindlicher Kooperation mit quartiersbezogener sozialer Infrastruktur vor, ohne den Anspruch zu erheben, dass es sich um eine abschließende Darstellung aller Möglichkeiten handele (vgl. BMI 2020a).

Die Untersuchung kommt zum Ergebnis, dass verbindlich vereinbarte Kooperationen von Leistungserbringern mit Trägern quartiersbezogener sozialer Infrastruktur innerhalb des sozialleistungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses in seinen Ausprägungen in der Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendhilfe innerhalb bestimmter Grenzen zulässig sind. Sind sie fachlich geboten, können sie auch rechtlich geboten sein. Der in der Kinder- und Jugendhilfe immer wieder formulierte Vorwurf, das Recht der Finanzierung des SGB VIII stehe fachlich gebotenen Ausgestaltungen der Leistungen, insbesondere der Ausrichtung am Fachkonzept Sozialraumorientierung, entgegen, erweist sich in diesem Zusammenhang als unzutreffend.

Chancen für die Eingliederungshilfe und die Kinder- und Jugendhilfe und die soziale Infrastruktur im Quartier

Die Kooperation mit Institutionen quartiersbezogener sozialer Infrastruktur birgt Chancen für die Systeme der einzelfallfinanzierten Leistungen und für die Träger sozialer Infrastruktur. Die Kooperation kann zur Verstärkung der infrastrukturellen Angebote beitragen und das Standing der Träger im politischen Raum stärken. Umgekehrt können die Träger sozialer Infrastruktur im Quartier einen relevanten Beitrag zur Qualität der einzelfallfinanzierten Hilfen leisten und zugleich dazu beitragen, das sozialleistungsrechtliche Dreiecksverhältnis zu stärken.

7. Fazit

Die Kernfragestellung der Studie lautete: Welche Möglichkeiten haben Kommunen und weitere in der Quartiersentwicklung engagierte Akteure, um Gemeinwesenarbeit – insbesondere in benachteiligten Nachbarschaften – strukturell zu verankern?

Diese Frage wurde anhand verschiedener empirischer Untersuchungen (ExpertInneninterviews, Kommunalbefragung, Fallstudien), einer Literaturrecherche und eines Rechtsgutachtens behandelt. Als Gemeinwesenarbeit wurden dabei Maßnahmen verstanden, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und des Zusammenlebens in einem Quartier zielen. In der Praxis finden sich zahlreiche Varianten an Akteurskonstellationen, Selbstverständnissen und Handlungsansätzen, Finanzierungsformen und Vertragskonstruktionen. Die strukturelle Verankerung der Tätigkeiten entspricht dieser Vielfalt: Die Bandbreite reicht von der kommunalen und wohlfahrtsverbandlich getragenen Gemeinwesenarbeit über wohnungswirtschaftliche Varianten bis zu zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich getragenen Initiativen. In vielen Fällen haben vor Ort engagierte Personen spezifische Finanzierungs- und Trägerformen für Gemeinwesenarbeit gefunden. Über die Zeit institutionalisierte und professionalisierte sich das Engagement für das Gemeinwesen im Quartier in Stadtteil-/Dorfvereinen oder wurde an Stiftungen oder Träger der sozialen Arbeit angebunden. Oder der Anstoß kam aus der Sozial- und Wohnungswirtschaft heraus und zielte auf deren Öffnung ins Quartier, da der Wert einer aktiven und engagierten Nachbarschaft sowie ein attraktives Wohnumfeld auch für den eigenen Erfolg maßgeblich sind.

Mit dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt und dem Quartiersmanagement kam eine weitere Möglichkeit der Verankerung auf. Durch die auf Aktivierung und Vernetzung zielende Förderung des Quartiersmanagements wurde ein Raum geschaffen, in dem Ideen zur Stabilisierung der Nachbarschaft entstehen konnten, die dann auch, nicht zuletzt durch den Um- und Neubau von Stadtteilzentren und anderen Begegnungsorten, umgesetzt werden konnten. Die Soziale Stadt hat insofern zu einer Stärkung von Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtteilen beigetragen. Wobei im Zusammenhang mit der Förderung durchaus auch Zielkonflikte mit der Selbstermächtigungsfunktion und anwaltschaftlichen Interessenvertretung von Gemeinwesenarbeit einhergehen können. Eine langfristige Finanzierung des Quartiersmanagements aus dem System der Städtebauförderung ist zudem aufgrund der befristet und degressiv auszugestaltenden Bundesfinanzhilfen (Art. 104b GG) nicht möglich, so dass die Soziale Stadt in erster Linie als Katalysator für die unterschiedlichen Ansätze wirken kann.

Die inzwischen vorhandenen Landesförderungen für Gemeinwesen- und Quartiersarbeit in Hessen, Niedersachsen und Baden-Württemberg wurden projektorientiert, teilweise vor dem Hintergrund der Zuwanderung Geflüchteter 2015 aufgelegt, konsolidieren sich aber aufgrund der positiven Erfahrungen mit Gemeinwesenarbeit bei der Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens weiter. In Hessen umfasst die zweite Förderrichtlinie einen Zeitraum bis 2026. In Niedersachsen wird an einer Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes zur Überführung der Landesförderung Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement gearbeitet. In Baden-Württemberg wurde der zeitliche Rahmen der Quartiersstrategie unter dem Namen „Quartier 2030“ deutlich erweitert. Lernprozesse sollen weiter bereichs- und akteursübergreifend initiiert und verankert werden. Hier werden Ansätze entwickelt, die über die Sonderförderung hinaus einer nachhaltigen Finanzierung bedürfen.

Da auf Dauer angelegte Finanzierungen der Gemeinwesenarbeit jedoch eher selten sind, ist die strukturelle Verankerung auf andere Faktoren zurückzuführen. Dies ist in erster Linie dem Engagement der vielen Akteure und Initiativen vor Ort in den Quartieren und Nachbarschaften zu verdanken. Sie greifen auf die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zurück und bringen gemeinwesenorientierte Handlungsansätze in ihre Arbeit ein. Wenn sie bei einem Träger der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt sind, zeigt sich das in den Angeboten; wenn sie in der Verwaltung tätig sind, in der sozialräumlichen Aufstellung des Verwaltungshandelns; wenn sie nicht beruflich in entsprechende Organisationen eingebunden sind, in der Gründung einer bürgerschaftlichen Stadtteil- oder Dorfinitiative oder eines Vereins. Gemeinwesenarbeit ist folglich v.a. als (theorie- und erfahrungsgeladene) Haltung etabliert, die sich in der jeweiligen Praxis der Akteure äußert. Finanziell getragen wird sie durch eher kurz- als langfristige Unterstützung, oft sind die Förderprogramme projektbezogen, mit relativ geringer Mittelausstattung.

Insofern besteht in der Ausgestaltung von Gemeinwesenarbeit weiterhin eine Unsicherheit: Das Einwerben befristeter Förderung, das Überzeugen anderer Akteure von der Sinnhaftigkeit der Gemeinwesenarbeit gehören ebenso zum Alltag wie die konkrete Arbeit mit BewohnerInnen sowie in der lokalen Vernetzung mit anderen Akteuren. Dies führt zwar immer wieder zu Überforderung und Frustration, aber auch zu einer kontinuierlichen Produktion von Ideen, Innovation und auch Flexibilität.

In verschiedenen sozialpolitischen Handlungsbereichen und Helfefeldern ist derweil ein Reflektions- und Lernprozess zu beobachten, vom Denken in „Versorgungsketten“ hin zu präventiven Strukturen und zu selbstbestimmter Teilhabe. Somit beginnen raum- und personenbezogene Interventionslogiken sich zu verzahnen: Raumbezogene Quartiersarbeit und sozialpolitische Fachpolitiken, die nicht originär einen Raumbezug mitbringen, werden auch über den Impuls, den die Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt setzt, verstärkt zusammen gedacht. Gemeinwesenarbeit mit ihren Kompetenzen im Wechselspiel mit dem Quartiersmanagement kann in diesem Spannungsfeld eine zukunftsfähige Brückenfunktion einnehmen.

Gesetzlich geregelt bzw. mit individuellem Rechtsanspruch hinterlegt sind vor allem die im Sozialgesetzbuch geregelten einzelfallbezogenen Hilfeleistungen. Die Sozialraumorientierung dieser Hilfen („vom Fall zum Feld“) greift Elemente der Gemeinwesenarbeit auf und sieht den Sozialraum als aktivierbare Ressource zur Lebensbewältigung. Sie bleibt allerdings in erster Linie auf den AdressatInnenkreis des jeweiligen Rechtsfelds fokussiert. Im Rechtsgutachten, das Teil dieser Studie ist, werden exemplarisch Hinweise gegeben, wie die Eingliederungshilfe und die Kinder- und Jugendhilfe durch Vernetzung und Kooperation mit einer sozialen Infrastruktur, die auch ins Quartier hineinwirkt, gestärkt werden können – und zugleich zur Stärkung und strukturellen Absicherung der Gemeinwesenarbeit beitragen können.

Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement haben sich in den Arbeitszusammenhängen als wichtige Elemente für den sozialen Zusammenhalt erwiesen, sind jedoch gegenüber den großen sozialen Herausforderungen nur unzureichend ausgestattet. Die Überzeugungsarbeit für die Leistungen der Gemeinwesenarbeit zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort ist auf greifbare und kommunizierbare Ergebnisse und Effekte angewiesen, die angesichts des komplexen Wirkungsgefüges der Gemeinwesenarbeit nur schwer aufzuzeigen sind. Integriertes und vernetztes Handeln mit den jeweiligen stadtentwicklungs- und sozialpolitischen Kompetenzen erweist sich dabei als unabdingbar.

Damit Gemeinwesenarbeit im Sinne des im Rechtsgutachten angesprochenen „State of the Art“ als Qualitätsmerkmal behandelt werden kann, sind die Wirkungen auf individueller (soziale Inklusion und Teilhabe) und räumlicher Ebene (sozialer Zusammenhalt im Quartier) stärker zu dokumentieren und zu belegen. Dabei geht es weniger um ökonomische Betrachtungen, die bislang z.B. bei der Einführung von Sozialraumbudgets dominieren, als explizit um sozial- und stadtentwicklungspolitische Gewinne durch Teilhabe und Kohäsion (im Sinne von „Outcome“, als Wirkung der sozialen Intervention im Sozialraum, statt „Output“). Daneben ist, wie die Einrichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt belegt, auch eine stärkere Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements anzustreben.

Wie vor allem die Fallstudien zeigen, erfüllt Gemeinwesenarbeit mit ihrem grundlegend partizipativen Ansatz wichtige soziale Integrationsaufgaben im Nahraum der Menschen, in den Nachbarschaften, Quartieren und Stadtteilen. Das Quartier erweist sich als die adäquate Maßstabsebene für Sozialpolitik, um Teilhabe und Integration zu fördern: Hier werden die gesellschaftlichen Herausforderungen spür- und sichtbar. Mit niedrigschwelligen öffentlichen Begegnungs- und Beratungs-, Kultur- und Bildungsmöglichkeiten trägt Gemeinwesenarbeit zur Gestaltung des Zusammenlebens in den Quartieren und damit zum Zusammenhalt in der Gesellschaft wesentlich bei. Die Erfahrung individueller und kollektiver Selbstwirksamkeit kann Vertrauen in demokratische Strukturen stärken und auch in anderen Bereichen wirksam werden. Die Einrichtungen und Angebote der Gemeinwesenarbeit sind Orte des sozialen Lebens und der lokalen Demokratieförderung und leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere in Gebieten mit besonderen sozialen Herausforderungen.

Auch wenn die hier aufgezeigten organisatorischen, inhaltlichen und finanziellen Strukturen der Gemeinwesenarbeit äußerst divers sind, lassen sich Anhaltspunkte für eine Stärkung und nachhaltige Sicherung der Maßnahmen finden. Diese sind in den folgenden Empfehlungen zusammengefasst.

8. Empfehlungen zur strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit

Die Bedeutung von Gemeinwesenarbeit für das soziale Zusammenleben in Quartieren wurde in der vorliegenden Studie über Fallstudien und die Befragung in den Sozialen Stadt-Gebieten empirisch belegt. Ein zentrales Ergebnis dabei ist, dass die Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit derzeit oft von kurzfristigen Projektförderungen geprägt sind. Aus den Ergebnissen der Studie zeichnen sich jedoch mehrere Zugänge für eine strukturelle Verankerung ab.

Auf Grundlage der empirischen Erhebungen, des Rechtsgutachtens und einer Diskussion im Projektbeirat (Februar 2020) wurden Empfehlungen zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit formuliert, die sich in erster Linie an die föderalen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) richten. Diese werden im Folgenden dargelegt.

Empfehlungen an den Bund

1. Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Verankerung von Gemeinwesenarbeit als Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen schaffen.

In den Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse wird auf die Notwendigkeit einer „integrierten intelligenten Vernetzung von Dienstleistungen im Sozialraum“ hingewiesen. Der Bund könne dabei durch „gute Rahmenbedingungen“ unterstützen. Insbesondere die Fallstudien haben gezeigt, dass Gemeinwesenarbeit eine lebensweltnahe und damit effektive Form der Vernetzung bedeutet. Ähnlich wie das Quartiersmanagement im Rahmen der Städtebauförderung als investitionsvorbereitende Maßnahme angesehen wird, sollte der Beitrag der Gemeinwesenarbeit zur Stärkung der sozialen Infrastruktur für die Bewältigung prekärer Lebenslagen und die Schaffung lebenswerter Kommunen anerkannt und gefördert werden. Eine langfristig angelegte Regelfinanzierung niedrigschwelliger Anlaufstellen würde diese Kapazitäten freisetzen und somit die Effektivität der Gemeinwesenarbeit signifikant steigern.

2. Modellvorhaben „Sozialer Zusammenhalt: Strukturelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit“ durchführen

Das zentrale Instrument zur Adressierung sozialer Problemlagen ist das Sozialgesetzbuch. Die dort geregelten und im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis erbrachten Leistungen sind jedoch oftmals spezialisiert und nicht mit weiteren Leistungen vernetzt. Aus einer Zusammenarbeit würden sich Synergien ergeben, die die Gemeinwesenarbeit und somit die soziale Integrationsleistung von Quartieren signifikant stärken. Daher ist eine vernetzte und sozialräumlich integrierte Quartiersarbeit als anteilige Regelförderung im Sinne der Daseinsvorsorge und als Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse geboten. Das vorgelegte Rechtsgutachten bietet dafür Anknüpfungspunkte und zeigt unterschiedliche Wege auf. Diese sollten von Bund, Ländern, Kommunen und den Interessenvertretungen der sozialen Träger für die Suche nach neuen Förder- und Lösungswegen aufgegriffen werden.

Um neue Förderwege im Sinne des Rechtsgutachtens gemeinsam zu erproben sowie die Wirkungen neuer Finanzierungs- und Kooperationsstrukturen nachzuzeichnen, empfehlen wir dem Bund in Kooperation mit ausgewählten Kommunen die Durchführung von Modellvorhaben im Rahmen der Ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt. Daran sollten neben dem BMI insbesondere auch das BMFSFJ und das BMAS beteiligt werden. Ziel ist die Förderung der Kooperation von Kommunen und Leistungserbringern, die die Umsetzung der Vorschläge aus dem Rechtsgutachten (Modelle der Kooperation) für die Hilfelder der Eingliederungshilfe (BMAS) und der Kinder- und Jugendhilfe (BMFSFJ) durch neue Strukturen der Regelförderung erproben.

Die Modellvorhaben sollten folgende Elemente berücksichtigen:

- Vorhaben, die die Verbindung von Städtebauförderung / Programm „Sozialer Zusammenhalt“ mit Einzelfallhilfe(feldern) anderer Ressorts erproben
- Kommunen, die nachhaltige Rahmenbedingungen und Finanzierungen schaffen, um Gemeinwesenarbeit/Quartiersmanagement umzusetzen
- Verbünde mit weiteren Akteuren, die sich zusammen mit der Kommune um innovative nachhaltige Rahmenbedingungen und Finanzierungen kümmern (z.B. in den Bereichen generationengerechtes Wohnen und Leben, inklusive und barrierefreie Quartiere, Gesundheitsförderung und Prävention, Zivilgesellschaft und Engagementförderung).

3. Die fachlichen Quartiersbezüge der Bundesressorts für die integrierte Stadt(teil)entwicklung nutzen.

In Fachdebatten und Förderprogrammen unterschiedlicher Ressorts wird die Bedeutung des Sozialraums zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Teilhabe erkannt. Beispiele für diese Entwicklung sind Handlungsfelder wie generationengerechtes Wohnen und Leben, inklusive und barrierefreie Quartiere, Gesundheitsförderung und Prävention oder Zivilgesellschaft und Engagementförderung. Bessere Verbindungen zwischen diesen fachlichen Förderzugängen und -programmen, wie auch mit den Modellvorhaben der Ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt intendiert, können die handlungsfeldübergreifende Zusammenarbeit strategisch stärken. Vergleichbare Förderprogramme sollten auch im Bildungsbereich (Stadtteilschulen, Kindertagesstätten als Familienzentren), in der sozialen Daseinsvorsorge (generationengerechte Quartiersentwicklung, Inklusion), in der Arbeitsförderung (sozialräumliche Ausrichtung von Arbeitsagenturen und Jobcentern für die Arbeitsmarktintegration) und in der sozialen Sicherung (v.a. Rechtsfelder des SGB II und XII) aufgelegt werden.

4. Auf Bundesebene Arbeitsgruppe zur „Gemeinwesenarbeit als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt im Quartier“ mit den kommunalen Spitzenverbänden einrichten.

Auf Bundesebene hat, u.a. über diese Studie, aber auch über Plattformen wie „Kirche findet Stadt“, ein Erfahrungsaustausch zur Gemeinwesenarbeit begonnen, der eine wichtige Basis für den sozialen Zusammenhalt und lokale Demokratieförderung bildet. Dieser Dialog zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag,

Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag) sollte in einem klaren Rahmen fortgeführt werden. Im Mittelpunkt des Austausches sollte das Lernen von Guter Praxis stehen, in der z.B. kommunale Planungs-, Jugend- und Sozialressorts und Wirtschaftsförderung verstärkt kooperieren und benachteiligte Sozialräume in integrierte Konzepte einbeziehen. Die in dieser Studie untersuchten Beispiele könnten einen Ausgangspunkt darstellen: Sie zeigen eine Bandbreite innovativer und etablierter Ansätze auf, die Gemeinwesenarbeit als strukturelle Basis kommunaler Sozialpolitik zu konzipieren und zu verankern – die Bandbreite reicht vom kommunalen Fachdienst über Arbeitsgruppen bis zu Stellenanteilen in Leitungspositionen sozialer Einrichtungen.

Dieser Lernprozess sollte sowohl in Empfehlungen für die Regelstrukturen münden (Gemeinwesenarbeit als „State of the Art“ gem. § 37 Satz 2 SGB I) als auch in einen besser zwischen den Ebenen und Ressorts abgestimmten Förderrahmen. Sofern angemessene Förder- und Finanzierungsrahmen auf Bundes- und/oder Landesebene gefunden werden, wird auch eine Diskussion über eine kommunale Gewährleistungspflicht (bei Einhaltung des Konnexitätsprinzips) empfohlen.

Empfehlungen an die Länder

5. Landesarbeitsgemeinschaften und Netzwerke für Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit etablieren und institutionell unterstützen.

Den Ländern wird empfohlen, zur besseren Abstimmung, Qualifizierung und finanziellen Absicherung Arbeitsgemeinschaften zur Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit auf Landesebene einzurichten bzw. institutionell (finanziell) abzusichern. Die Strukturen in den Bundesländern, in denen Akteure der Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit sich langfristig strategisch austauschen und auch gemeinsame Positionen entwickeln können, haben sich bewährt. In Hessen und Niedersachsen sind die Landesarbeitsgemeinschaften zur sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit seit 30 Jahren aktiv und auch an der Konzeption der Landesförderprogramme und ihrer Verstetigungsansätze beteiligt. Dieser Impuls sollte aufgegriffen werden, um vergleichbare Netzwerk- und Unterstützungsstrukturen zu schaffen bzw. vorhandene Strukturen für die Verbesserung der sozialen Teilhabe adäquat auszustatten.

6. Gemeinwesenarbeit als Qualitätsanforderung in der Landesförderung und bei der Erarbeitung von Rahmenverträgen auf Landesebene stärker berücksichtigen.

Die Länder sind aufgefordert, dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit in ihren Förderprogrammen mehr Geltung zu verschaffen, indem sie dort Förderprioritäten für gemeinwesen- und sozialraumorientierte Ansätze formulieren. Die Ligen der Freien Wohlfahrtspflege sollten ihrerseits, wie im Rechtsgutachten dargelegt, die Kooperationserfordernisse mit der quartiersbezogenen sozialen Infrastruktur in den Verhandlungen um die Rahmenverträge für die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen auf Landesebene in die Debatte bringen.

Empfehlungen an die Kommunen

7. Sozialplanung und Stadtentwicklungsplanung koordinieren und integrieren.

Die Kommunen sollten sozialraumorientierte Strategien und gesamtstädtische Sozialplanung mit der Stadt(teil)entwicklungsplanung stärker verzahnen, beispielsweise in der Erarbeitung der integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte. Die ressortübergreifende Vorgehensweise trägt dazu bei, Teilhabechancen zu stärken und hilft Armut und Ausgrenzung zu überwinden. Damit könnte eine Grundlage für eine nachhaltige und integrierte Quartiersarbeit geleistet werden, die sich von kurzfristigen Projektförderungen lösen und langfristige Strukturen für den sozialen Zusammenhalt und lebenswerte Quartiere schaffen kann.

8. Öffentliche Orte als Voraussetzung für Begegnung und Beteiligung erhalten und stärken.

Gemeinwesenarbeit wird überwiegend im öffentlichen Raum verortet und ist auf diesen angewiesen, um ihre Ziele zu erreichen. Nicht-kommerzielle und niedrigschwellige Begegnungsorte bilden daher eine essentielle Infrastrukturausstattung für ihren Erfolg. Akteure, die selbst keine Gemeinwesenarbeit anbieten oder fördern, sollten motiviert werden, durch die Bereitstellung von niedrigschwellig zugänglichen Räumlichkeiten und sozialer Infrastruktur ohne Konsumzwang einen Beitrag zum zivilgesellschaftlich getragenen Miteinander im Quartier zu leisten (z.B. lokale Vereine, Wohnungsunternehmen oder Kirchengemeinden).

Literatur

- Altena, Heinz (1999): Welches Schweinderl hätten Sie gern? In: Verband für sozialkulturelle Arbeit e.V., Rundbrief (35) 2/99, S. 6-15
- BAGFW (2015): Der Sozialraum als Ort der Teilhabe. Standortbestimmung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Berlin: BAGFW
- BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (2009): Berliner Memorandum: Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! Berlin/Hannover: BAG, http://location3.de/media/pdf/potz_bag_memorandum_brosch_2009_12_07.pdf, Zugriff am 30.04.2020
- BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (Hg.) (2010): Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen. Dokumentation der Fachkonferenz vom 22.11.2010 in Frankfurt/Main, Nationale Stadtentwicklungspolitik. Berlin/Hannover: BAG, http://location3.de/media/pdf/BAG_Doku_web_201210.pdf, Zugriff am 30.04.2020
- BBSR (Hg.) (2019): Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Stiftungen und weitere gemeinwohlorientierte Akteure: Handlungsfelder, Potenziale und gute Beispiele. Bonn: BBSR
- BBSR/BMI (2018): Erste Sitzung des Projektbeirats am 27.09.2018 in Berlin. Dokumentation. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Forschung/Gemeinwesenarbeit/4_Veranstaltungen_node.html#doc2240506bodyText3, Zugriff am 11.11.2019
- BBSR/BMI (2019): Erste Transferwerkstatt am 14.05.2019 in Berlin. Dokumentation. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Forschung/Gemeinwesenarbeit/GWA_Transferwerkstatt_Doku_DL.pdf?blob=publicationFile&v=4, Zugriff am 11.11.2019
- BBSR/BMI (2020a): Zweite Transferwerkstatt am 11.07.2019 in Berlin. Dokumentation. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Forschung/Gemeinwesenarbeit/GWA_Transferwerkstatt_2_Doku_DL.pdf?blob=publicationFile&v=3, Zugriff am 25.03.2020
- BBSR/BMI (2020b): Zweite Sitzung des Projektbeirats am 12.02.2020 in Berlin. Dokumentation. www.staedtebaufoerderung.info, im Erscheinen
- BBSR/BMUB (2017): Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt. Bonn: BBSR
- Becker, Heidede; Löhr, Rolf Peter (2000): „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11, S. 22-29
- Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer
- Becker, Martin (2016): GWA-Personalbemessung. Orientierungshilfe zur Personalebemessung professioneller Sozialer Arbeit im Handlungsfeld der Stadtteil- und Quartiersentwicklung. Konstanz: Hartung-Gorre
- Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, BHH Sozialkontor gGmbH, Evangelische Stiftung Alsterdorf, f & w fördern und wohnen AöR, Leben mit Behinderung Hamburg gGmbH (2016): Umsetzung der Rahmenvereinbarungen 2014-2018 zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in der Freien und Hansestadt Hamburg. Zwischenbericht. <https://www.hamburg.de/veroeffentlichungen-behinderung/6760032/zwischenbericht-rahmenvereinbarungen-eingliederungshilfe/>, Zugriff am 30.11.2019
- Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (2019): Integrierte Stadtteilentwicklung 2019. Rahmenprogramm, Fördergebiete, Projekte, Newsletter 16. Freie und Hansestadt Hamburg
- Blandow, Ralf; Knabe, Judith; Ottersbach, Markus (Hg.) (2012): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Wiesbaden: VS Verlag
- BMFSFJ (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- BMFSFJ (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- BMI (2020a): Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt. Bundeskonferenz am 25. November 2019 in Berlin. Konferenzdokumentation. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Forschung/Gemeinwesenarbeit/GWA_Bundeskonferenz_25112019_Doku_DL.pdf?blob=publicationFile&v=3, Zugriff am 30.05.2020
- BMI (2020b): Mehr Quartier für alle – 20 Jahre Soziale Stadt. Bundeskongress am 26. November 2019 in Berlin. Kongressdokumentation. Berlin: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
- BMI (2018): Programmstrategie Soziale Stadt. Berlin: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
- BMUB (2016): Quartiersmanagement Soziale Stadt. Eine Arbeitshilfe für die Umsetzung vor Ort. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- Boulet, Jaak; Kraus, Ernst Jürgen; Oelschlägel, Dieter (1980): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip: eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ
- Burmester, Monika; Wohlfahrt, Norbert (2018): Wozu die Wirkung Sozialer Arbeit messen? Soziale Arbeit kontrovers 18. Freiburg: Lambertus
- Deinet, Ulrich (2010): Von der schulzentrierten zur sozialräumlichen Bildungslandschaft. In: Grundlagen 1/2010. <https://www.sozialraum.de/von-der-schulzentrierten-zur-sozialraeumlichen-bildungslandschaft.php>, Zugriff am 18.12.2019
- Deutscher Caritasverband (2017): Sozialraumorientierung in der Caritas. Erkenntnisse aus dem Projekt „Gemeinsam aktiv im Sozialraum“. Freiburg: DCV
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2011): Eckpunkte für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in Kommunen. <https://www.deutscher-verein.de/de/download.php?file=uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2011/dv-08-11.pdf>, Zugriff am 18.12.2019
- DStGB, Netzwerk SONG, KDA (2019): Vielfalt leben. Anregungen und Praxisbeispiele für das Älterwerden und Teilhaben im Quartier. DStGB-Dokumentation 150. Redaktion: Deutscher Städte- und Gemeindebund, Netzwerk Soziales Neu Gestalten, Kuratorium Deutsche Altershilfe
- Ellerbrock, Klaus-Martin (2012): Soziale Gruppenarbeit als Methode zur Unterstützung von Beteiligung und Engagement. In: Blandow, Ralf; Knabe, Judith; Ottersbach, Markus (Hg.): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 139-153
- Evers, Adalbert (2009): Gemeinwesenarbeit aufwerten und neu bestimmen. In: BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (Hg.): Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! Berliner Memorandum. Hannover: BAG, S. 4-5
- Fehren, Oliver (2019): Zur Bedeutung und Verankerung der GWA. Deutscher Caritasverband, Fachforum Sozialraumorientierung und soziale Stadtentwicklung „Quartiers-/Gemeinwesenarbeit als Schlüsselstrategie für den sozialen Zusammenhalt“, Frankfurt/Main, 11.12.2019, unveröff. Vortrag
- Fehren, Oliver (2017): Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – ein ambivalentes Verhältnis. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2017, S. 185-188
- Fehren, Oliver; Hinte, Wolfgang (2013): Sozialraumorientierung – Fachkonzept oder Sparprogramm? Soziale Arbeit kontrovers 4. Freiburg: Lambertus
- Friedrichs, Jürgen (1995): Stadtsoziologie. Opladen: Leske+Budrich
- Früchtel, Frank; Budde, Wolfgang; Cyprian, Gudrun (2013): Sozialer Raum und Soziale Arbeit – Fieldbook: Methoden und Techniken, Wiesbaden: VS Verlag (3. A.)
- Funk, Stephanie (2018): Wirkungsorientierung in der Quartiersentwicklung. In: WIN Quartier: Wirkung und Nutzen inklusiver Quartiersentwicklung, Stiftung Wohlfahrtspflege NRW <https://winquartier.de/wissen-kompakt/wirkung-im-quartier-selbst-bestimmen/wirkungsorientierung-in-der-quartiersentwicklung>, Zugriff am 15.01.2020
- Fürst, Roland; Hinte, Wolfgang (Hg.) (2017): Sozialraumorientierung. Ein Studienbuch zu fachlichen, institutionellen und finanziellen Aspekten. Wien: Facultas (2. A.)

- Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11, S. 13-21
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Halder, Valentin (2011): Die These vom „Tod der Gemeinwesenarbeit“. In: Sozial Extra 9/10 2011, S. 13-17, DOI 10.1007/s12054-011-0363-x
- HEGISS Servicestelle (2019): Leitfaden zum Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt. Eine Arbeitshilfe. Wiesbaden https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/media/leitfaden_qm_29042019.pdf, Zugriff am 01.07.2019
- Helbig, Marcel; Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Discussion Paper P 2018-001, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Herrmann, Heike (2019): Soziale Arbeit im Sozialraum. Stadtsoziologische Zugänge. Stuttgart: Kohlhammer
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2019): Richtlinie zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrations-politischen Herausforderungen. Staatsanzeiger 49/2019 vom 02.12.2019, http://www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/wp-content/uploads/F%C3%B6rderrichtlinie-Gemeinwesenarbeit-StAnz-02.12.2019_Nr.-49_S.-1245ff..pdf, Zugriff am 01.04.2020
- Hinte, Wolfgang (2018): Gemeinwesenarbeit. In: Graßhoff, Gunther et al. (Hg.): Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 205-216
- Hinte, Wolfgang; Treeß, Helga (2011): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Weinheim: Juventa
- Hinte, Wolfgang; Metzger-Pregizer, Gerhard; Springer, Werner (1982): Stadtteilbezogene Soziale Arbeit – ein Kooperationsmodell für Ausbildung und berufliche Praxis. In: Neue Praxis, 4/1982, S. 345-357
- Hopf, Christel (1995): Qualitative Interviews in der Sozialforschung. Ein Überblick. In: Flick, Uwe; v. Kardoff, Ernst; Keupp, Heiner; v. Rosenstiel, Lutz; Wolff, Stephan (Hg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz (2. A.), S. 177-188
- Kessl, Fabian (2006): Sozialer Raum als Fall? In: Thole, Werner; Galuske, Michael (Hg.): Vom Fall zum Management. Wiesbaden: Springer, S. 37-54
- Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (Hg.) (2007): Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume. Opladen: Barbara Budrich
- Kremer-Preiß, Ursula; Mehnert, Thorsten (2018): Quartiers-Monitoring. Evaluation zur Umsetzung von Quartiersprojekten der Förderbausteine 3.1.1. „Projekte zum Ansatz zur Quartiersentwicklung“ des Deutschen Hilfswerks/der Deutschen Fernsehlotterie. Abschlussbericht einer Langzeitstudie von 2012 bis 2017. Heidelberg: medhochzwei
- LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (2020): Evaluation II. Zum Förderprogramm Gemeinwesenarbeit in Hessen. Stand: März 2020, http://www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/wp-content/uploads/Evaluationsbericht_II.pdf, Zugriff am 22.06.2020
- LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (2019): Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit in Hessen. Aus der Praxis – für die Praxis. Frankfurt am Main: LAG Soziale Brennpunkte Hessen, http://www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/wp-content/uploads/Broschuere_web-1.pdf, Zugriff am 15.01.2020
- LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (2016): Arbeitspapier Gemeinwesenarbeit, Fassung vom 16.06.2016, https://www.lag-nds.de/system/files/dateianhaenge/qualitaetsstandards_der_gwa_-_arbeitshilfe_-_fassung_16.06.2016_0.pdf, Zugriff am 28.01.2019
- Landtag von Baden-Württemberg (2016): Enquetekommission Pflege beendet Arbeit und bringt am 27. Januar 2016 Abschlussbericht ins Plenum ein. Vorsitzender Rück: Mehr als 600 Handlungsempfehlungen sollen dazu beitragen, Pflege zukunftsfähig zu machen. Pressemitteilung 7/2016, 22. Januar 2016, <https://www.landtag-bw.de/home/aktuelles/pressemitteilungen/2016/januar/72016.html>

- Lieser, Elmar (2012): Die soziale Verantwortung eines kommunalen Wohnungsunternehmens am Beispiel der GAG. In: Blandow, Ralf; Knabe, Judith; Ottersbach, Markus (Hg.): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 217-223
- LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz (2018): Begriffe sozialräumlicher Arbeit. Eine Arbeitshilfe. Fachgruppe Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. Mainz: LIGA. https://www.liga-rlp.de/fileadmin/LIGA/Internet/Downloads/Dokumente/Dokumente_2018/20180425_Arbeitshilfe_Begrifflichkeiten_sozialra%CC%88umlichen_Arbeitens_-_freigegeben.pdf, Zugriff am 15.01.2019
- Mehnert, Thorsten; Kremer-Preiß, Ursula (2017): Handreichung Quartiersentwicklung. Praktische Umsetzung sozialraumorientierter Ansätze in der Altenhilfe. Heidelberg: medhochzwei
- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie Rheinland-Pfalz (2016): Förderung der Gemeinwesenarbeit in Rheinland-Pfalz. Förderrichtlinien zur Gewährung von Zuschüssen zur Bekämpfung von Armut und zugunsten von aufzuwertenden Stadt- und Gemeindeteilen. https://msagd.rlp.de/fileadmin/msagd/Soziale_Teilhabe/Teilhabe_Dokumente/Foerderrichtlinie_GWA.pdf, Zugriff am 15.07.2019
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (2017): Quartier 2020 – Gemeinsam.Gestalten. Strategie. <https://www.quartier-2030.de>, Zugriff am 24.07.2020
- Müller, C.W. (1996): Gemeinwesenarbeit. In: Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim, Basel: Beltz, S. 232-233
- Munsch, Chantal (2005): Die Effektivitätsfalle – Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung, Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren
- Netzwerk SONG Soziales neu gestalten (2019): Wirkungen - Welchen Mehrwert bieten SONG-Quartiersprojekte? In: ders.: SONG-Quartiersprojekte: Gemeinsame Grundlagen – Vielfalt in der Umsetzung, S. 28-32, http://www.netzwerk-song.de/fileadmin/user_upload/bilder/PDF_2019/2019-10-10_SONG-Praxis_-_SONG-Quartiersprojekte_Gemeinsame_Grundlagen_Vielfalt_in_der_Umsetzung.pdf, Zugriff am 02.03.2020
- Netzwerk SONG Soziales neu gestalten (Hg.) (2009): Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Band 3: Soziale Wirkung und „Social Return“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Niedersächsischer Landesrechnungshof (2018) Jahresbericht 2018, https://www.lrh.niedersachsen.de/download/131387/Jahresbericht_2018.pdf, Zugriff am 15.07.2019
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (2019): Presseinformation Nr. 116/2019 vom 16.09.2019, Land fördert mit 4 Millionen Euro Projekte für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt in Wohnquartieren. <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/land-fordert-mit-4-millionen-euro-projekte-fur-mehr-gesellschaftlichen-zusammenhalt-in-wohnquartieren-180663.html>, Zugriff am 20.09.2019
- Niedersächsische Staatskanzlei (2020): Neues Wohnraumfördergesetz – soziale Integration immer mitdenken. Pressemitteilung vom 23.06.2020. <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/neues-wohnraumfordergesetz-soziale-integration-immer-mitdenken-189618.html>, Zugriff am 06.07.2020
- Oehler, Patrick; Drilling, Matthias (2013): Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung. Eine theoriegeschichtliche Spurensuche. In: Drilling, Matthias; Oehler, Patrick (Hg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Wiesbaden: Springer, S. 14-41
- Oelschlägel, Dieter (2017): Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2017, S. 171-180
- Oelschlägel, Dieter (2001): Gemeinwesenarbeit. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. Neuwied, Kriftel: Reinhardt, S. 653-659
- Remy, Dieter (2017): Stadtteilarbeit als Strategie von Wohnungsgesellschaften. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2017, S. 198-200
- Riede, Milena (2017): Gemeinwesenarbeit und das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2017, S. 181-184

- Riede, Milena; Dölker, Frank (Hg.) (2019): *Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie*. mitarbeiten.skript 13. Bonn: Stiftung Mitarbeit
- Rosenow, Roland (2020): *Kooperation von Quartiersarbeit und Einzelfallhilfen. Möglichkeiten und Verpflichtungen von Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendhilfe*. Freiburg: Lambertus. In Vorbereitung
- Schönig, Werner (2012): *Born to be wild? Aktuelle Varianten, Zielgruppen und Haltungen der Gemeinwesenarbeit*. In: Blandow, Ralf; Knabe, Judith; Ottersbach, Markus (Hg.): *Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 29-42
- Schreier, Maren (2011). *Gemeinwesenarbeit (re-)politisiert?* In: sozialraum.de (3) Ausgabe 1/2011. <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-re-politisiert.php>, Zugriff am 06.09.2019
- Spatschek, Christian; Wolf-Ostermann, Karin (2016): *Sozialraumanalysen*. Opladen/Toronto: Barbara Budrich
- Spieckermann, Holger (2012): *Aktivierende Befragung als Methode der Gemeinwesenarbeit*. In: Blandow, Ralf; Knabe, Judith; Ottersbach, Markus (Hg.): *Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 155-170
- Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (2015): *Dritte ifb-Elternbefragung zur Eltern- und Familienbildung*. <https://www.ifb.bayern.de/projekte/neue/30506/index.php>, Zugriff am 01.07.2020
- Städtenetz Soziale Stadt NRW (2019a): *Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier. Abschlussdokumentation der Werkstattreihe*. Essen: Städtenetz Soziale Stadt NRW
- Städtenetz Soziale Stadt NRW (2019b): *Anregungen des Städtenetzes Soziale Stadt NRW zur Weiterentwicklung und Restrukturierung der Städtebauförderung. Positionspapier vom 02.12.2019*, https://www.soziale-stadt-nrw.de/news/positionspapier_staedtenetz, Zugriff am 02.01.2020
- Stiehm, Hannah Sophie (2019): *Was ist „Erfolg“ in der Sozialen Arbeit? Soziale Arbeit kontrovers 22*. Freiburg: Lambertus
- Stövesand, Sabine (2019): *Gemeinwesenarbeit als sozialräumliches Konzept und Handlungsfeld*. In: Kessler, Fabian; Reutlinger, Christian (2019): *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden: VS Verlag (2. A.), S. 557-579
- Stövesand, Sabine; Stoik, Christoph; Troxler, Ueli (Hg.) (2013): *Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 4*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich
- Stövesand, Sabine; Stoik, Christoph (2013): *Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung*. In: Stövesand, Sabine; Stoik, Christoph; Troxler, Ueli (Hg.): *Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 14-36
- vdw Niedersachsen (2017): *Wie geht Quartier? Praxisbeispiele aus der Wohnungswirtschaft*. Hannover: Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e.V.
- vhw (2020): *Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 2/2020, Schwerpunkt Quartiersentwicklung und Wohnungswirtschaft*. <https://www.vhw.de/publikationen/forum-wohnen-und-stadtentwicklung/archiv/archiv-detail/magazin/heft-22020-quartiersentwicklung-und-wohnungswirtschaft/>, Zugriff am 30.06.2020
- VV (2020): *Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2020 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2020) vom 19.12.2019/07.05.2020*. https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/VVStaedtebaufoerderung2020_Liste.pdf?__blob=publicationFile&v=3, Zugriff am 25.06.2020
- Ziegler, Holger (2011): *Gemeinwesenarbeit*. In: Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (Hg.): *Handbuch Kommunale Sozialpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 330-344

Abbildungen

Abbildung 1: Forschungsdesign und Vorgehensweise	15
Abbildung 2: Handlungsebenen und Akteursbezüge der ExpertInnen	16
Abbildung 3: Typische Instrumente der Gemeinwesenarbeit.....	24
Abbildung 4: Träger- und Finanzierungsstrukturen der Gemeinwesenarbeit	27
Abbildung 5: Anzahl der Gemeinwesenarbeitseinrichtungen nach Art der Einrichtung	33
Abbildung 6: Drei wichtigste Gemeinwesenarbeitseinrichtungen nach Art der Einrichtung	33
Abbildung 7: Träger der wichtigsten zielgruppenübergreifenden Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit	34
Abbildung 8: Inhaltliche Schwerpunkte der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen	35
Abbildung 9: Hauptzielgruppen der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen	36
Abbildung 10: Finanzierung der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen	36
Abbildung 11: Form der erhaltenen Finanzierung durch Kommune oder Land	37
Abbildung 12: Für wichtigste Gemeinwesenarbeitseinrichtungen zuständige Fachverwaltungen	38
Abbildung 13: Mitteleinsatz aus der Sozialen Stadt für wichtigste Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit	38
Abbildung 14: Einbindung der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in das Programm Soziale Stadt	39
Abbildung 15: Bedeutung der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit für die Stadtteilentwicklung	39
Abbildung 16: Intensität der Zusammenarbeit der wichtigsten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit mit dem Quartiersmanagement.....	40
Abbildung 17: Übernahme von Aufgaben und Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit durch das Quartiersmanagement	40
Abbildung 18: Durch Quartiersmanagement übernommene Aufgaben der Gemeinwesenarbeit	41
Abbildung 19: Einbindung und Vernetzung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in die Stadtteilarbeit	41
Abbildung 20: Welche vorhandenen Einrichtungen sollten noch stärker in die Stadtteilarbeit miteinbezogen werden?	42
Abbildung 21: Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit außerhalb der Programmgebiete der Sozialen Stadt	43
Abbildung 22: Einschätzung der quantitativen Entwicklung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in den letzten 10 Jahren	44
Abbildung 23: Einschätzung der finanziellen Entwicklung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in den letzten 10 Jahren	44
Abbildung 24: Einschätzung der inhaltlichen Entwicklung der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in den letzten 10 Jahren	45
Abbildung 25: Gesamtstädtische konzeptionelle Verankerung der Gemeinwesenarbeit	45
Abbildung 26: Bundesweite Verortung der 12 Fallstudien	49
Abbildung 27: Strukturelle Verankerung der wichtigsten Gemeinwesenarbeitseinrichtungen in den Fallstudiengebieten.....	82
Abbildung 28: Gesamtstädtische konzeptionelle Einbettung der Gemeinwesenarbeit in den Fallstudien	83
Abbildung 29: Strategien und Programme mit Quartiers-/Raumbezug in ausgewählten Bundesressorts	87
Abbildung 30: Gemeinwesenarbeits-/Quartiersbezüge in Strategien und Programmen ausgewählter Bundesländer.....	88

Anhang

Anhang 1: Mitglieder des Projektbeirats

Anhang 2: Interviewte ExpertInnen und Experten

Anhang 1: Mitglieder des Projektbeirats

Der Projektbeirat mit Expertinnen und Experten aus Forschung und Praxis war während der Studie beratend tätig und wirkte in den Transferwerkstätten und Beiratssitzungen mit. Folgende Mitglieder wurden berufen:

- *Mara Dehmer*, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband, Referentin für Kommunale Sozialpolitik, Berlin (bis 09/2019)
- *Michael Isselmann*, ehemaliger Amtsleiter Stadtplanungsamt, Bundesstadt Bonn und Vorsitzender der Fachkommission Stadtplanung und Städtebau beim Deutschen Städtetag, Bad Honnef
- *Prof. Dr. Thomas Klie*, Evangelische Hochschule Freiburg, Leiter Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung zze
- *Ulrich Kuhn*, Geschäftsstelle Netzwerk Soziales neu gestalten (SONG) e.V.; Stiftung Liebenau, Stabsstelle Sozialpolitik, Meckenbeuren
- *Dieter Lehmann*, Amtsleiter für Familie und Soziales, Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd
- *Dr. Joachim Rock*, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband, Abteilungsleiter Arbeit, Soziales und Europa, Berlin (ab 10/2019)
- *Uwe Seibel*, Diakonie Hessen, Fachgruppe Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz und Hessen, Kassel
- *Prof. Dr. Sabine Stövesand*, Professorin für Soziale Arbeit, HAW Hamburg
- *Karin Vorhoff*, Deutscher Caritasverband, Referatsleiterin Referat Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen, Freiburg

Anhang 2: Interviewte Expertinnen und Experten

Zwischen September 2018 und März 2019 wurden ausgewählte Expertinnen und Experten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, in Politik und Verwaltung, Begleitagenturen, Wohnungswirtschaft, Beratung und Wissenschaft in 12 Interviews zur strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit in der Quartiersentwicklung zu Rate gezogen.

- *Sara Bode*, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, Ref. Pflege, Quartiersentwicklung, Strategie Quartier 2020, Stuttgart
- *Ulrich Ernst*, Stadt Mülheim/Ruhr, Dezernent für Bildung, Soziales, Jugend, Gesundheit, Sport und Kultur, Mülheim/Ruhr
- *Prof. Dr. Oliver Fehren*, Alice-Salomon-Hochschule, Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit; Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit, Sektion Gemeinwesenarbeit, Forschungsvorhaben Verankerung & Finanzierung der Gemeinwesenarbeit, Berlin
- *Christiane Grabe*, Evangelisches Zentrum für Quartiersentwicklung, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf
- *Knut Henkel*, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Referat Soziale Stadt, Berlin
- *Ursula Kremer-Preiss*, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Fachbereich Wohnen und Quartiersgestaltung, Köln
- *Christoph Kummer & Silja Polzin*, Servicestelle HEGISS und Förderprogramm Gemeinwesenarbeit Hessen des Ministeriums für Soziales und Integration, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Frankfurt am Main
- *Christian Kuthe & Volker Preul*, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Referat Städtebau, Bauleitplanung, Baukultur, *Markus Kissling*, Servicestelle Wettbewerb Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement, LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover
- *Dr. Maria Lüttringhaus*, LüttringHaus - Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case-Management, Essen
- *Uwe Lummitsch*, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, Vorsitzender, Halle/Saale
- *Armin Oertel*, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Leitung Q8 – Sozialraumentwicklung, Hamburg
- *Reinhard Thies*, Geschäftsführer Wohnbau Gießen GmbH, Gießen